

KURDISTAN REPORT

Juni/July 1993
Nr. 59/60
Preis: 3,- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

Für die Freiheit und die nationale Einheit Kurdistans

Kurdistan Report

59/60

Impressum

V.iS.d.P.:

Ayse Engizek
Vogelsanger Str. 286
50825 Köln

Kontakt Adresse:

Serxwebûn
Postfach 10 31 13
50471 Köln

Belgien	52.00	bfr.
Dänemark	10.00	dkr.
Frankreich	10.00	ff.
Großbritanien	1.20	£.
Niederlande	3.50	hfl.
Norwegen	7.50	nkr.
Österreich	25.00	s.
Schweden	7.50	skr.
Schweiz	3.00	sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel: 43 / 1 / 587 42 68 Fax. 43 / 1 / 56 31 48

Comité du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel: 32 / 2 / 230 92 39 Fax: 32 / 2 / 230 92 08

Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 KopenhagenV, DÄNEMARK
Tel: 45 / 31 / 24 74 57

Koerdistan Komitee:
Postbus 58092, 1040 H.B. Amsterdam, NIEDERLANDE
Tel: 31 / 20 / 689 33 01 Fax: 31 / 20 / 689 32 72

Comité du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel: 33 / 1 / 42 82 92 76 Fax: 33 / 1 / 42 82 97 93

Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel: 35 / 72 / 46 76 35 Fax: 35 / 72 / 46 76 26

Kurdistan Information Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel: 44 / 81 / 880 17 59 Fax: 44 / 81 / 802 99 63

Comité du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel: 41 / 2 / 23 29 33 94 Fax: 41 / 2 / 222 29 47 87

Kurdistan Komitee in der BRD e.V.
Hansaring 66, 50670 Köln, BRD
Tel: 49 / 221 / 12 52 64 Fax: 49 / 221 / 13 48 68

Kurdistan Komitea
Lapinlahden Katu 19, LH 38 00180 Helsinki, FINLAND
Tel./Fax: 3580 / 0 / 694 17 60

Kurdistan Kommitten
Wätmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel.: 46 / 8 / 30 52 75 Fax: 46 / 8 / 31 62 73

Büro der ERNK
Ipokratous 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 30 / 1 / 363 49 05

Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 34 / 1 / 4 70 20 04
Apartado 8483 / 28080 Madrid-ESPANA

Center Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona-ESPANA

Solidaritätsgruppen in der BRD

Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 12629 Berlin

Freunde des kurdischen Volkes HH,
Ottenser Hauptstr. 35, 22765 Hamburg

AK-Kurdistan Kiel, c/o Karen Wind, Iltisstr. 34, 24143 Kiel

Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum,
Mengstr. 35, 23552 Lübeck

Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 28203 Bremen

Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr.1, 30451 Hannover

AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 48143 Münster

Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen,
c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen

AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 33602 Bielefeld

AK-Kurdistan-Solidarität c/o Infoladen,
Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn

AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarckstr. 3, 57076 Siegen

AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 60487 Frankfurt

Freunde und Freudinnen des kurdischen Volkes, MZ/WI,
c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 35390 Gießen

Freundeskreis des kurdischen Volkes,
c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 68163 Mannheim

Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag,
Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1

AK-Kurdistan-München, c/o Komala Kurdistan e.V., Westendstr. 49 (Rgb.) 80339 München

Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft,
Postfach 3543, 8520 Nürnberg-Erlangen

Kurdistan-Solidarität, c/o Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

KURDISTAN REPORT - Abonnement

jährlich (incl. Porto + Versand) 36,- DM

Agri-Verlag
Postfach 10 31 13
50471 Köln

Name: ....
Anschrift: ....
....

Zahlungen an: **Kreissparkasse - Köln**
Ayse Engizek
Konto Nr.: 31972
BLZ: 370 502 99

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse

- INHALT -

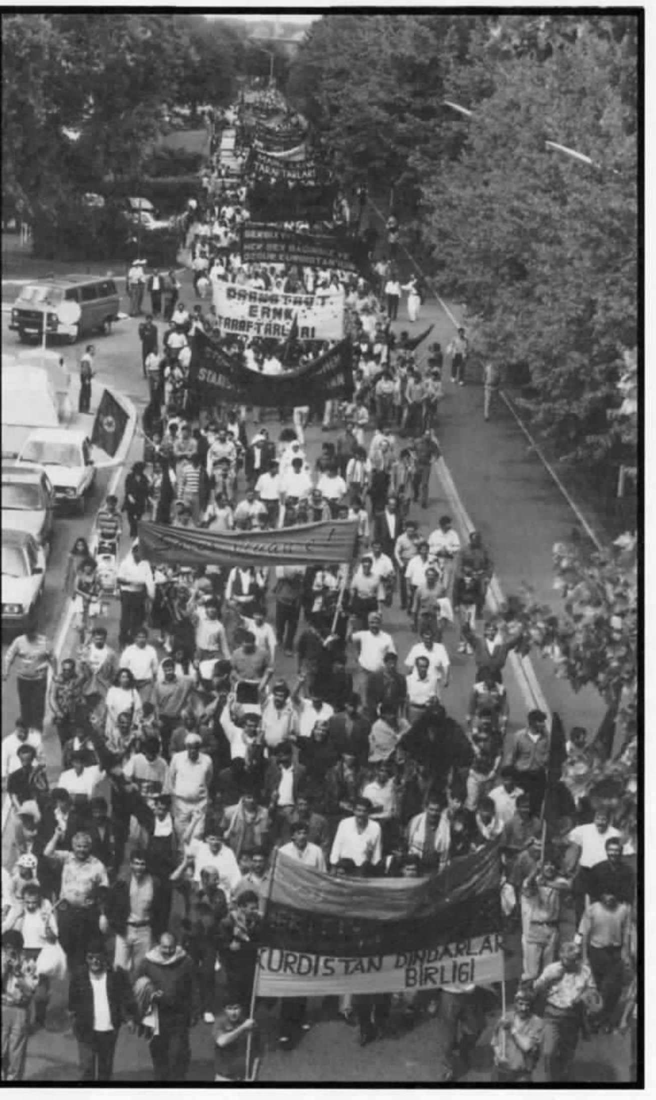


Bild von einem Demonstrationszug am 29. Mai in Bonn: "Für Freiheit und Demokratie"

EDITORIAL

An die Leserinnen und Leser,

wir möchten uns zunächst dafür entschuldigen, daß der Kurdistan-Report verspätet erscheint. Diese Ausgabe soll die beiden Monate Juni und Juli umfassen. Natürlich werden wir uns in der Zukunft bemühen, die Periodika einzuhalten, in der er normalerweise herausgegeben wird. Angesichts der schnellen und bedeutenden Entwicklungen, die derzeit sowohl in Kurdistan als auch außerhalb Kurdistans, vor allem auch in Europa stattfinden, bitten wir gleichzeitig jedoch auch um Verständnis.

In der Ihnen vorliegenden Ausgabe des Kurdistan-Reports haben wir sehr umfassende und unterschiedliche Themen behandelt, die Sie sicherlich in vieler Hinsicht interessieren werden. In diesem Zusammenhang möchten wir uns für die zahlreichen Beiträge bedanken, die Freundinnen und Freunde sowie Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Kreisen uns zugeschickt haben, bzw. uns erlaubt haben, diese zu veröffentlichen. Wir hoffen, daß auch weiterhin dieses Interesse an unserer Zeitschrift bestehen bleibt.

Ferner möchten wir uns für mögliche Fehler entschuldigen, die angesichts der begrenzten Kapazitäten, die uns zur Verfügung stehen, verständlich sind. Auch diese werden wir in Zukunft zu vermeiden versuchen. Erneut wollen wir jedoch in diesem Zusammenhang betonen, daß wir immer für Kritik offenstehen und diese begrüßen.

Nun aber zu den Themen dieser Ausgabe:
Schwerpunkt dieser Ausgabe des Kurdistan-Reports ist natürlich die Aufkündigung des einseitig durch die PKK proklamierten Waffenstillstandes. In der aktuellen Einschätzung wird vor allem die Rolle des Auslandes, vor allem Europas, bei der Aufkündigung des Waffenstillstandes dargelegt und das Treffen der "Dreier" in diesem Zusammenhang erläutert. Ferner wird auf die Protestaktionen der Kurden in Europa eingegangen. Eine Erklärung der ERNK-Europavertretung erleuchtet diese Protestaktionen und die Reaktionen der europäischen Öffentlichkeit aus der Sicht der kurdischen Befreiungsbewegung.
Überdies veröffentlichen eine Einschätzung der ERNK zu den faschistisch-rassistischen Angriffen auf Ausländer in Deutschland.
Neben den Interviews mit dem Vorsitzenden der DEP, Yasar Kaya, und dem Vorsitzenden der HEP, Ahmet Türk, möchten wir ganz besonders auch auf die Rede von Barbara Noack, Mitglied im Bremer Senat, die sie vor dem Senat gehalten hat, hinweisen. In der Rede fordert sie die deutsche Bundesregierung dazu auf, die Miltärhilfe an die Türkei einzustellen.

Unter der Rubrik Menschenrechte ist neben dem Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen auch eine kritische Einschätzung zu der Weltmenschenrechtskonferenz in Wien.

Mehr über die Situation in Kurdistan, so z. B. auch über das Erziehungswesen dort, ist unter der Rubrik Delegationen zu erfahren. Delegationen aus Kurdistan in Hessen und Rheinlandpfalz oder aber aus Deutschland in Batman berichten über Ereignisse, Erlebnisse und die Situation vor Ort.

Der ehemalige Kulturminister von Nicaragua, Ernesto Cardenal, hat uns in einem Interview unter der Rubrik Internationales seine Vorstellungen vom kurdischen Befreiungskampf offenbart.

Schließlich möchten wir ganz besonders auch auf den Artikel von Angelika Beer über die Hintergründe zum Tourismusboykott hinweisen, der unter der Rubrik Verschiedenes zu finden ist.

Mit solidarischen Grüßen
die Redaktion



"Wir kämpfen, weil uns keine andere Möglichkeit bleibt."

Das Gipfeltreffen der "Dreier" und der internationale Komplott gegen das kurdische Volk

Von Demokratie, Frieden und Freiheit redet man sehr oft in den westeuropäischen Staaten. Diese Begriffe sind inzwischen zu einer Farce geworden. Leere Worte ohne Inhalt...

Von der PKK hat man behauptet, daß sie "Gewalt" anwende und nicht demokratisch sei. Die PKK hat diese Vorwürfe immer wieder zurückgewiesen und zu rechtfertigen gewußt. Sie hat ständig betont, daß für sie der bewaffnete Kampf ein Verteidigungsmittel ist, um das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes einzufordern. Verständlich angesichts der grausamen Angriffe des türkischen Staates, der jeden Widerstand des kurdischen Volkes mit Gewalt niedergeschlagen hat und jegliche Organisation des kurdischen Volkes auf legaler Basis verbietet. Die Bekennung zur eigenen kurdischen Identität wird mit Inhaftierung, Folter und dem Tod bestraft. Seit dem Bestehen der Türkischen Republik steht das kurdische Volk unter einer massiven Repressions- und Assimilationspolitik des türkischen Staates.

Wie soll unter diesen Umständen ein Volk Widerstand leisten, wenn nicht mit Gewalt? Die Antwort können sich wohl auch die Regierungsvertreter der westeuropäischen Staaten beantworten. Die unendlichen Leiden des kurdischen Volkes würden heute nicht so in der Öffentlichkeit diskutiert werden, wenn das Volk sich nicht durch einen bewaffneten Kampf zur Wehr gesetzt hätte. Wenn heute in den westlichen Ländern über eine Lösung der kurdischen Frage diskutiert wird, so ist diese Tatsache dem bewaffneten Kampf zu verdanken. Damit soll jedoch nicht der Kampf heroisiert werden. Das kurdische Volk hat zum Kampf gegriffen, um sein Selbstbestimmungsrecht und seine demokratischen Rechte einzufordern.

Schließlich hat die Arbeiterpartei Kurdistans, die diesen Kampf nun seit mehr als 9 Jahre führt, am 17. März d.J. einen einseitigen Waffenstillstand verkündet, um ihre Bereitschaft für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage zu bekunden. In den 83 Tagen, die der Waffenstillstand angedauert hat, haben die Befreiungskämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans sich an den Waffenstillstand gehalten und keinen Angriff auf das türkische Militär geführt. Damit hat die kurdische Seite ihre friedliche Absicht und ihr Streben nach einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage vor der ganzen Weltöffentlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Die Überraschung

Die türkische Regierung und vor allem auch die westeuropäischen Länder waren von der Waffenstillstandsverkündung der PKK vollkommen überrascht. Dem türkischen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel von der Partei des Rechten Weges (DYP) und seinem Stellvertreter Inönü von der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) blieben vor Überraschung die Wörter im Mund stecken. Sie, die angeblich einen "Demokratisierungsprozeß" in Kurdistan einleiten wollten, konnten angesichts der plötzlichen Waffenstillstandsverkündung einer Organisation, die sie des "Terrorismus" und der "Gewalttätigkeit" bezichtigten, keine Worte mehr finden. Das von der türkischen Regierung permanent wiederholte Argument, die PKK sei es, die Gewalt anwende, fiel plötzlich weg. Wer in diesem Krieg wirklich gewalttätig und brutal ist, ist vor allem nach der Waffenstillstandsverkündung und den Entwicklungen danach der Weltöffentlichkeit klar geworden.

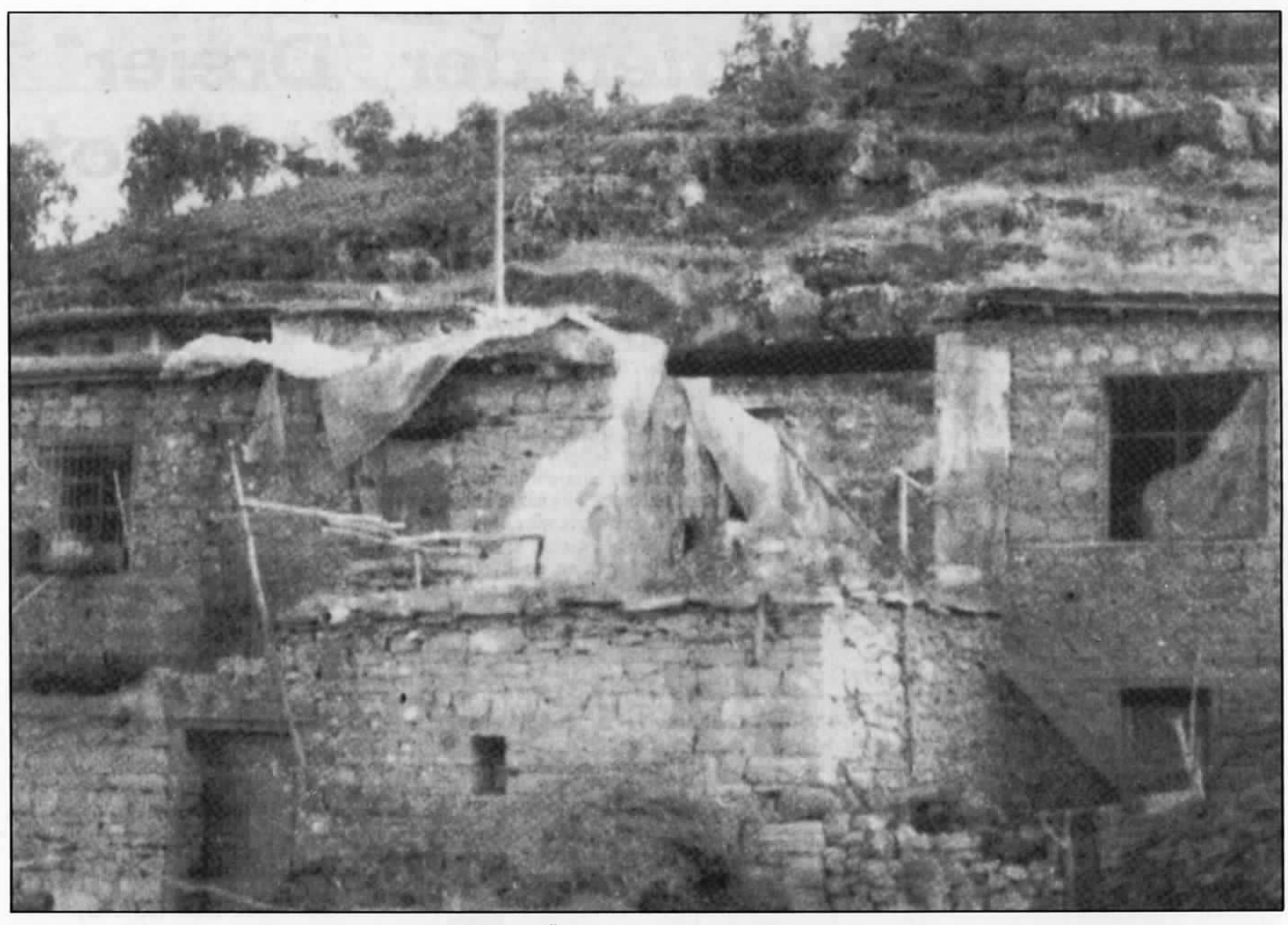
Eins ist der türkischen, kurdischen und der ausländischen Öffentlichkeit bewußt geworden: nicht die Führung der kurdischen Befreiungsbewegung, die PKK, will diesen Krieg, sondern der türkische Staat, dessen Versprechungen von Demokratie und der Anerkennung der kurdischen Identität nur leere Phrasen sind.

Und schließlich sind die wahren Absichten des türkischen Staates der Öffentlichkeit auch durch dessen fortlaufende Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Dörfer und die Guerilla deutlich geworden. In dem Zeitraum zwischen dem 20. März und dem 10. Juni d.J. sind 180 Zivilisten und Freiheitskämpfer ermordet, 44 Dörfer zerstört und 15.000 Menschen zur Deportation gezwungen worden. 2.000 Menschen wurden inhaftiert und gefoltert. Damit hat die türkische Regierung durch ihre Vernichtungsoperationen gegen das kurdische Volk den von der PKK einseitig ausgerufenen Waffenstillstand verhindert und ihre traditionelle Repressionspolitik fortgesetzt.

Der türkische Staat beharrt auf seiner Gewaltpolitik

Verständlich ist deshalb die Gegenwehrmaßnahme der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), die Angriffe des türkischen Staates durch Gegenaktionen zu verhindern. Als eine Antwort auf einen Angriff der türkischen Armee auf die PKK-Guerillas in Kulp am 16. Mai, bei dem 13 Guerillas gefallen sind, haben die ARGK-Guerillas einen Angriff auf einen Militärkonvoi der türkischen Armee am 27. Mai auf der Straße von Elazig nach Bingöl durchgeführt. Die Truppen sind speziell ausgebildete Militäreinheiten gewesen, die nach Bingöl verlegt werden sollten für größere Militäroperationen. Guerilla-Quellen zufolge, sollte der Militärkonvoi gestoppt, die Soldaten festgenommen und später wieder freigelassen werden. Als jedoch die Soldaten trotzdem das Feuer auf die Befreiungskämpfer eröffneten, ist es zu einem Gefecht gekommen. Bei dem Gefecht kamen 41 Soldaten, unter ihnen auch Angehörige der türkischen Özel-Tim (Spezial-Einheiten) in Zivil, ums Leben. 15 Soldaten wurden festgenommen und später wieder freigelassen.

Bewußt benutzte die türkische Regierung



Zerstörtes Dorf in Lice in der Provinz Diyarbakir. (Foto: Özgür Gündem, 14.06.1993)

den Vorfall in Bingöl als Vorwand, um ihre Operationen zu rechtfertigen, die sich insbesondere gegen die Zivilbevölkerung auf dem Lande richtet. Der türkische Staat führt in den letzten Wochen seit dem Ende des Waffenstillstandes massive Angriffe gegen das kurdische Volk durch.

Während auf der einen Seite die Angriffe gegen das kurdische Volk weitergeführt werden, lenkt die türkische Regierung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Wahl des neuen Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten. Nach dem Tod Özals, des ehemaligen Staatspräsidenten, ist Ministerpräsident Süleyman Demirel zum Staatspräsidenten ernannt worden, während sein Amt durch die Wirtschaftsministerin Tansu Ciller bekleidet wird. Durch Themensetzung in den Medien will die Regierung bewußt die Öffentlichkeit hinhalten und die kurdische Frage in den Hintergrund drängen.

Daß die kurdische Frage für die türkische Regierung derzeit sehr wichtig ist, ist bekannt. Für eine Lösung der Frage hat die Regierung jedoch derzeit keine Alternative anzubieten als ihre traditionelle Gewaltpolitik.

"Wenn sich die Kurden untereinander einig wären, wären sie unbesiegbar"

Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes unter der Führung der PKK hat mit den Entwicklungen in den letzten Monaten nicht nur Veränderungen für den türkisch besetzten Teil Kurdistans ausgelöst, sondern auch in den anderen Besatzerstaaten Kurdistans gravierende politische Entwicklungen ausgelöst. Die mit dem Krieg im Oktober letzten Jahres unter der Initiative der PKK entstandenen positiven Änderungen in den Beziehungen zwischen den kurdischen Organisationen haben die Aussicht auf eine nationale Einheit unter den Kurden und damit ein unabhängiges Kurdistan erhöht. Mit diesen Entwicklungen hängt auch die Verkündung des Waffenstillstandes am 17. März d.J. zusammen. Dieses historische Ereignis muß aus unterschiedlichen Gesichtspunkten erleuchtet werden.

Zum einen hat die Waffenstillstandsverkündung der PKK gleichzeitig das Streben nach einer Einheit unter den kurdischen Organisationen eingeleitet, was durch die Teilnahme Celal Talabanis, dem Vorsitzenden der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) an der ersten Pressekonferenz am 17. März deutlich wurde. Eine Einheit unter den Kurden bedeutet eine vollkommen neue Situation für den Mittleren Osten, insbesondere für die Türkei, Iran, Irak und Syrien. Sie würde die Kurden in ihrem Kampf für die nationalen und demokratischen Rechte unbesiegbar machen. Das ist den Staaten im Mittleren Osten bewußt: Die kurdische Einheit fordert einen neuen Status Quo im Mittleren Osten.

Gleichzeitig hat die Waffenstillstandsverkündung den kurdischen Befreiungskampf und die Forderungen des kurdischen Volkes nach Selbstbestimmung und demokratische Gleichberechtigung gegenüber den internationalen Abkommen legitimiert. Dieser Prozeß leitet eine zunehmende Isolation der Türkei auf internationaler Ebene ein, die die türkische Regierung nicht verhindern kann. Die europäischen Staaten

können nun nicht mehr so leicht einen Staat unterstützen, der einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk führt, welcher nicht legitimiert werden kann. Sie können die Unterstützung nicht länger gegenüber ihrer Öffentlichkeit glaubwürdig machen. Diese Entwicklung zieht zwangsweise diplomatische Differenzen in den Beziehungen der TR mit den europäischen Staaten, zumindest zu bestimmten europäischen Staaten, oder nordamerikanischen Ländern mit sich. Auch wenn diese Staaten imperialistische Interessen im Mittleren Osten haben, so müssen sie auf langfristige Sicht eine Lösung für die kurdische Frage finden. Bei einer Einheit unter den Kurden sind sie erst Recht dazu gezwungen, eine Lösung für die kurdische Frage zu finden. Dies liegt auch in ihrem eigenen Interesse.

Von diesen Entwicklungen fühlen sich vor allem die Türkei, der Iran und Syrien gestört. Nicht umsonst schrieb der deutsche Offizier Moltke Ende letzten Jahrhunderts: "Wenn sich die Kurden untereinander einig wären, wären sie unbesiegbar". Deutlich ist die Angst der Besatzerstaaten Kurdistans vor einer Einigkeit unter den Kurden zu spüren. Lieber würden sie gerne weiterhin entsprechend ihren Interessen die Kurden gegeneinander ausspielen wollen. Damit haben sie die Kurden kontrollieren können.

Doch die Entwicklungen in den letzten Monaten geraten ihnen langsam außer Kontrolle. Überraschend und plötzlich ist für sie die Pressekonferenz am 17. März in Libanon gewesen, an der auch Celal Talabani, der Führer der PUK, teilgenommen hat. Der Waffenstillstand und die Protokolle zwischen der PKK und den anderen kurdischen Organisationen in Nordwest-Kurdistan ließen den Besatzerstaaten Kurdistans kaum die Zeit über neue Taktiken nachzudenken oder neue Politik zu entwickeln. Damit hat die PKK erneut die Politik ihres Feindes bestimmt und gleichzeitig ihr politisches Geschick bewiesen. Sie hat mit der Waffenstillstandsverkündung und dem Streben nach einer nationalen Einheit die taktische Manövrierfähigkeit des türkischen Staates eingegrenzt und ihm politisch eine bedeutende historische Niederlage zugefügt. Während der türkische Staat bisher die kurdischen Organisationen im Sinne seiner Interessen gegeneinander ausspielen konnte und durch massive Propaganda die PKK von den anderen kurdischen Organisationen zu isolieren versuchte, ist dies nun nicht mehr möglich.

Das Gipfeltreffen der "Dreier"

Angesichts dieser Entwicklungen trafen sich die Außenminister der drei Staaten Türkei, Iran und Syrien am 8. Juni d. J. in der Stadt Isfahan in Iran, um untereinander über die neue Situation zu beraten, wobei natürlich die Entwicklungen in Nordwest-Kurdistan den Schwerpunkt des Treffens darstellten. Es trafen sich der türkische Außenminister Hikmet Cetin, der iranische Außenminister Ali Ekber Velayeti und der syrische Außenminister Faruk Sara. Generell ist eine Antipathie sowohl Irans als auch Syriens gegenüber der Türkei vorhanden, da sie den Westen repräsentiert und als NATO-Land im Mittleren Osten in Konkurrenz zu beiden Staaten steht.

Trotz der Differenzen ist die kurdische Frage für alle drei Staaten jedoch so wichtig, daß sie in der kurdischen Frage einen Konsens finden.

In diesem Zusammenhang sollte auch der Angriff Irans auf das Camp der PKK-Guerillas in Zele am 9. Juni d.J. gesehen werden, der eine Warnung darstellen sollte. Ganz offensichtlich ist eine Übereinkunft zumindest zwischen der Türkei und dem Iran getroffen worden, gemeinsam gegen die PKK vorzugehen. Die Möglichkeit einer kurdischen Einheit würde insbesondere auch Entwicklungen im iranisch besetzten Teil Kurdistans einleiten. Also müssen sich die Besatzerstaaten Kurdistans untreinander einigen, um gemeinsam gegen die Kurden vorzugehen.



Hikmet Çetin — Faruk El Shara — Ali Ekber Velayeti

Besonders interesseweckend ist vor allem auch die Tatsache, daß zwei deutsche Diplomaten inofiziell an dem Treffen teilnahmen. Die inofizielle Teilnahme Deutschlands an dem Treffen ist aus unterschiedlichen Gesichtspunkten wichtig. Zum einen unterhält Deutschland sowohl zur Türkei als auch zum Iran eine historisch gewachsene gute wirtschaftliche Beziehung. In diesem Sinne kann Deutschland eine Art Vermittlerrolle zwischen den beiden Staaten spielen. Zum anderen hat natürlich auch Deutschland ein ganz besonderes Anliegen daran, daß die Türkei ihre Rolle als eine Brücke in den zentralasiatischen Raum und in den Mittleren Osten beibehält. Gleichzeitig ist die deutsche Regierung auch daran interessiert, daß der Iran seinen Status Quo weiter verfestigt. Die kurdische Frage ist insofern für die bundesdeutsche Regierung ein Störfaktor im Mittleren Osten.

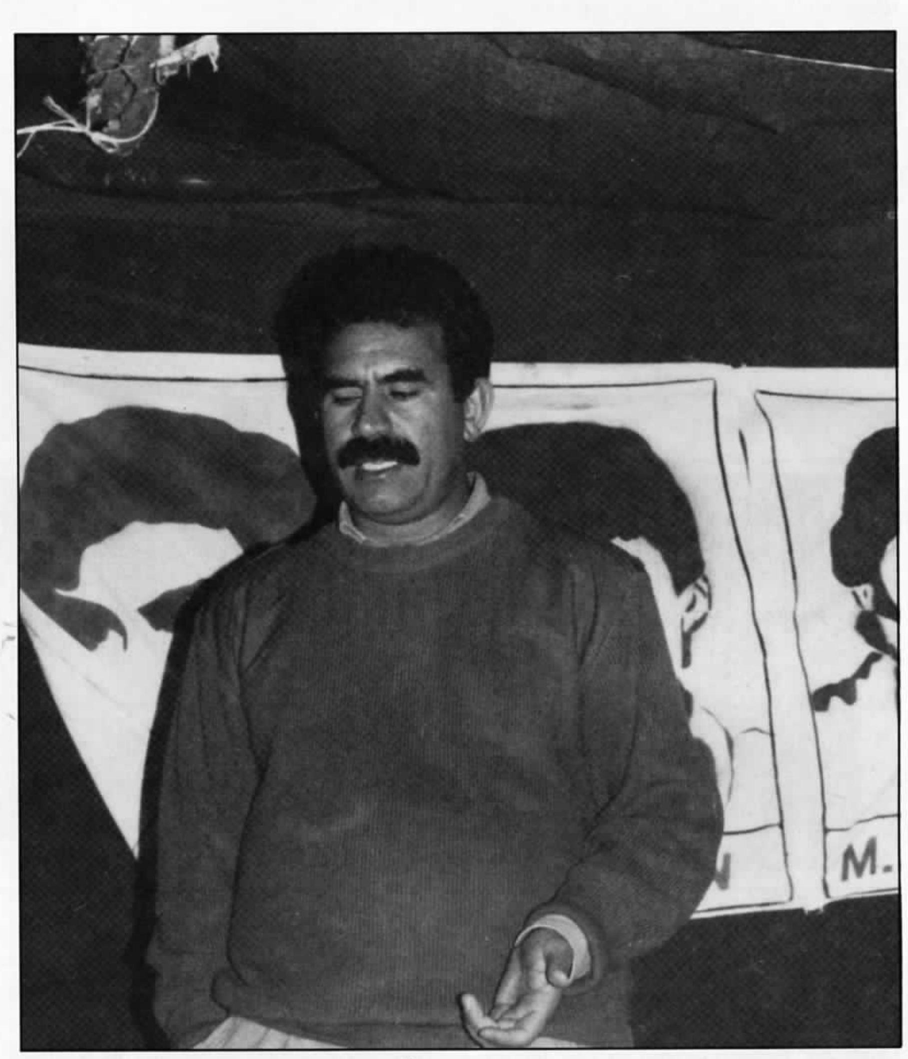
Eins ist jedoch noch einmal ganz deutlich festzuhalten. Die mit der Waffenstillstandsverkündung der PKK eingeleitete neue Phase ist in der Geschichte des kurdischen Volkes einmalig. Seit der Eroberung der Stadt Ninive 612 v. Chr. besteht zum ersten Mal die Aussicht auf eine Einheit unter den Kurden. Dieser Prozeß ist eine wichtige Chance für den kurdischen Befreiungskampf. Das Ziel bekommt nun langsam Formen an.Auch die westlichen Länder sind sich dieser Entwicklung bewußt. Wenn sie die Entwicklungen vielleicht auch nicht gutheißen, so können sie nicht drumherum, diese Tatsache zu akzeptieren. Und langsam werden auch auf internationaler Ebene Stimmen laut, die die Lösung der kurdischen Frage fordern. Diese Entwicklungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Dieser Tatsache muß sich auch die deutsche Bundesregierung stellen.

Am 8. Juni 1993 wurde der einseitig von der PKK ausgerufene Waffenstillstand beendet. Die Angriffe der türkischen Armee auf die Bevölkerung und die Kräfte der Guerilla hatten ein großes Ausmaß angenommen, so daß die PKK keinen anderen Weg sieht. Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung:

"Wir wollen eine gleichberechtigte Basis für die Einhaltung der Menschenrechte und für unsere nationalen und demokratischen Rechte"

Presseerklärung des Generalsekretärs der PKK am 8. Juni in Bar Elias

Verehrte Pressevertreter,
auch auf Ihren Wunsch hin führen wir nun zum 3. Mal eine Pressekonferenz durch, um Ihnen Ihre Fragen zu beantworten und die Ereignisse zu erläutern, die sich unter dem Einfluß der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) entwickelt haben und seit längerem die Tagesordnung in der Türkei prägen. Diese Ereignisse haben heute eine bedeutende Dimension erreicht. Ich messe dieser Pressekonferenz großen Wert bei, weil auf ihr eine für die zukünftigen Entwicklungen wichtige und bedeutende Phase dargelegt wird, die nicht nur das kurdische Volk, sondern in gleichem Maße auch das türkische Volk betreffen wird. Wir wollen die Öffentlichkeit und die offiziellen Vertreter über uns, unser Vorhaben und unsere Absichten informieren. Unser Ziel war es, die durch den Waffenstillstand geprägte Situation als Basis für wichtige politische Entwicklungen zu nehmen. Doch die (türkische, d.Red.) Regierung hat mit Angriffen geantwortet und das in einem gesetzlich geschaffenen Rahmen. Ohne unsere Haltung und unsere Forderungen zu beachten, hat sie versucht, mit List und Intrigen unsere Liquidation zu erzwingen. Auch wenn von einer Auflockerung der Situation innerhalb dieses Zeitraumes gesprochen werden kann, sind die Operationen in einigen Gebieten unvermindert fortgesetzt worden. Das hat Zweifel in uns geweckt. Der Vorfall in Bingöl, nach dem so oft gefragt wird, ist als Ergebnis dieser Entwicklungen zu betrachten. In den letzten Tagen haben heftige Gefechte stattgefunden, wir haben Krieg. Vielleicht können Sie diesen Krieg nicht in seiner Ganzheit mitverfolgen; derzeit werden an 10-15 Fronten Operationen durchgeführt, die von massiven Kämpfen begleitet werden. Die Situation ist nicht mit der in Bosnien-Herzegowina, Aserbeidschan oder Berg-karabach zu vergleichen. Die Gefechte, die derzeit in Kurdistan stattfinden, sind überhaupt nicht mit den Gefechten dort zu vergleichen. In der nächsten Zukunft wird es Kämpfe geben, die die bisherigen Gefechte um ein vielfaches übersteigen und sich immer mehr in die Türkei ausweiten werden. Als jemand, der die Geschichte unserer Partei kennt und den 15. August (Tag der ersten bewaffneten Aktion der ARGK (damals HRK), Anm. d. Red.) miterlebt hat, möchte ich ausdrücklich betonen, daß diese neue Phase ganz andere und bedeutsamere Entwicklungen als die bisherigen einleiten wird.



Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, bei einer Rede.

Der Waffenstillstand hat nichts damit zu tun, daß die Guerilla schwächer geworden

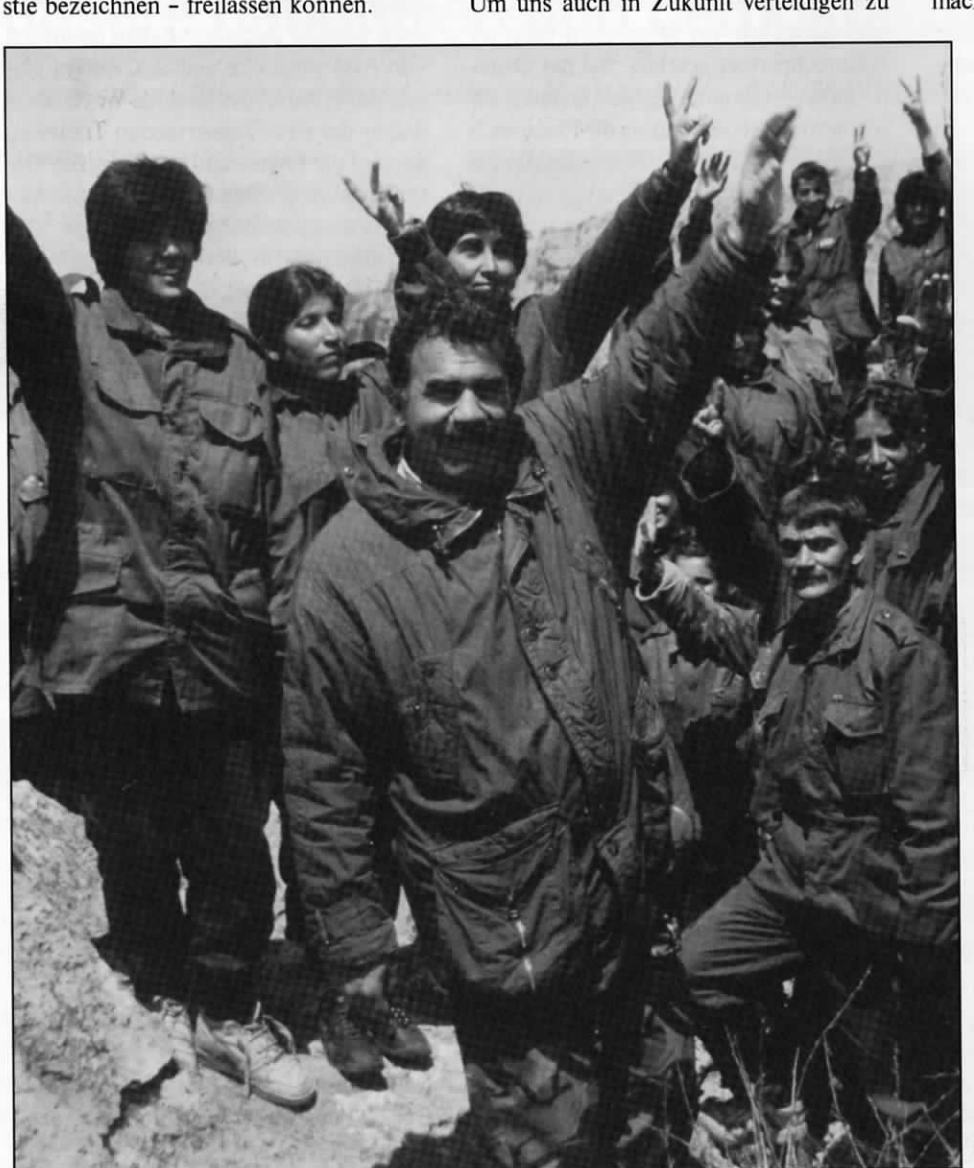
ist oder die PKK ihre Kraft verloren habe. Das ist Propaganda aus interessierten Regierungskreisen. Unsere Haltung, die wir hier verdeutlichen wollen, ist, sich um die politische Seite in dieser sehr schwierigen Phase zu bemühen. D.h. die politische Seite soll der militärischen vorangestellt werden. Wir streben für unser Volk einen demokratischen und friedlichen Weg an. Das sind die Überlegungen, die hinter unserer Haltung stehen. Das aber wurde als Schwäche bewertet. Die türkische Regierung näherte sich uns mit Ausdrücken wie "ehrenvolle Reue" oder "ehrenvolle Kapitulation". Es gibt keine "ehrenvolle Kapitulation" auf dieser Welt. Jede Kapitulation ist eine Erniedrigung. Ob sich ein Revolutionär, ein Konterrevolutionär, ein Rechter oder ein Linker ergibt, in jedem Falle ist es ein Ausdruck der Erniedrigung. Selbst Kinder können nicht mit solchen Methoden betrogen worden. Meiner Ansicht nach war das für die Regierungskreise eine notwendige Taktik in ihrem Kampf um Positionen und die Fortführung der Koalition. Aber es war nicht als Voraussetzung zur Lösung der Frage gedacht. Um die Koalition weiterhin aufrechtzuerhalten und ihre Posten beizubehalten versuchen einige mit Phrasen wie "so haben wir die kurdische Frage gelöst ... wir haben die wichtigste Entwicklung eingeleitet" Punkte für sich in der Öffentlichkeit zu sammeln. Natürlich wird eine Bewegung wie wir, die den Krieg in solch großem Ausmaß führt, darauf mit Gegenreaktionen antworten. Und unsere Bewegung wird die militärische Lösung, die wir nie gewollt haben und die für uns immer zweitrangig war, nun doch noch stärker auf die Tagesordnung bringen. Schließlich wird nun wieder der bewaffnete Widerstand die Tagesordnung prägen. Der Widerstand wird vertieft und zur Basis für eine politische Lösungsmöglichkeit werden, von der wir heute nicht wissen, wann und wie sie verwirklicht werden kann. D.h. daß erneut die militärische Seite dominieren wird und die politische Lösung wird an die zweite Stelle treten. Aber sie wird in heute noch nicht absehbarer Zukunft wieder in den Vordergrund rücken. In diesem Sinne verliert der Waffenstillstand sehr schnell seine Wirkung.

Derzeit finden massive Gefechte statt. Dies ist sowohl für uns, als auch für die Völker, aber auch für die Regierung sehr schwer. Wenn keine Lösungsalternative angeboten wird, ist das nicht mein Problem. Das ist das Problem der Regierung. Die Bedeutung der kurdischen Frage und ihre schnelle Lösung ist ganz offensichtlich. Aber weder die Opposition, noch die regierenden Parteien wollen eine Lösung anbieten. Eins muß hierbei hervorgehoben werden: Wir haben diesen Waffenstillstand auch deshalb ausgerufen, weil uns Herr Özal kurz vor seinem Tod eine Nachricht zukommen ließ: "Ich möchte zu einer Lösung der kurdischen Frage beitragen. Ob die PKK nicht ein bißchen nachgibt? Gibt sie uns die Gelegenheit, einige Schritte in diese Richtung zu unternehmen?" Deshalb haben wir vor allem auch Özal als Ansprechpartner gesehen. Bei der Demirel-Inönü-Regierung dagegen konnten wir schon voraussehen, daß sie die Frage nach den Methoden ihrer Vorväter - Erdal Inönü mit denen seines Vaters und Süleyman Demirel mit denen seiner 30jährigen Erfahrung in der Politik - lösen wollen.

Deshalb ist der Gesprächspartner für den Waffenstillstand und die Entwicklungen abhängig von Çankaya (Sitz des türkischen Staatspräsidenten, Anm. d. Red.). Und deshalb war der Tod von Özal für uns bedauerlich. Sein plötzlicher Tod einen Tag nach unserer Pressekonferenz hat den Verlauf der Entwicklungen einigermaßen behindert. Er konnte sich nicht mal mehr dazu äußern, was er meinte als er sagte: "Auch wenn es ein Risiko ist, werde ich einige Schritte unternehmen". Demirel und Inönü haben den Verlauf der Entwicklungen zum Schlechten genutzt, statt sie positiv zu bewerten. Wie wir alle wissen, wurden ununterbrochen Militäroperationen und Verhaftungen durchgeführt, so daß wir unser Recht auf Gegenwehr wieder in Anspruch nehmen mußten. Zu Özal möchte ich noch kurz folgendes sagen: Er hat den Kampf gegen uns auf höheren Ebenen geführt. In dem Krieg gegen uns hat er an der Front die jeweilige Taktik für die diplomatischen, ökonomischen und politischen Aktivitäten entwickelt. Auch bei der Entwicklung neuer Taktiken für das Militär hat er eine führende Rolle gespielt. Trotzdem war er der einzige, der eingesehen hat, daß man die Frage nicht mit Gewalt niederschlagen kann, sondern daß es eine politische Lösung geben muß. Ich kann mir vorstellen, daß er einige mutige Schritte machen wollte. Als Zeichen der Toleranz zwischen den Kriegsparteien. Leider ist mit seinem Tod diese Chance vorbei. Die Koalitonsregierung versuchte dann ihre unübersehbaren Fehler dadurch zu verbergen, daß der eine Koalitionspartner das Amt des Staatspräsidenten und der andere vorläufig das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hat. Gleichzeitig kündigte er seinen Rücktritt vom Parteivorsitz an. Damit haben sie gleichzeitig den Weg für eine schlechte Phase eingeleitet. Meiner Meinung nach ist der Rücktritt von Inönü ein Beweis dafür. Das bedeutet, daß er dem Druck von außen nach einer Lösung der Kurden-Frage nicht gewachsen ist. Er will mit seinem Rücktritt diesem Druck ausweichen. Demirel dagegen verfolgte die Absicht, die Frage noch bedeckt zu lassen, indem er einfach sein Amt wechselte und in Cankaya einzog. Seine Partei des Rechten Weges überließ er der alten konservativen Tradition. So wird die Frage nicht den richtigen Gesprächspartner finden. Wer ist nun in diesem Zusammenhang der richtige Gesprächspartner? Ist es die Regierung? Çankaya oder vielleicht die Armee? Das ist nicht klar. Jeder wird jedem den Ball zuspielen. Die Kriegsparteien bleiben in der Mitte. Sie werden sich den Regeln entsprechend oder auch nicht, stark oder weniger stark gegenseitig belasten. In den vergangenen Jahren sind tausende von Menschen umgekommen. In der vor uns liegenden Zeit werden vielleicht zehntausende von Menschen getötet; sowohl von unserer als auch von der anderen Seite. Wenn sie uns trotz der mehr als zehntausend Guerillas, ebenso vieler Milizen und der täglich anwachsenden Teilnahme unseres Volkes vernichten wollen - und so sind die Verlautbarungen aus Regierungskreisen - heißt das von unserer Seite 15-20000 Tote. Aber auch auf der Gegenseite wird es viele Verluste, vielleicht noch mehr als bei uns, geben. Diese Tatsache läßt die Zahlen in einer Dimension von zehntausenden vermuten. Wie wird die ökonomische und politische Struktur der Türkei das verkraften können? Kurdistan ist zu einem Trümmerfeld geworden. Wieviel wird wohl die Türkei an Blut, Leben und an Hab und Gut verlieren, sollten die geplanten Aktionen in der Türkei beginnen? Die Beurteilung all dieser o.g. Tatsachen überlasse ich der türkischen Öffentlichkeit und den Regierungskreisen.

Sind wir dafür verantwortlich? Nein! Wir wollen eine gleichberechtigte Basis für die Einhaltung der Menschenrechte und für unsere nationalen und demokratischen Rechte. Sobald die kurdische Identität anerkannt ist, sollte als erstes die Gründung eines kurdischen Radio- und Fernsehsen-

ders realisiert werden. Bei ihrem letzten Beschluß hätten sie die Unterstützung und das Verständnis des Volkes bekommen können. Anstatt das schon bestehende Reuegesetz zu erweitern, hätten sie als Beweis der Anerkennung der "kurdischen Realität" das Verbot der kurdischen Sprache und der Kultur aufheben und kurdische Radio- und Fernsehstationen zulassen sollen. Das wäre ein erster positiver Schritt gewesen. Überdies hätten sie die Gefangenen - ich will es nicht als Amnestie bezeichnen - freilassen können.



PKK-Generalsekretär, Abdullah Öcalan, zwischen Guerillas.

Sie haben einige ökomonische Kreuzzüge nach Kurdistan unternommen. Die Frage ist jedoch nicht ökonomischer sondern politischer Art. Statt ökonomische Schritte zu unternehmen - auch in diesem Bereich ist keine ernsthafte Verbesserung zu verzeichnen - hätten sie das Recht auf politische Organisierung und die Legalisierung der politischen Betätigung zulassen sollen. Wenn sie es sich zugetraut hätten, so hätten sie mir die freie politische Betätigung in der Türkei gewährt. All diese Schritte zielen auf eine politische Lösung ab. Aber nichts wurde getan. Im Gegenteil, alles wurde versucht, damit wir die Waffen strecken und uns damit in eine ausweglose Lage begeben sollten. Wir sind aber keine bereitwilligen Opferlämmer und werden unser Haupt nicht hinhalten. Wir lassen uns nicht in eine solche entwürdigende Position locken. Das ist unakzeptabel. Um uns auch in Zukunft verteidigen zu können, um unsere nationalen und demokratischen Rechte zu erkämpfen und um unsere Freiheit zu erlangen, haben wir den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen. Ich beschäftige mich seit Tagen mit dieser Frage und all unsere Einheiten haben ihre Stellungen erweitert. Überdies hab ich unseren Einheiten mitgeteilt, von ihrer durch den Waffenstillstand bedingten Rückzugsposition wieder in aktive Stellungen zu wechseln. Schon jetzt sterben täglich 20-30 Menschen bei Gefechten. Vielleicht wird es so bleiben, vielleicht werden es zukünftig bis zu hundert werden. Es ist eine schwierige Phase; aber ich bin fest davon überzeugt, daß unser Kampf uns zu einem Erfolg führen und die Möglichkeiten für eine politische Lösung vorbereiten wird.

Keiner soll sich unerfüllbare Hoffnungen machen. Es ist nicht realistisch, die bestehende Kraft bis zum Jahre 2000 von den Bergen herunterzulocken oder sie zu vernichten. Auch wenn die Zahl der Einheiten so bleibt und nicht zunimmt wird das nicht möglich sein. Die Zahl der Teilnehmer am Befreiungskampf wächst täglich, die Erfahrungen multiplizieren sich und die Unterstützung von innen und außen nimmt immer mehr zu. Das alles macht deutlich, daß der Krieg sich weiter verschärfen und bis zum Jahre 2000 weitergeführt werden wird.

Welche Vor- und Nachteile wird dieser Krieg für die Türkei bringen? Die türkische Öffentlichkeit und die Regierungskreise sollen diese Frage selbst beurteilen. Wir wollen die überall stationierten türkischen Soldaten nicht töten. Wir fühlen sogar eine gewisse Nähe zu ihnen. Welche Kräfte stecken dahinter, die diese Leute in den Krieg schicken. Das türkische Volk muß sich Gedanken darüber machen, wer für die Zuspitzung dieses Krieges verantwortlich ist, welche Kräfte hinter dieser Kriegspolitik stehen, wessen Interessen in diesem Krieg vertreten werden und wer hinter einem Posten ist. Die türkische Öffentlichkeit, Demokraten, Sozialisten und jeder, der sich für Menschenrechte einsetzt, muß sich Gedanken darüber machen und diese Leute stoppen. Wer sind diejenigen, die diese Chaos erzwingen wollen?

Auch Sie, verehrte Pressevertreter können mir eine Lösung zu der bestehenden Frage vorschlagen, ich werde sie akzeptieren. Es gibt ein Volk. Schließlich ist über die kurdische Identität gesprochen und diese anerkannt worden; was also müssen wir ganz dringend diesem Volk geben?

Protestaktionen der Kurden in ganz Europa

Das kurdische Volk kämpft gegen den schmutzigen Krieg des türkischen Staates und das Schweigen in Europa!

Traurig ist heutzutage die Tatsache, daß über Massaker und Genozide geschwiegen wird, wenn sie den eigenen Interessen entgegenkommen. Vor allem das kurdische Volk ist von diesem Schweigen der europäischen Staaten betroffen, insbesonders der deutschen Bundesregierung. Genozide, Deportationen und Folter gehören zum Alltag in Kurdistan an.
Was müssen die Kurden denn machen, um das Schweigen zu brechen? Sollen auch sie schweigen und zusehen. Von den Kurden, die seit Jahren in den europäischen Staaten leben, oder sich in diesen Ländern um Asyl beworben haben, erwarten die europäischen Regierungen und die politischen Kreise, daß sie sich ja ruhig und still verhalten. Auch wenn ihre Verwandten tagtäglich massakriert, gefoltert, willkürlich festgenommen oder zur Deportation gezwungen werden.
"Bei ihnen herrsche Demokratie" ist das stand-by Statement, das jeder Europäer sofort parat hat. In der Demokratie habe sich jeder "demokratisch" zu verhalten heißt es dann weiter. Das bedeutet, daß du jederzeit über Demokratie, Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung reden, jedoch nichts dafür tun darfst. Wenn also die Kurden massakriert oder gefoltert werden, so kannst Du darüber reden, doch unternehmen darfst Du dann nichts. Das wäre nämlich "terroristisch und undemokratisch". Soviel zu der Vorstellung der Europäer über "Terrorismus und Demokratie".
Am 24. Juni d. J. haben die Kurden überall in Europa Protestaktionen gegen den Vernichtungskrieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und das Schweigen der europäischen Öffentlichkeit durchgeführt. Sie haben ihre Aktionen gegen türkische Konsulate, Botschaften und Reisebüros, also türkische staatliche Stellen, gerichtet. Damit haben sie das Schweigen der Öffentlichkeit gegenüber dem Genozid am kurdischen Volk gebrochen. Es ist das legitimste Recht eines Volkes, gegen seine Vernichtung und die Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Der Leser mag sich nun eigenes Bild über wahre "Demokratie" machen.

Wie lange können die westeuropäischen Länder noch ihren "Terrorismusvorwurf" gegen das kurdische Volk aufrechterhalten? Wer wird ihnen denn noch glauben?

Zu den Protestaktionen der kurdischen Bevölkerung in Europa schreibt die kurdische Organisation KAWA in einer Presseerklärung:

"Wie auch in der Presse berichtet wird, richten sich die Aktionen gegen die Grausamkeiten der Türkischen Republik in Kurdistan und fordern die deutsche Regierung auf, ihre Unterstützung an die TR zu beenden....
"Mit Anschuldigungen wie das sind 'Terroristen, terroristische Aktionen' versuchen die Vertreter der deutschen Regierung, von den wahren Gründen der Aktionen abzulenken. Sie haben sich damit auf die Seite des türkischen Staates gestellt."



Durch Schüsse des türkischen Militärs getötetes Kind.

In einer Erklärung der Union der Revolutionären, Demokratischen Kräfte heißt es:

"Die in Europa lebenden Menschen aus Kurdistan, haben in unterschiedlichen Städten Europas verschiedene Aktionen durchgeführt, um gegen den schmutzigen Krieg in Kurdistan zu protestieren und das Schweigen in Europa zu brechen. Wir sind der Meinung, daß diese Reaktionen des kurdischen Volkes legitim sind. Die Gründe für diese Entwicklungen sind offensichtlich."

Der Verband der Vereine aus Kurdistan e.V. (KOMKAR) schreibt in einem Flugblatt an die Öffentlichkeit:

"Mit ein wenig Druck auf die

Türkei würde die Situation der Kurden in der Türkei, die einem offenen, brutalen Krieg durch den türkischen Staat ausgesetzt sind, anders aussehen und die Ereignisse am 24. Juni in Deutschland wären vermieden worden.
Wir glauben, daß es nicht im Interesse der deutschen Bevölkerung sein kann, durch ihre Steuergelder, die die deutsche Regierung auch in Form von Waffen an die Türkei liefert, den schmutzigen Vernichtungskrieg der Türkei gegen das kurdische Volk weiterhin zu finanzieren.
Solange für die Sitation der Kurden keine politsche und gerechte Lösung angestrebt wird, die durch internationale Abkommen garantiert werden, wird es weder in der Türkei, noch im gesamten Nahen Osten Frieden geben..."

Im folgenden veröffentlichen wir die gemeinsame Erklärung der kurdischen Vereine und Kurdistan-Komitees in Europa:

"Stoppt den schmutzigen Krieg in Kurdistan!

Vor den Augen der ganzen Weltöffentlichkeit bombardiert die türkische Regierung und das Militär Kurdistan. Innerhalb von ein paar Wochen wurden 50 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und mehr als 100 Menschen ermordet. Der türkische Staat lehnt das Waffenstillstandsangebot der kurdischen Seite ab und steigert seine Gewaltpolitik gegen das kurdische Volk.

Die Szenen, die sich heute in Kurdistan abspielen, sind schlimmer als die in Bosnien. Trotzdem schweigt die Welt zu den Ereignissen in Kurdistan. Diese Haltung unterstützt und ermutigt die Gewaltpolitik des türkischen Staates gegen das kurdische Volk.

In unserem Land werden gegenwärtig Massaker verübt. Sie sind ein Verbrechen an der Menschheit. Niemand kann diese Verbrechen akzeptieren. Die Reaktionen des kurdischen Volkes in verschiedenen Städten Europas gegen diesen schmutzigen Krieg sind als ein Aufruf an die Menschheit zu betrachten. Den Mördern in der Türkei darf der Rücken nicht gedeckt werden. In diesem Sinne erwarten wir von der europäischen Öffentlichkeit und Regierungen mehr Verantwortung gegenüber den Ereignissen in Kurdistan. Mit den Waffen aus dem Westen, vor allem aus Deutschland, bombardiert die Türkei kurdische Dörfer. Trotz dieser Realität kann die vom deutschen Bundeskanzler gegen die Aktionen der Kurden abgegebene verleumderische Erklärung nicht akzeptiert werden.

Bei der Aktion am 24. Juni in der Hauptstadt der Schweiz, in Bern, an der 200 Kurden beteiligt waren, haben Angehörige des türkischen Konsulates Schüsse auf die Demonstranten eröffnet und 6 Kurden verletzt. Der 29jährige Kurde Semsettin Kurt aus Mardin ist durch die Schüsse ermordet worden. Damit hat die türkische Regierung ihre Vernichtungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk auch in Europa umgesetzt.
Wir, die unten aufgeführten Vereine und Institutionen, verurteilen das Schweigen der Weltöffentlichkeit gegenüber dem Terror und dem schmutzigen Krieg gegen unser Volk."

UNTERZEICHNER:

Feyka Kurdistan Bonn * Kurdistan Komitee Köln * Kurdischer Frauenverband (YJWK) Leverkusen * Verband der Künstler aus Kurdistan (Hunerkom) Bonn * Kurdischer Studentenverband (YXK) Bochum * Heyva Sur a Kurdistan (Kurdischer Roter Halbmond) Bochum * Kurdisches Kultur- und Beratungszentrum Celle * Kurdistan Arbeiter Kulturzentrum Berlin * Kurdistan-Zentrum Bielefeld * Mezopotamischer Arbeiterverein Bremen * Kurdistan Kulturverein Duisburg * Kultur- und Unterstützungsverein des kurdischen Volkes Frankfurt * Kurdistan Kultur Zentrum Hannover * Kurdistan Kulturverein Ludwigshafen * Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg * Kultur- und Arbeiterbund aus Kurdistan Saarbrücken * Kurdisches Solidaritätszentrum Stuttgart * Kurdisches Kulturzentrum Hamburg * Kurdistan Zentrum Düsseldorf * Kurdistan Kulturverein Düren * Kurdischer Arbeiterbund Aachen * Kurdischer Arbeiterbund Köln * Kurdistan Kulturzentrum Mannheim * Kurdischer Arbeiter- und Kulturverein Koblenz * Medya Kulturzentrum Siegen * Kurdistan Zentrum Kassel * Kurdistan Kulturzentrum Heilborn * Komela Kurdistan München * Kurdistan Kulturzentrum Ingolstadt* Kurdistan Kultur- und Unterstützungsverein Freiburg * Kurdistan Zentrum Zürich * Kurdischer Arbeiter Innenverein Basel * Kurdischer ArbeiterInnen- und Kulturverein Brugg * Centre Culturel du kurdistan Lausanne * Kurdischer ArbeiterInnen und Kulturverein Gallen * Kurdischer ArbeiterInnen und Kulturverein Fribourg * Kurdischer Kulturverein Luzem * Kurdischer ArbeiterInnen und Kulturverein Wattwil * Kurdischer Frauenverband (YJWK) Wien * Kurdischer Arbeiterverband (YKWK) Wien * Kurdischer Kultur und Jugendverband Bregenz * Kurdisches Informationszentrum Temitz * Kurdistan Informationszentrum Graz * Verein für Kultur und Information Kurdischer Angelegenheiten Linz * Verein für Kultur Kunst und Wissenschaft des Kurdischen Volkes * Kurdischer Arbeiter- und Kulturverein Innsbruck * Kurdischer Studentenverein Österreich * Kurdischer Arbeiter- und Kulturgemeinschaft Fölten * Kurdistan Komiteen in Stockholm-Schweden * Kurdish Culture Foundation Stockholm * Patriotic Womens Union of Kurdistan Stockholm * Kurdish Culture Foundation in Fittja * Kurdish Culture Foundation in Bollnäs * Kurdish Culture Foundation in Göteborg-Schweden * Solidarity Union of Kurdistan in Uppsala * Kurdish Information Center in Sundsvall * Kurdish Culture in Union in Falköping * Koerdische Arbeiders vereniging Den Haag * Koerdische Arbeiders Vereniging Arnheim * Koerdische Arbeiders Vereniging Amsterdam * Koerdische Culturele Vereniging Eindhoven * Koerdische Culture Vereniging Zaandam * Koerdistan Centrum Deventer * Koerdistan Komitee Nederland * Kurdistan Workers Association London * Halkevi London * Volkshaus (Halkevi) London * Association Culturele et des travailleirs Patriotes du Kurdistan Lyon * Association Cultuerlle et des travailleurs du Kurdistan Mulhouse * Association Culturelle et des travailleurs Patriotes du Kurdistan Rennes * Association Culturelle et des travailleurs Patiotes du Kurdistan St- Avold * Association Culturelle et des travailleurs Patriotes du Kurdistan Montpellier * Association Culturelle et des Patiotes du Dreux * Association Culturelleurs Patriotes du Kurdistan Belliard * Associalion Culturelle et des travailleurs Patriotes du Kurdistan Creil * Associulion Culturelle et des travailleurs Patriotes du Paris * Association Culturelle et des travailleurs Patriotes du Kurdistan Rouen * Association Culturelle et des travailleurs Patriotes du Kurdistan Paris * Comité du Kurdistan en France * Association Culturelle Kurde de Liège * Assication Culturelle d'Atwerpen * Association des Travailleurs et Culturelles de Genk * Association de Solidarité avec les Kurdes à Leuven * Comité due Kurdistan en Belgique

Kurdische Vereine und Komitees in Europa

ERNK–Europavertretung:

"Die deutsche Regierung verschafft sich damit keinen Vorteil, indem sie das kurdische Volk gegen sich stellt"

Infolge der Protestaktionen der kurdischen Bevölkerung gegen den Vernichtungskrieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk am 24. Juni d.J. in unterschiedlichen Städten Europas, sind politische Spannungen zwischen den Kurden und europäischen Staaten wie Deutschland und der Schweiz entstanden. Nach der Besetzung des türkischen Konsulates in München und der Erschießung eines Kurden durch einen Angehörigen der türkischen Botschaft in der schweizer Botschaft in Bern, hat die deutsche Regierung erklärt, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu verbieten. Die Vertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) hat dem Reporter Hasan Yesil in Brüssel ihre Position über die Haltung der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck gebracht:

"Seit ein paar Tagen führt das kurdische Volk in unterschiedlichen Städten Europas gegenüber den grausamen und unmenschlichen Massaker des türkischen Staates gerechte und legitime Protestaktionen durch. Diese Aktionen werden von der deutschen Regierung falsch bewertet. Auf den Druck der türkischen Regierung hin will die deutsche Regierung nun diese Protestaktionen als Vorwand benutzen, um mögliche Vorgehen und Beschlüsse gegen die PKK zu legitimieren. Diese Bewertung der gerechten und legitimen Reaktionen des kurdischen Volkes läßt Zweifel entstehen. Wir möchten betonen, daß wir mit keinem europäischen Volk oder Land, insbesondere nicht mit Deutschland, irgendwelche Probleme oder Differenzen haben.

Wir sind ein unterdrücktes Volk. Das kurdische Volk ist den permanenten Repressionen des türkischen Staates ausgesetzt, seine Dörfer werden täglich zerstört und sein Land und die Natur ständig bombardiert. Das kurdische Volk lebt unter der permanenten Bedrohung, vernichtet zu werden. Um die Menschen in Dörfern zu erschrecken, werden Dorfbewohner willkürlich hingerichtet. Ungeahnt werden Menschen auf offener Straße durch die Konter-Guerilla hinterrücks erschossen. Ein Volk, das diesen Repressionen ausgesetzt ist und so viel Leid zu erdulden hat und die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als die Vertretung dieses unterdrückten Volkes, die dessen gerechten und legitimen Kampf führt, als "terroristisch" zu bezeichnen, ist eine Verdrehung der Tatsachen und ein Vergehen an der Menschheit.

Wenn die deutsche Regierung für ihre Interessen sich an der Menschheit schuldig macht, sich von den türkischen Konsulaten, die die Nester des türkischen Geheimdienstes MIT darstellen, beeinflußen läßt, so ist das bedauernswert für Deutschland. Wir fragen die deutsche Regierung: wenn ihre Sprache nicht erlaubt wäre, wenn das deutsche Volk nicht mehr in seiner Sprache schreiben und lesen dürfte, wie würden sie dann reagieren? Eben diese Reaktionen, die sicherlich auch das deutsche Volk zeigen würde, zeigt heute das kurdiche Volk, weil es unter diesen Verboten und Repressionen leben muß. Statt die gerechten und legitimen Reaktionen des kurdischen Volkes zu unterstützen, stellt sich Deutschland auf die Seite der Türkischen Republik, der inzwischen

"Indem die deutsche Regierung den terroristischen türkischen Staat unterstützt, macht sie sich mitschuldig an dem Völkermord am kurdischen Volk."

"Wir haben mit keinem europäischen Volk oder Land, insbesondere nicht mit Deutschland, irgendwelche Probleme oder Differenzen."

"Wir sind davon überzeugt, daß das deutsche Volk Verständnis für die Reaktionen des kurdischen Volkes gegenüber den grausamen und inhumanen Massaker hat."

"Zweifellos werden auch geplante Verbote das kurdische Volk nicht daran hindern, seine legitimen und gerechten Protestaktionen gegen einen Feind fortzusetzen, der ihn in seiner Existenz bedroht."

An Bundeskanzler Helmut Kohl,

"Sehr geehrter Herr Kohl,
die Sprache, Kultur und die nationalen Rechte des kurdischen Volkes werden verweigert. Welche Alternative schlagen Sie dem kurdischen Volk sonst vor? Veröffentlichen Sie Ihre Vorstellungen, damit auch wir sie unterschreiben können. Wir haben unsere Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung zum Ausdruck gebracht und sind weiterhin dazu bereit.

Sehr geehrter Herr Kohl,
wir möchten Sie noch einmal daran erinnern, daß es Ihnen nichts bringen wird, gegen das kurdische Volk und seine Vertretung, die PKK, vorzugehen. Wir hoffen, daß sie gegenüber dem gerechten und legitimen Kampf des kurdischen Volkes verantwortungsbewußter und realistischer handeln werden."

weltweit zu den geachteten terroristischen Staaten gehört. Diese Tatsache weckt Zweifel und Mißtrauen gegenüber der deutschen Bundesregierung. Nicht der türkische Staat, der einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk führt, der dem Willen des kurdischen Volkes nach Freiheit mit Massakern beantwortet, wird als terroristisch bezeichnet, sondern die Protestaktionen des kurdischen Volkes gegen diese Grausamkeiten. Es scheint, daß die deutsche Regierung die demokratischen Maßstäbe verfehlt. Sie begeht einen Fehler. Wir möchten sie von diesem Fehler in Kenntnis setzen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Vertreter der deutschen Bundesregierung, die regelmäßig an den Gala-Abenden in der türkischen Botschaft in Bonn teilnehmen, die gerechtfertigten Reaktionen des kurdischen Volkes als "terroristisch" bezeichnen. In bezug auf die Erklärung der deutschen Bundesregierung, sie wolle die PKK verbieten, möchten wir noch einmal deutlich machen: Lassen Sie davon ab, uns als "Terroristen" zu bezeichnen. Sie verschaffen sich damit keinen Vorteil, indem sie ein ganzes Volk gegen sich stellen! Und erneut wiederholen wir, der eigentliche Terrorist ist der türkische Staat und die deutsche Regierung unterstützt ihn. Deutschland muß seine Unterstützung an den türkischen Staatsterror zurückziehen. Wir rufen die deutsche Öffentlichkeit, das deutsche Volk zu mehr Verantwortungsbewußtsein auf. Seit Jahrzehnten leben zehntausende von Kurden hier in Deutschland. Haben sie jemals Schaden angerichtet? Welches Verhalten von ihnen ist "terroristisch"? Kann ein unterdrücktes Volk "Terror" praktizieren? Ein unterdrücktes Volk ist lediglich damit beschäftigt sich selbst zu schützen. Wenn das kurdische Volk heute diese Protestaktionen begeht, so weil seine Existenz geleugnet wird, weil es mit der Vernichtung bedroht wird, weil tagtäglich in Kurdistan seine Verwandten ermordet werden, und weil es permanent Berichte von Massakern und Folter hört. In Kurdistan werden täglich seine Mütter, Väter, Brüder, Kinder ermordet. Jeden Tag werden Dörfer zerstört und die Bewohner zur Flucht gezwungen. Können Protestaktionen gegen diese unmenschlichen Repressionen als "Terrorismus" bezeichnet werden. Sollte man sich nicht vielmehr mit ihnen solidarisieren?

Wir sind davon überzeugt, daß das deutsche Volk Verständnis für die Reaktionen des kurdischen Volkes gegenüber den grausamen und inhumanen Massaker hat. Das kurdische Volk mißt der Solidarität des deutschen Volkes viel Wert bei. Wir sind sicher, daß dies im Alltag beim Zusammenleben der beiden Völker bewiesen wurde. Kann ein Volk, das jeden Tag mit seiner Vernichtung zu kämpfen hat, "terroristisch" sein? Wir fragen das solidarische deutsche Volk: Ist der Wunsch nach Freiheit, Demokratie, nach Menschlichkeit, nach der Anerkennung der eigenen Identität, Sprache und Kultur etwa "terroristisch"?

In diesem Sinne ist es nicht möglich, das Verhalten der deutschen Regierung zu verstehen. Kann die deutsche Bundesregierung für die paar ökonomischen Beziehungen mit dem türkischen Staat, für ihre Interessen bei dem Völkermord am kurdischen Volk weiterhin zusehen? Kann Deutschland das mit seinem Gewissen vereinbaren? Ist es nicht ein Verbrechen an der Menschheit, gegenüber dem Terror und der Grausamkeit am kurdischen Volk zu schweigen?

Wir rufen die deutsche Öffentlichkeit und die Medien dazu auf, Druck auf ihre Regierung auszuüben, um die von der Bundesregierung hervorgebrachten Drohungen, kurdische Organisationen zu verbieten, zurückzunehmen. Zweifellos werden auch geplante Vorkehrungen das kurdische Volk nicht daran hindern, seine legitimen und gerechten Protestaktionen gegen einen Feind fortzusetzen, der ihn in seiner Existenz bedroht. Die Vorstellung, diese Protestaktionen könnten verhindert werden, ist ein Irrtum. Deshalb rufen wir alle demokratischen Kreise dazu auf, gegen mögliche Maßnahmen der deutschen Regierung und des türkischen Staates vorzugehen.

Dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl möchten wir folgendes übermitteln:

Sehr geehrter Herr Kohl,

Das 40 Mio. Menschen zählende kurdische Volk hat eine lange historische Vergangenheit. Dieses Volk will auf seinem Land in Freiheit leben. Ist dieser Wunsch eines Volkes nach Freiheit etwa zuviel? Sie unterstützen Minderheiten, die vielleicht 30 000 Menschen zählen, in ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit, Freiheit und der nationalen Entfaltung, warum schweigen Sie gegenüber dem gerechten und legitimen Kampf des kurdischen Volkes?

Sehr geehrter Herr Kohl,
die Sprache, Kultur und die nationalen Rechte des kurdischen Volkes werden verweigert. Welche Alternative schlagen Sie dem kurdischen Volk sonst vor? Schreiben Sie bitte ihre Vorstellungen auf und veröffentlichen Sie die Erklärung der Weltöffentlichkeit, damit auch wir sie unterschreiben können. Wir haben unsere Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung zum Ausdruck gebracht und sind weiterhin dazu bereit.

Sehr geehrter Herr Kohl,
wir möchten Sie noch einmal daran erinnern, daß es Ihnen nichts bringen wird, gegen das kurdische Volk und seine Vertretung, die PKK, vorzugehen. Wir hoffen, daß sie gegenüber dem gerechten und legitimen Kampf des kurdischen Volkes verantwortungsbewußter und realistischer handeln werden."

Die Einschätzung der ERNK zu den faschistisch-rassistischen Angriffen in Deutschland

Der Brandanschlag von Solingen veränderte die deutsche Tagesordnung auf einen Schlag. Jeder bewertet und kommentiert das Ereignis auf seine eigene Weise. Und einige, vor allem der türkische und der deutsche Staat, versuchten, von der Sache abzulenken und alles in von ihnen gewünschte Bahnen zu kanalisieren.

Wir KurdInnen sind von solchen rassistischen Angriffen am meisten betroffen, weil wir ein Volk sind, das tagtäglich aggressiver nationaler und kultureller Unterdrückung ausgesetzt ist. KurdInnen erleben sowohl in Kurdistan als auch in den türkischen Metropolen rassistische Angriffe hautnah am eigenen Leib.

Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) bewertet das Massaker von Solingen und die rassistisch-faschistischen Angriffe in der BRD ganz anders, weil durch eine emotionale Sichtweise wichtige Aspekte der Tat verschleiert werden, die jedoch für eine realistische Bewertung des Ereignisses notwendig sind.

Erstens: Der Brandanschlag von Solingen war ein Ablenkungsmanöver, das dem kurdischen Volk großen Schaden zufügte. Wir haben keine konkreten Beweise bezüglich der Täter dieses Mordes, aber wenn wir einige Aspekte und den zeitlichen Zusammenhang betrachten, kommen wir zu dem Schluß, daß hinter dem Ganzen ein Komplott steckt. Die Fäden dieses dunklen Komplotts reichen bis hin zum türkischen Staat.

Der von der PKK proklamierte Waffenstillstand und Aufruf zu einer politischen Lösung brachte die türkische Politik in eine sehr bedrängte Lage. Das Zusammenkommen und die Demonstration von 120.000 KurdInnen am 29. Mai in Bonn war dazu geeignet große Entwicklungen zu schaffen und sollte vor allem die Botschaft vermitteln, daß die KurdInnen hinter ihren Forderungen nach Freiheit und Demokratie stehen. Das bedeutete für die TR einen Prestigeverlust. Der türkische Staat benutzte den Mord von Solingen, um diese Entwicklungen zu überschatten und die Öffentlichkeit davon abzulenken. Möglicherweise ist er gar selbst darin verwickelt. Vielleicht meinen manche, daß wir die TR zu unrecht beschuldigen. Da wir jedoch den Charakter dieses Staates ganz genau kennen, erscheint uns eine solche Möglichkeit nicht als unlogisch. Der türkische Staat ist durchaus in der Lage, eine solche Wahnsinns-Tat zu begehen, um das psychologische Klima zu seinen Gunsten zu wandeln.

Die Morde an der türkischen Familie in Solingen versetzte den türkischen Staat in die Position eines armen und unschuldigen Staates. Er benutzte den Mord dazu, die Kritik aus dem Ausland an ihm unter den Teppich zu kehren. Das Regime, das in Kurdistan jeden Tag bis zu 50 KurdInnen grausam ermordet, stellt sich nun in der internationalen Öffentlichkeit als Unschuldslamm dar und versucht auf diese Weise seine eigenen Verbrechen zu vertuschen. Dieses Regime begeht in den Städten der Westtürkei die gleichen rassistischen Angriffe gegen die kurdische Bevölkerung wie die Neonazis in der BRD gegen die nichtdeutsche Bevölkerung. Vor allem Soldaten und Polizisten führen in diesen Städten nationalistische Demonstrationen mit türkischen Fahnen durch.

Letztes Jahr wurden in Orten am türkischen Mittelmeer wie Alanya, Fethiye und in Izmir Wohnhäuser und Geschäfte von KurdInnen angezündet. Viele Städte haben Zuzugsbeschränkungen für kurdische Familien erlassen. Es werden Drohflugblätter verteilt und Plakate aufgehängt mit Inhalten wie "Gebt den Kurden kein Mädchen. Kauft nicht bei Kurden".

Zweitens: Daß es in Deutschland Ausländerfeindlichkeit und rassistisch-faschistische Angriffe gibt, ist eine Realität. Die Ursache dafür ist das heutige System in Deutschland selbst. In der europäischen Gesellschaft herrscht eine ökonomische Krise. Das beeinflußt sowohl die hochrangigen Politiker, als auch die einfachen Leute. Die Skandale, vor allem in Italien, die Rücktritte von Parteivorsitzenden und Ministern oder der Selbstmord des ehemaligen Ministerpräsidenten von Frankreich sind nur einige Anzeichen dieser Krise in den letzten Monaten. Sie zieht Folgen für die Gesellschaft mit sich und führt zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Kosten. Um von ihr abzulenken, sind Sündenbocke nötig, die am leichtesten in den Ausländern gefunden werden können. Denn ihre Haarfarbe macht sie erkennbar in der deutschen Gesellschaft, wohingegen die Bosse in den Skylines oder die Politiker unsichtbar bleiben.

Drittens: Ausländerfeindlichkeit und Rassismus hat zwei Seiten, eine deutsche und eine türkische, die beide gleichermaßen bekämpft werden müssen. Wenn es sich auch dem Anschein nach um Gegensätze handelt, so sind sie im Grunde identisch, weil die Ideale, auf die sie sich stützen, identisch sind und sich ergänzen. Unserer Meinung nach stehen die türkischen Faschisten den deutschen in ihrer Gefährlichkeit in keinster Weise nach. Beide verfolgen unmenschliche Utopien. In Deutschland existiert eine vom türkischen Staat organisierte Gegenfront. Der türkische Staat ist in Deutschland wie ein eigener Staat organisiert. Die türkische Botschaft, ihre Konsulate, Moscheen, Vereine und alle in Frankfurt erscheinenden türkischen Zeitungen sind Teile ihres eigenen Organismus. Nach dem Mord von Solingen wurden sie alle mobilisiert. Die TürkInnen werden auf der Basis von Menschenfeindlichkeit erzogen. In den Moscheen wird eine Erziehung im Sinne einer türkisch-islamischen Synthese betrieben, die türkischen Zeitungen loben den türkischen Nationalismus in ihren Schlagzeilen in den Himmel und betreiben hetzerischen Schmierenjournalismus.

Viertens: Der türkische Staat machte aus dem Mord von Solingen eine rassistisch-faschistische Show. Er inszenierte Kundgebungen mit türkischen Fahnen, genauso wie sie in der Türkei stattfinden. Die Beschwichtigung, die manche vorbringen, das wäre nur ein kleiner Teil, das wären nur die Grauen Wölfe gewesen, ist eine Fehleinschätzung, denn die rassistischen

Kreise haben eine breite Basis unter den TürkInnen, die sogar bis hin in Kreise reicht, die sich selbst als Linke und Revolutionäre bezeichnen. Auch sie laufen bei diesen Demonstrationen unter türkischen Fahnen mit und rufen die gleichen Parolen wie die türkischen Nationalisten.

Fünftens: Im deutschen Bundestag wurde nach Solingen über die wachsende Ausländerfeindlichkeit und Gegenmaßnahmen diskutiert. Dabei stellten Kohl und die Regierung für die Ausländerfeindlichkeit, die ein Produkt des Systems ist, andere als verantwortlich dar und wiesen am Ende die Schuld auch noch den Ausländern selbst zu. Die deutsche Regierung lenkte die Aufmerksamkeit auf von ihr als extrem bezeichnete ausländische Gruppen und Vereine und versuchte so die wirklich Schuldigen zu schützen. Auf diese Weise vermitteln sie den Eindruck, daß die Ausländer eine Last für die deutsche Gesellschaft geworden seien und ihr Zuzug begrenzt werden müsse und ermutigen die deutschen Neonazis. In Deutschland ist somit Ausländerfeindlichkeit ein von der staatlichen Ordnung selbst produzierter Mechanismus.

Sechstens: Wir haben uns an den meisten Demonstrationen, die in verschiedenen Städten der BRD nach dem Mord von Solingen gemacht wurden, nicht beteiligt, weil, wenn auch nicht immer, zum größten Teil der türkische Staat und Faschisten hinter diesen Demonstrationen steckten. Es widerspricht unserem Selbstverständnis unter türkischen Fahnen und gemeinsam mit Faschisten zu laufen. Außerdem wurden bei diesen Demonstrationen bewußt die KurdInnen zur Zielscheibe des Hasses gemacht. Die deutsche Presse wie der türkische Staat versuchten, die Ereignisse nach Solingen fälschlicherweise als kurdisch-türkischen Krieg darzustellen und die PKK damit in Verbindung zu bringen. Der türkische Botschafter Onur Öymen persönlich und die vom türkischen Staat und türkischen Unternehmern finanzierte Lobby des türkischen Staates, das Türkei Forschungszentrum, dessen Vorsitzender Faruk Sen ist, betreiben beharrlich eine solche Schmutzkampagne. An diesen provokativen Kundgebungen haben sich Anhänger der PKK und der ERNK nicht beteiligt. Das bedeutet natürlich keinesfalls, daß wir Ausländerfeindlichkeit und rassistischen Angriffen gegenüber gleichgültig sind. Wir sind gegen solche Angriffe und für eine Entwicklung der Kultur der Solidarität zwischen den Völkern, um solche Angriffe zu verhindern.

Siebtens: Unsere Haltung zur Frage nach einer Lösung dieses Problems ist kurz zusammengefaßt folgende: Die Ausländer, die ihre Länder verlassen, haben Gründe dafür. Das sind die Armut, Unterdrückung und die Gewalt der herrschenden Regime. Darüberhinaus zieht der westliche Kapitalismus aufgrund seines Reichtums diese Menschen in ihrer Not an. Es ist also ein Kampf notwendig, der die sozialen und politischen Ursachen der Flucht beseitigt. Es müssen die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Ländern verbessert werden, damit sie in ihre Ländern leben können. Denn die Auswanderung nach Europa oder in einen anderen Kontinent ist keine Lösung. Die Ungleichheit muß beseitigt werden. Wenn in Bezug auf Kurdistan auch der türkische Staat der klare Verantwortliche für die Migration und Instabilität ist, so ist doch auch der deutsche Staat ebenso dafür verantwortlich. Denn der türkische Staat mordet und vertreibt die Menschen aus Kurdistan auch mit der Militärhilfe, die er vom deutschen Staat bekommt.

Seit 1984 haben acht Millionen KurdInnen ihr Land verlassen und sind in Metropolen in der Türkei oder nach Europa geflüchtet. Wenn die deutsche Unterstützung für den türkischen Staat eingestellt und sein schmutziger Krieg in Kurdistan beendet würde, würde das auch die Flucht der Kurden nach Europa verringern und zu einer Lösung der Frage beitragen. In diesem Zusammenhang sind wir gerade in Bezug auf die KurdInnen in der BRD gegen Projekte, die darauf abzielen, sie in Deutschland zu assimilieren und dauerhaft ansässig zu machen. Unsere Aktivitäten als ERNK konzentrieren sich hauptsächlich auf die Solidarität mit Kurdistan. Unsere darauf ausgerichtete Politik findet die Unterstützung der kurdischen Massen. Für uns war es z. B. ein Erfolg, in Bonn 120.000 Menschen für ein gemeinsames politisches Ziel zu versammeln, was nicht so leicht ist und viel Mühe kostet.

Diese Orientierung unserer Politik bedeutet natürlich nicht, daß wir den Problemen in der BRD gegenüber gleichgültig sind. Obwohl der Schwerpunkt unserer Aktivitäten auf Kurdistan ausgerichtet ist, wollen wir für die KurdInnen und alle anderen AusländerInnen in Deutschland ein Leben mit gleichen Rechten. Wir stellen uns gegen die Ausländergesetze und die lebensbedrohlichen faschistisch-rassistischen Angriffe. Wir haben uns bisher an verschiedenen Aktivitäten mit dieser Zielsetzung beteiligt und werden das auch in Zukunft tun. Wir sind für die Einheit auf der Basis von Gleichheit und für die Solidarität zwischen den Völkern. Wir schulen unsere Massen in diesem Sinne. Dem kurdischen Volk ist Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus fremd.



Im Mai d. J. befanden sich die kurdischen Abgeordneten Ahmet Türk und Leyla Zana in Deutschland, um weiter in die Vereinigten Staaten zu reisen. Im folgenden dokumentieren wir ein Interview mit Ahmet Türk, daß die Zeitung Özgür Gündem über den Ablauf und die Ergebnisse der Reise führte.

Auf zu neuen Ufern – Delegation der HEP reiste in die USA

Interview mit Ahmet Türk, Vorsitzender der Partei der Arbeit des Volkes (HEP)

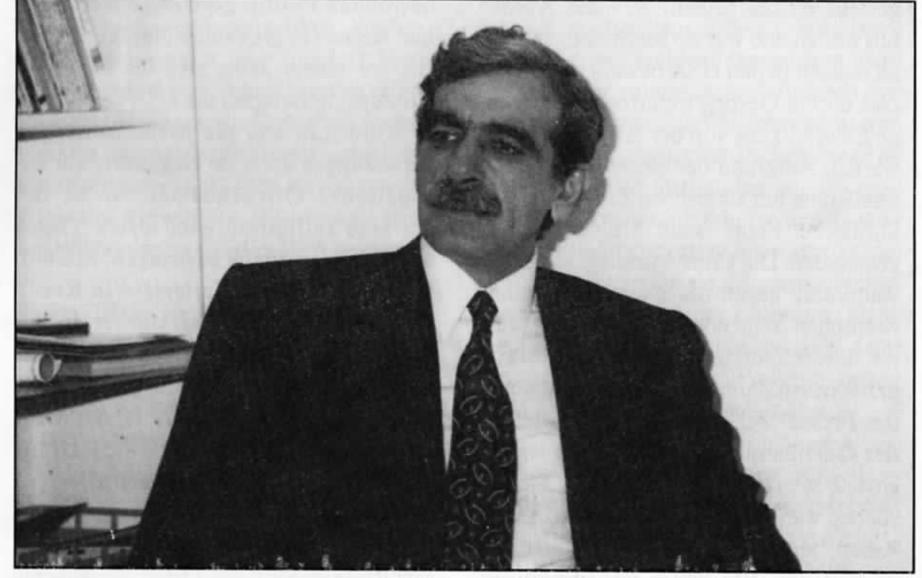
Özgür Gündem: **Wer hatte Sie in die USA eingeladen?**

Ahmet Türk: Wir sind auf Einladung des kurdischen Nationalkongresses in die USA gereist. In diesem Kongreß arbeiten Kurden zusammen, die aus allen Teilen Kurdistans kommen. Bevor wir eingeladen wurden, hatte es bereits Gespräche mit einer Reihe von Gruppen und Organisationen gegeben. Diese waren dann zu dem Schluß gekommen, mit uns direkte Gespräche führen zu wollen, woraufhin wir dann dorthin reisten.

Özgür Gündem: **Kann man also sagen, daß der kurdische Nationalkongreß in den USA, bzw. dessen Mitglieder, für Sie eine gewisse Vermittlerrolle dort eingenommen haben?**

Ahmet Türk: Ja, das können wir so sagen. Bei unserer Einladung sagte man uns, daß viele Gruppen und Organisationen in den USA Interesse hätten, die HEP und unseren politischen Standpunkt kennenzulernen. Die Vorbereitung unserer Reise war vom kurdischen Nationalkongreß gemacht worden, von dort waren für uns Termine vereinbart worden. Wir sprachen dort über den Stand und unsere Einschätzung der neuesten Entwicklungen und stellten unsere Meinung zum Kurden-Frage dar. Wir stellten fest, daß in den USA ein großer Informationsbedarf vorhanden ist. Unsere Gespräche hatten einen offiziellen Charakter und wurden aufgezeichnet. Ich denke, unsere Ansichten zur kurdischen Frage und zum Waffenstillstand, den die PKK proklamierte, wurden mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Es hieß, die jüngsten Entwicklungen in Türkisch-Kurdistan seien von besonderer Wichtigkeit.

Özgür Gündem: **Wieviele Personen umfaßte Ihre Delegation**



Ahmet Türk, Vorsitzender der HEP

Ahmet Türk: Ich war zusammen mit Leyla Zana in den USA. Dort waren wir mit vielen kurdischen Gruppen zusammen, die uns aktiv unterstützten.

Özgür Gündem: **Letztes Jahr sollte es schon einmal eine USA-Reise von HEP-Abgeordneten geben. Gibt es zwischen der damaligen Intention und dem jetzigen Zweck der Reise eine Verbindung?**

Ahmet Türk: Nein, das sind zwei unterschiedliche Dinge. Die damalige Einladung war von der US-Botschaft in Ankara an einige HEP-Vertreter ausgesprochen worden. Sie sollten die Wahlen, die damals in den USA stattfanden, beobachten. Die Einladung wurde dann allerdings verschoben. Die Intentionen der beiden Reisen waren unterschiedlich. Ich gehe davon aus, daß die damals verschobene Reise in naher Zukunft nachgeholt werden kann.

Özgür Gündem: **Heißt das, daß in nächster Zukunft erneut Vertreter der HEP in die USA reisen werden?**

Ahmet Türk: Nach allem, was mir bekannt ist, ja.

Özgür Gündem: **Es wird also eine offizielle Delegation in einem offiziellen Rahmen geben?**

Ahmet Türk: Ja.

Özgür Gündem: **Sind Sie in der USA von Vertretern des Staates empfangen worden?**

Ahmet Türk: Nein, nicht von offiziell ermächtigten Vertretern. Obwohl uns vorher mitgeteilt wurde, daß vor unserer Einladung Gespräche darüber geführt worden seien. Als wir die Türkei verließen, waren wir auf Termine mit den Vertretern des Kongresses für Menschenrechte eingestellt. Außerdem waren für uns Termine mit außenpolitischen Kreisen vereinbart und Kontakte zu Helsinki Watch hergestellt worden. Sie wollten von uns Informationen über die kurdische Frage. Auch mit ihnen haben wir uns getroffen.

Özgür Gündem: **Sie haben mit ihnen also über eine Lösung der kurdischen Frage gesprochen, bzw. darüber, wie Sie sich das vorstellen. Wie war denn deren Meinung dazu, wie war der Gedankenaustausch zu diesem Thema?**

Ahmet Türk: Bei den Kurden bildet sich vor allem durch die Entwicklungen in den letzten Jahren ein Nationalbewußtsein heraus. Das kurdische Volk hat seinen Willen auf ein freies Leben mit dem Befreiungskampf deutlich gemacht. Deshalb ist die ganze Welt in dieser Phase vor die Frage gestellt einzuschätzen, was die Kurden tun wollen und was sie beabsichtigen. Uns ist es auch in den USA bewußt geworden, daß unsere Gesprächspartner eine richtige Einschätzung von der HEP darüber erwarten. Aufgrund der einseitigen Berichterstattung der türkischen Presse über die kurdische Frage sind Mißverständniss entstanden. Die Unterdrückungs- und Gewaltpolitik gegen das über 20 Millionen Menschen zählende kurdische Volk geht mit unverminderter Härte weiter. Sie bringen Zivilisten um und behaupten dann in der Presse "bei einem Gefecht zwischen der Guerilla und Soldaten" seien soundsoviele Menschen getötet worden. Sie versuchen die Zivilisten, die sie umgebracht haben, als "bei einem Gefecht getötet" darzustellen. Wir fühlen uns verantwortlich dafür, die Wahrheit über diese Menschenrechtsverletzungen zu verbreiten und handelten dementsprechend. Wir haben mit Dokumenten belegt, daß tausende Zivilisten auf diese Weise umgebracht worden sind. Wir haben erklärt, daß die Zivilisten den größten Schaden in diesem Krieg erleiden. Auch aus diesem Grunde hielten wir unsere Reise für notwendig, damit all diese Dinge aufgedeckt werden. Wir werden in allen Ländern der Welt die Gewalt- und Unterdrückungspolitik, der das kurdische Volk ausgesetzt ist, bekannt machen. Das ist unsere Aufgabe. Unser Ziel ist es, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen. Es ist unsere Aufgabe, den Zustand, in dem das kurdische Volk lebt und die Vorgehensweise des türkischen Staates gegen das kurdische Volk, der ganzen Welt aus kurdischer Sicht zu vermitteln. Der türkische Staat hat bis heute in den USA die Ereignisse so dargestellt, wie es ihm genehm war. Es wurden nur Botschaften zu seinen Gunsten vermittelt, er hat dort von Menschenrechten und Demokratie gesprochen und behauptet, daß es keinerlei Repressionen gegen die Kurden gäbe. Lediglich eine Gruppe von "Terroristen" wolle der Türkei Schwierigkeiten bereiten. Allein die Ereignisse der vergangenen eineinhalb Jahre haben klar gemacht, daß diese Behauptungen nicht der Realität entsprechen. Wir haben ihnen so objektiv wie nur möglich alle bis heute begangenen "Morde unbekannter Täter" und die niedergebrannten und entvölkerten Dörfer dargestellt. So haben wir unsere Meinung zur Frage: "Was wollen die Kurden?" dargelegt.

Özgür Gündem: **Die USA verfolgen eine bestimmte Politik gegenüber Kurdistan und besonders gegenüber Nordkurdistan. Bis vor einem Jahr, also bis zur Wahl Clintons, ignorierten die USA den Kampf in Kurdistan und die Menschenrechtsverletzungen dort. Im Gegensatz zur europäischen Öffentlichkeit, wo es viel stärkere Initiativen gab, dieses Thema auf die Tagesordnng zu bringen. In Europa wurde über die Ereignisse in Kurdistan schon damals viel stärker in der Presse berichtet als in den USA. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe, warum die Öffentlichkeit in der USA darüber schweigt. Wird sich die Haltung der USA in der Zukunft ändern?**

Ahmet Türk: Die Türkei spielt eine wichtige Rolle im Mittleren Osten. Vor allem in der Epoche, als noch der Einfluß der beiden Supermächte USA und UdSSR herrschte, benutzten die USA die Türkei für ihre Mittelost-Politik. Heute, nachdem die kurdische Frage Eingang auf die Tagesordnung in der ganzen Welt gefunden hat, müssen die USA ihre Politik neu überdenken und analysieren. Das haben sie uns gegenüber sehr offen zum Ausdruck gebracht. Außenpolitische Kreise haben uns bei unseren Gesprächen gesagt: "Die Epoche des kalten Krieges ist vorbei. Es ist uns bekannt, daß die Kurden unterdrückt werden. Die Clinton-Regierung wird für die Frage der Menschenrechte und Demokratie sensibler sein. Wir verfolgen die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei aufmerksam und sind gegen die angewandten Methoden." Uns wurde mitgeteilt, daß die Clinton-Regierung vor allem in der Frage der Menschenrechte intensive außenpolitische Aktivitäten entwickelt habe. Sie erklärten auch ganz deutlich, daß sie heute für die kurdische Frage mehr Interesse aufbringen würden, als früher. Sie wollen dieses Frage innerhalb der bestehenden Grenzen der Türkei lösen. Sie sehen selbst, daß die kurdische Frage nicht durch militärische Gewalt zu lösen ist. Die Forderungen des kurdischen Volkes stehen heute klar im Raum. Es besteht eine Parallele zwischen den Forderungen, die einst die HEP unter dem Motto "Wie ist die kurdische Frage zu lösen? Was muß getan werden?" vorbrachte und zwischen den Forderungen, die heute die PKK nach der Proklamation des Waffenstillstands aufstellte. Das ist schließlich ganz natürlich, denn diese Forderungen sind die Forderungen des kurdischen Volkes. Es sind Forderungen, die nicht so schwer zu realisieren sind. Alle einigermaßen vernünftig denkenden international anerkannten Persönlichkeiten, Institutionen und Vertretungen, mit denen wir darüber diskutiert haben, bewerten diese Forderungen als Forderungen, die überall auf der Welt realisiert werden müssen. Also das Recht auf Erziehung in der Muttersprache, auf Publikationen in der Muttersprache und schließlich das Zusammenleben der Völker auf der Basis einer demokratischen Föderation. In vielen Gebieten dieser Welt gibt es solche Föderationen. Sie machen deutlich, daß eine solche Lösung das Zusammenleben stärken würde. Ich habe niemanden getroffen, der gegen eine Lösung der kurdischen Frage und gegen ein Zusammenleben des kurdischen und des türkischen Volkes auf der Basis von Gleichheit innerhalb der bestehenden Grenzen der Türkei wäre. Alle sagen, daß die Probleme nicht mit militärischer Logik zu lösen sind. Vielmehr ist eine Lösung zwischen dem türkischen und kurdischen Volk, im Rahmen demokratischer Prinzipien notwendig. Die Identität der 20 Millionen Kurden dürfe nicht verleugnet werden. Sie brachten auch zum Ausdruck, daß eine solche Lösung die bestehende Freundschaft zwischen der Türkei und den USA nicht schädigen würde. Dieses Verständnis gewinnt von Tag zu Tag größere Bedeutung. Bei unseren Gesprächen in Kanada haben wir eine ähnliche Stimmungslage angetroffen.

Özgür Gündem: **Welche Politik verfolgt die US-Regierung im Rahmen der elementaren Menschenrechte für die Kurden? Beabsichtigt sie, ihre eigene politische Struktur zu installieren?**

Ahmet Türk: Wir diskutieren hier nicht nur über die USA. Wir sind nicht der Meinung, daß wir eine Politik im Sinne der USA betreiben sollten. Unsere Auf-

gabe ist es, die stattfindenden Ereignisse wahrheitsgemäß der ganzen Weltöffentlichkeit bekanntzumachen. Wir tun das nicht, weil wir dafür etwas erwarten. Wir sind in die USA gereist, um die Wahrheit und unsere Meinung vorzubringen. Es gibt Behauptungen wie zum Beispiel von dem türkischen Außenminister, der meinte: "Schaut her, ich bin auch Kurde. Die Kurden werden nicht unterdrückt, sie können ihre eigene Sprache sprechen, es wird kein Unterschied gemacht zwischen Türken und Kurden" etc. Es ist unsere Aufgabe klarzumachen, daß dem nicht so ist, daß es in der türkischen Verfassung nicht einmal einen Artikel gibt, der die Möglichkeit des Gebrauchs der kurdischen Sprache garantiert. Kurdisch zu sprechen gilt als ein Verbrechen und ist verboten. Es kann keine kurdische Partei gegründet werden. Eine Organisierung unter den Kurden ist verboten. Die Kurden haben keine Rechte auf Bildung, Fernsehn und Radio in ihrer Muttersprache. Aber die Regierung tut so, als ob es all das gäbe - das ist reine Propaganda. Das haben wir zum Ausdruck gebracht. Wie die kurdische Frage zu lösen ist, das ist eine Angelegenheit der Kurden. Das ist eine Angelegenheit, die die Kurden mit den Türken zu lösen haben. Das Ziel unserer Reise war es, das Klima für ein solches Verständnis herzustellen.

Özgür Gündem: **Sie sagten, die USA würden eine Föderation begrüßen. Gibt es in diesem Zusammenhang irgendwelche Pläne oder Entwürfe?**

Ahmet Türk: Sie sagten uns: Die USA ist ein großes Land. In diesem Land gibt es Bundesländer. Sie haben ihre eigenen Landesregierungen und Landesparlamente. Dieses System hat ihnen niemals geschadet. Und nur auf diese Weise konnten sie die Probleme zwischen dem Norden und dem Süden der USA aufheben. In Kanada gibt es ebenfalls elf oder zwölf Bundesländer. Jedes dieser Bundesländer ist in seinem Inneren wie ein unabhängiger Staat. Außer in einem Bundesland, in dem Französisch gesprochen wird, wird in allen anderen Bundesländern Englisch gesprochen. Obwohl jedes Bundesland alle Rechte besitzt, streben sie heute nach größerer Freiheit. Sie wären keinesfalls dagegen, wenn auch die Kurden diese Rechte bekämen. Es herrscht die Auffassung vor, daß die Situation im Mittleren Osten weiterhin Stabil bleibe, wenn die Grenzen im Mittleren Osten nicht verändert werden. Sie vertreten die Auffassung, daß die kurdische Frage innerhalb der Grenzen der Türkei zwischen dem türkischen und kurdischen Volk gelöst werden müsse. Sie sind für Verhandlungen zwischen den Kurden und den Türken. Sie betonten, daß der Waffenstillstand ein positiver Schritt und eine wichtige Waffe für den Beginn einer Friedensphase ist. Diese Phase müsse vertieft und ausgeweitet werden.

Özgür Gündem: **Der türkische Staat hat seinerseits den vom PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan proklamierten einseitigen Waffenstillstand nicht eingehalten. Während des einseitigen Waffenstillstandes wurden über hundert Menschen von den türkischen Staatskräften umgebracht, tausende Menschen festgenommen und dutzende Dörfer entvölkert und niedergebrannt, ihre Bewohner zur Migration gezwungen. Wie wird die Waffenstillstandsphase in den USA bewertet?**

Ahmet Türk: Es gibt in diesem Zusammenhang Aktivitäten von Kongreßmitgliedern. Sie bereiteten einen Brief vor, in dem die türkische Regierung und ihr Staatspräsident aufgefordert werden, auf den Waffenstillstand zu antworten. Sie solle zur Demokratie übergehen und die Menschenrechte achten. Wir haben deutlich gemacht, daß der Waffenstillstand einseitig erklärt wurde und die Türkische Republik ihrerseits sich nicht an den Waffenstillstand gehalten hat. Wir haben eine Liste der seit dem 20. März festgenommenen und ermordeten Menschen überreicht. Wir haben erklärt, daß die Türkische Republik die Gewalt praktiziert. Diejenigen, die in der Vergangenheit immer gesagt haben: "Wenn dieser Terrorismus aufhört, dann werden wir die kurdische Frage lösen", vertreten heute trotz des Waffenstillstandes noch immer die Auffassung, Gewalt sei die Lösung. Sie haben uns gesagt, daß durch den Tod Özals und damit verbundener Lücken innerhalb des türkischen Staates derzeit keine großen Schritte von der Türkei erwartet werden könnten. Sie glaubten aber, daß dies in Laufe der Zeit überwunden würde. Sie wollen Schritte in diese Richtung unternehmen.

Özgür Gündem: **Sie sagten, daß die USA Pläne zur Findung einer Lösung für die kurdische Frage habe, ohne daß die Grenzen im Mittleren Osten verändert würden. Wie realistisch können Ihrer Meinung nach solche Pläne und eine solche Politik sein, wenn man sich vor Augen führt, daß die Kurden auf vier verschiedene Länder geteilt leben?**

Ahmet Türk: Die kurdische Frage besteht in allen vier Teilen und fordert auch dort nach einer Lösung. Entwicklungen nur in einem einzigen Teil reichen für eine Lösung der kurdischen Frage nicht aus und können nicht alle Kurden umfassen. Eine Entwicklung im Süden würde erfolglos bleiben, wenn nicht parallel dazu in der Türkei Entwicklungen stattfinden. Das ist uns bewußt. Auch dieses Problem haben wir hervorgebracht. Wir haben versucht deutlich zu machen, daß die kurdische Frage in ihrer Ganzheit angegangen werden muß. Sie antworteten, daß durch die Entwicklungen in der Welt kein günstiges Klima zur Lösung der kurdischen Frage in allen vier Teilen vorhanden ist. Es herrschte die Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen in allen vier Teilen Kurdistans Demokratie, Menschenrechte und die Anerkennung der kurdischen Identität, kurzum aller Rechte, erreicht werden, also die kurdische Frage in jedem Land einzeln gelöst werden müsse.

Özgür Gündem: **Was waren Ihre Beobachtungen im Zusammenhang mit Südkurdistan?**

Ahmet Türk: Wir hatten keinen umfassenden Meinungsaustausch über Süd-Kurdistan. Wir befaßten uns hauptsächlich mit dem Nordteil. Es waren Südkurden dort. Weil wir nicht die direkten Ansprechpartner für die Probleme der Südkurden sind, haben wir dieses Thema nur am Rande behandelt. Sie haben aber zum Ausdruck gebracht, daß sie jederzeit den Südkurden geholfen haben und weiterhin helfen werden. Deren internationaler Status sei jedoch nicht mehr so leicht zu ändern.

Özgür Gündem: **Bekanntlich gibt es in den USA verschiedene Völker und Lobbies ihrer Staaten. Wenn es sein muß, können sie sogar ihre Regierungen beeinflussen. Kann denn auch von einer kurdischen Lobby in den USA die Rede sein?**

Ahmet Türk: Es leben Kurden in den USA und sie entwickeln gewisse Aktivitäten. Ich kann jedoch nicht sagen, daß diese Aktivitäten ausreichend seien. Aber ich bin davon überzeugt, daß sowohl der Kongreß und seine Gremien, als auch die

Öffentlichkeit über die Unterdrückung, der das kurdische Volk ausgesetzt ist, Bescheid weiß. Ich habe gesehen, daß den Kurden eine große und bedeutende Sympathie entgegengebracht wird. Wenn gute Arbeit geleistet wird, könnten die Kurden tatsächlich eine Lobby bilden und noch erfolgreicher sein.

Özgür Gündem: **Der nationale Befreiungskampf Kurdistans wurde von den USA bis heute als Terrorismus abgestempelt. Kann es in der jetzigen Phase eine Änderung geben?**

Ahmet Türk: Seit langem bewerten sie die PKK auf diese Weise. Die Auffassung: "Das ist eine terroristische Organisation" stellten sie immer in den Vordergrund. Ich bemerkte aber, daß sie mit der Verkündung des Waffenstillstande eine etwas andere Haltung zur PKK zu entwickeln beginnen. Ich glaube, daß sie derzeit die PKK als eine Organisation bewerten, die auch Waffengewalt anwendet. Es zeigte sich, daß sie bei diesem Thema die Worte mit großer Sorgfalt wählten. Das ist überall auf der Welt so. Wir sehen bei allen Befreiungsbewegungen und im Verlauf ihrer Entwicklung solche Veränderungen und Wendepunkte. Man weiß wie die palästinensische Organisation früher bewertet wurde und wie heute. Sie wissen auch selbst, daß die PKK große Unterstützung im Volk genießt und sie kennen auch den Einfluß der PKK in der Region. Auf der anderen Seite wollen sie aber nicht ihre Beziehungen mit der Türkei zerstören. Es ist klar, daß sie derzeit nicht das Verständnis haben, die PKK als Ansprechpartnerin zu akzeptieren.

Özgür Gündem: **Manche Kreise in der Türkei vertreten die Auffassung, daß die USA Pläne bezüglich der kurdischen Frage haben. Die HEP bilde einen Teil dieser Pläne, womit sie die kurdische Bewegung an die USA binden wollen.**

Ahmet Türk: Wir sind nicht in die USA gereist, um die US-Regierung darum zu bitten, die Kurden zu retten. Sowohl als Partei als auch persönlich sind wir gegen eine solche Einstellung. Die Probleme, mit denen die Kurden konfrontiert sind, müssen jedoch überall bekannt gemacht und verbreitet werden, damit die Wahrheit rauskommt. Wenn die Kurden sich nicht selbst befreien, wird sie sonst niemand befreien können. Das ist uns bewußt. Die Kurden müssen auf ihre eigene Kraft, auf ihre eigene innere Dynamik vertrauen. Nach unserem Verständnis tun sie das auch. Wenn diese Überzeugung und dieses Verständnis sich nicht weiter entwickelt, wäre dies auch nicht im Interesse der USA. Nur eine Bewegung, die Selbstvertrauen hat und von sich selbst überzeugt ist, übernimmt die Aufgabe, überall hinzugehen. Die Kurden sind heute an einem solchen Punkt angekommen. Sie hoffen nicht auf die Hilfe aus den USA. Aber sie wollen die Welt darauf aufmerksam machen, welcher Unterdrückung das kurdische Volk ausgesetzt ist. Das sind auch unsere Aktivitäten. Wir werden unsere Probleme in die ganze Welt tragen. Es wird keine Änderung der Politik und der Strategie der kurdischen Bewegung geben und die Kurden werden ihren eigenen Kampf zur Lösung ihrer Probleme in allen Lebensbereichen entwickeln. Wir akzeptieren die in Ihrer Frage angesprochene Mentalität solcher Kreise auf keinen Fall. Vielleicht haben wir vieles überwunden. Wir haben heute solche engstirnigen Auffassungen hinter uns gelassen. Heute haben die Kurden mehr Selbstvertrauen und mehr Entschlossenheit. Diese Initiativen sind ein Ausdruck ihrer Entschlossenheit und ihres Selbstvertrauens.

Özgür Gündem: **Die türkische Presse hat vieles über Ihre USA-Reise geschrieben. Sie haben sicherlich diese Artikel auch gelesen. Was bezweckt die türkische Presse denn damit?**

Ahmet Türk: Bei vielen unserer Sitzungen war auch die türkische Presse anwesend. Aber nichts von dem, was wir auf diesen Versammlungen gesprochen haben, wurde in der türkischen Presse wiedergegeben. Daß sie sich durch unsere USA-Reise belästigt fühlen, machten sie uns vor unserer Reise klar. Sie nutzten jede Möglichkeit, um unsere Reise und unsere Gespräche in den USA in der türkischen Öffentlichkeit zu diffarmieren. Wenn sie wirklich offen und unabhängig berichten wollen, dann könnten sie ja die Tonbandaufzeichnungen unserer Gespräche zitieren. Die Öffentlichkeit könnte sich dann ihr eigenes Urteil selbst bilden. Wir sind der Meinung, daß unsere Reise sehr erfolgreich war. Bei unseren Gesprächen und in unseren Botschaften haben wir das wahre Gesicht der gegen das kurdische Volk betriebenen Politik denunziert. Die Gespräch verliefen in einem ernsthaften Klima. Wir trafen uns zwei Mal mit außenpolitischen Kreisen und mit den für den Mittleren Osten zuständigen Verantwortlichen. Das ist der eigentliche Grund, warum sie beunruhigt sind.

Özgür Gündem: **Stand auch das bevorstehende Verbot der HEP auf der Tagesordnung?**

Ahmet Türk: Ja. Sie haben erklärt, daß ein Verbot der HEP ein großer Fehler des türkischen Staates sei. Es hätte dazu geführt, daß kein Staat der Welt mehr die Türkei verteidigen würde, wenn sie die Immunität der HEP-Abgeordneten aufheben, nur weil sie Kurden sind.

Özgür Gündem: **Führten Sie außer den offiziellen Gesprächen noch andere Gespräche?**

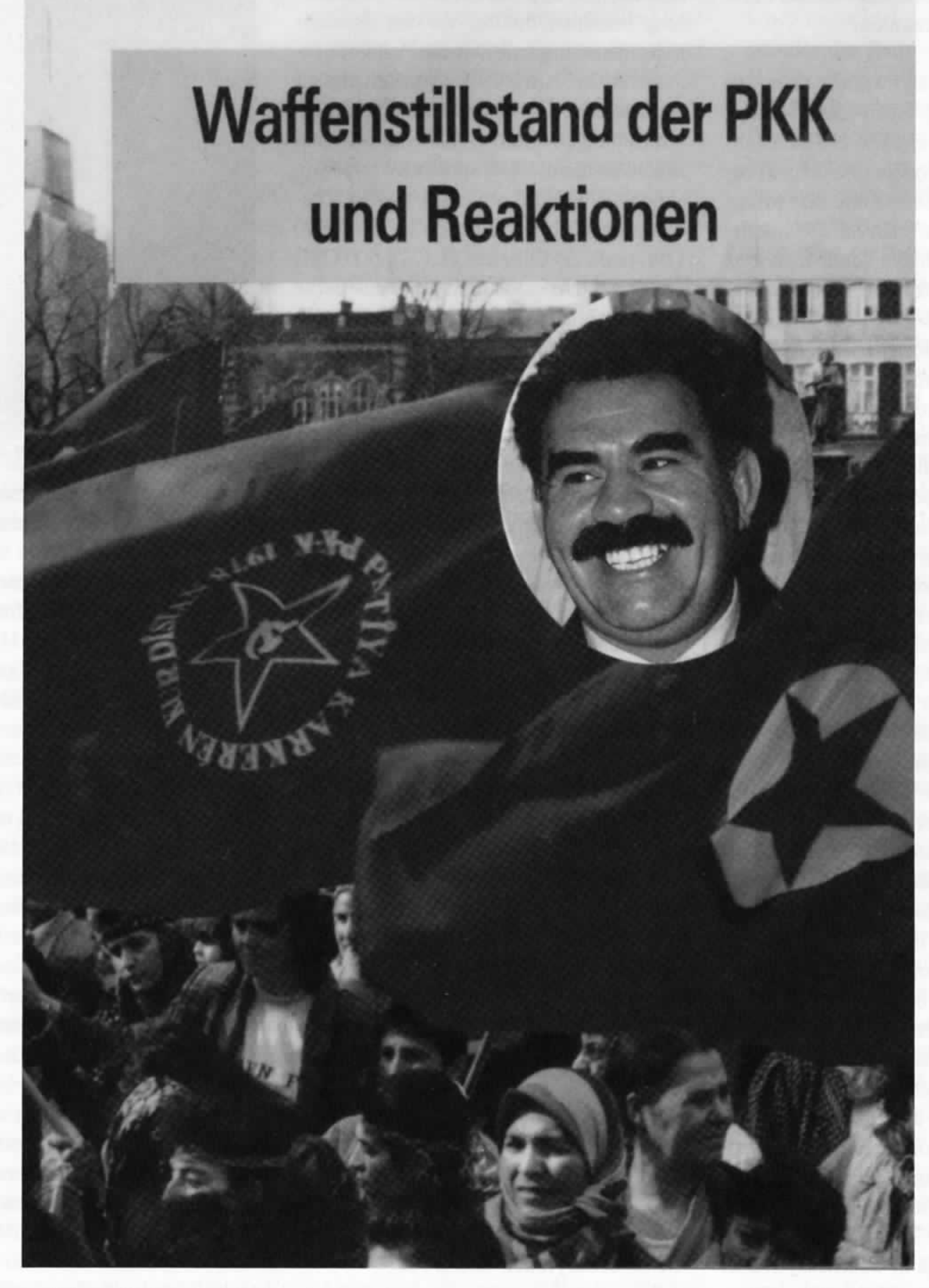
Ahmet Türk: Neben den offiziellen Gesprächen haben wir uns auch mit den dort lebenden Kurden getroffen. Wir sind mit ihnen ein paar Mal zusammen gekommen und haben Versammlungen durchgeführt. Unsere Menschen in den USA besitzen eine große Sensibilität für die Situation des kurdischen Volkes und sie unternehmen große Anstrengungen, um es zu unterstützen. Ich hoffe, daß sie jetzt noch entschlossener und besser arbeiten werden. Wir haben gesehen, daß die in den USA und in Kanada lebenden Kurden organisiert sind. Ich bin davon überzeugt, daß sie ihre Organisierung noch weiter entwickeln werden.

Özgür Gündem: **Möchten Sie zum Schluß unseren Lesern noch etwas mitteilen?**

Ahmet Türk: Ja. Worauf wir immer hingewiesen haben ist folgendes: Die Kurden sind an den Ereignissen und Entwicklungen, die auf der Welt stattfinden, beteiligt. Sie gehören zu einem Volk, das in der Vergangenheit nicht beachtet und nicht anerkannt wurde. Das kurdische Volk hat bisher noch keinen Platz im Geschichtsbuch bekommen. Aber in der heutigen Welt gibt es die Kurden. Es gibt sie als Volk mit ihrer eigenen Politik. Ein 35 Millionen Menschen zählendes Volk kann nicht mehr ohne Geschichte und ohne Identität bleiben. Dieses Volk, über das wir heute reden und diskutieren, ist erneut zum Leben erwacht und ruft seine Forderungen der ganzen Welt mit hoher Stimme zu. Wir haben erfüllt, was unser Volk von

uns will. Wir orientieren unsere Aktivitäten daran, was unser Volk von uns fordert. Mit diesem Verständnis und dieser Verpflichtung sehen wir in die Zukunft. In diese Richtung entwickeln wir unsere Aktivitäten. Im Interesse des kurdischen Volkes werden wir in Zukunft die legalen, politischen und diplomatischen Kanälenutzen. Das sollen sie wissen. Wer auch immer etwas dagegen hat und wie es auch immer beurteilt wird, ob sie darüber wütend sind oder nicht: wir werden weiterhin sagen, daß wir Menschen sind und daß wir ein Volk sind. Wir werden immerdafür eintreten und unsere Meinung der ganzen Welt mitteilen und unsere Aktivitäten fortsetzen. Wenn sie ihre Einstellung aufgeben, wonach sie das kurdische Volk mit Gewalt und Repression aus der Geschichte auslöschen wollen, wenn sie sich dem Problem im Rahmen von Demokratie und politischer Gleichberechtigung stellen - und das sind die Forderungen, die wir an sie stellen - dann werden wir keine außenpolitischen Aktivitäten mehr durchführen, sondern nur noch in unserem Land aktiv sein. Dann werden unsere Aktivitäten noch farbiger und zum Nutzen der beiden Völker sein. Auf diese Weise könnten wir das Problem unter uns lösen. Ich hoffe, daß alle Menschen in der Türkei so über die Frage denken und wir auf dieser Basis die Frage lösen können.

Özgür Gündem: **Wir bedanken uns - auch im Namen unserer Leser - für das Interview.**



Das folgende Interview mit Yasar Kaya, dem Vorsitzenden der Demokrasi Partisi (Demokratie-Partei) und Herausgeber der Tageszeitung Özgür Gündem führte der Kurdistan Report Anfang Juni, also noch vor der Beendigung des einseitigen Waffenstillstandes der PKK. Yasar Kaya war anläßlich der großen Demonstration "Für Frieden, Freiheit, Demokratie und die nationalen Rechte" am 29. Mai 1993 in Bonn nach Deutschland gekommen, wo er eine Rede hielt.

"350 Jahre Gefängnis"

Kurdistan Report: **Sie haben mit einer langen Tradition in der türkischen Presselandschaft gebrochen und die erste oppositionelle Tageszeitung nach 1980 in der Türkei herausgebracht. Welchen Preis mußten sie dafür bezahlen?**

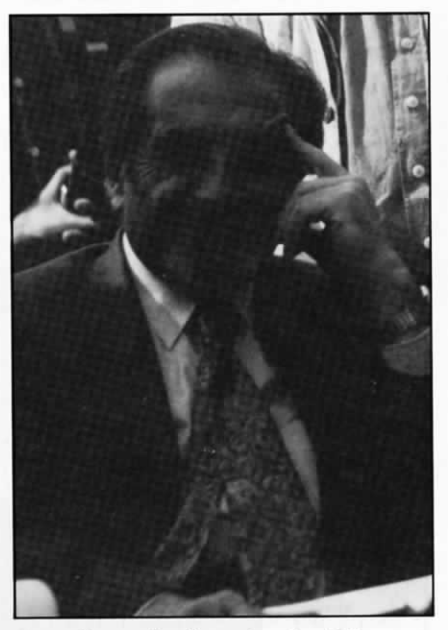
Yasar Kaya: Das mag zwar die erste oppositionelle Zeitung nach dem Militärputsch sein, aber bereits seit den 20er Jahren hatte die revolutionäre und demokratische Presse eine Funktion und ihre Mitarbeiter waren Repressionen wie Gefängnisstrafen ausgesetzt. Ich möchte hier jetzt nicht alle einzeln aufzählen. Heute ist Özgür Gündem die einzige in der Türkei erscheinende oppositionelle Tageszeitung. Özgür Gündem hat meiner Meinung nach eine wichtige Besonderheit: sie ist die erste revolutionäre demokratische Tageszeitung in der Türkei, die sich gegen die offizielle Staatsideologie stellt. Sie ist eine Zeitung, die außerhalb der Tradition der Hofberichterstattung steht. Sie ist eine gemeinsame Zeitung der türkischen und kurdischen Demokraten und Revolutionäre. Außerdem ist sie eine Zeitung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die kurdische Frage in der Öffentlichkeit richtig darzustellen. Seit der Gründung der Republik bis heute wurden alle Ereignisse und Meldungen im Zusammenhang mit dem, was in Kurdistan passierte, immer nur mit den Worten der Regionalgouverneure oder anderer offizieller staatlicher Stellen wiedergegeben. Özgür Gündem ist daher die erste Zeitung in der Türkei, die ihre Nachrichten auf authentische Quellen stützt und diese in der Öffentlichkeit bekannt macht. Aus diesem Grund hat der Staat das Feuer auf uns eröffnet. In unserer kurzen Erscheinungszeit von nur acht Monaten sind acht unserer Mitarbeiter als Märtyrer gefallen. 40 unserer Korrespondenten wurden festgenommen, geschlagen, verhört und gefoltert; einzig und allein weil sie die wirklichen Probleme der Türkei einschließlich der kurdischen Frage in wahrheitsgemäßer Weise an die Öffentlichkeit gebracht haben. In der Geschichte der Weltpresse hat noch keine Zeitung einen so hohen Preis bezahlen müssen. In diesem Sinne ist Özgür Gündem vielleicht ein einzigartiges Beispiel in der Weltpresse. Das ist jedoch nicht der einzige Preis, den Özgür Gündem für ihre oppositionelle Berichterstattung bezahlen mußte. Vor der Erscheinungspause unserer Zeitung (vom 15. Januar bis 26. April 1993) wurden täglich zehntausende Exemplare unserer gedruckten Zeitungen von den Sicherheitskräften beschlagnahmt, verbrannt oder sonstwie vernichtet. Dadurch erlitten wir einen Schaden von täglich 10 Millionen TL (ca. 2.000 DM) und 1,5 Milliarden TL (273.000 DM) im Monat. Deshalb konnten wir nur kurze Zeit durchhalten. Das ist der Preis dafür, eine oppositionelle Zeitung zu sein. Aber es gibt für uns trotzdem erfreuliche Aspekte. Niemand hat sich von unserer Zeitung getrennt und den Rückzug angetreten. Nach zwei Monaten Vorbereitungszeit erscheint unsere Zeitung jetzt wieder und wie man sieht, setzt Özgür Gündem ihren Weg kämpfend fort.

Sie stützen Ihre Nachrichten weder auf staatliche Quellen noch auf Informationen der Regionalgouverneure. Welche Quellen haben Sie, woher bekommen Sie Ihre Informationen?

Yasar Kaya: Unsere Nachrichtenquellen sind unsere eigenen Korrespondenten. Sie sind in allen Ecken des Landes. Wir beziehen unsere Informationen direkt von den Orten, an denen etwas passiert ist und von den betroffenen Menschen. Darüberhinaus nehmen wir auch bei Bedarf Nachrichten von den Nachrichtenagenturen Kurd-Ha, Reuter und Anadolu. Außerdem bekommen wir sowohl aus Kurdistan als auch aus dem Mittleren Osten und Europa Meldungen von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen und Leser/innen. Das ist unser großer Vorteil.

Wie viele Korrespondent/inn/en oder Mitarbeiter/innen haben Sie?

Yasar Kaya: Derzeit haben wir über 200 Mitarbeiter/inn/en. Außerdem bekommen



Yasar Kaya, Vorsitzender der DEP

wir von unzähligen ehrenamtlichen Korrespondenten Nachrichten.

Wegen Ihren Artikeln wurden unzählige Verfahren gegen Sie eröffnet und es heißt, daß Geldstrafe in der Höhe mehrerer Milliarden TL gegen Sie gefordert wurde. Wie wollen Sie diese Geldstrafen bezahlen?

Yasar Kaya: Das stimmt, gegen mich als Herausgeber der Zeitung und gegen unseren verantwortlichen Chefredakteur wurden vom Staatssicherheitsgericht Istanbul über 40 Verfahren eröffnet und zusammengerechnet 350 Jahre Gefängnis und fast 500 Milliarden TL (ca. 90 Millionen DM) Geldstrafe gefordert. Das sind die Anträge der Staatsanwaltschaft, doch die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Eine Einschätzung darüber, wie diese über 40 Prozesse gegen unsere Zeitung ausgehen werden, ist schwierig. Aber eins ist sicher: Özgür Gündem wird von den türkischen Gerichten nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt. Vielleicht gibt es auf der ganzen Welt kein ähnliches Beispiel, daß die Presse von Sondergerichten verurteilt wird, die mit Sondervollmachten ausgestattet sind.

Können Sie dieses Gesetz etwas erläutern, was beinhaltet es?

Yasar Kaya: Früher gab es in der türkischen Verfassung die Strafgesetze Nr. 141, 142 und 163, wonach Bestrebungen zur Gründung eines Staates auf kommunistischer, kurdischer oder religöser Basis unter Strafe gestellt waren. Diese Gesetze wurden 1991 aufgehoben. Damit wollte der türkische Staat Europa zeigen, wie demokratisch er geworden sei. Die Türkei hob diese Gesetze auf, um in Westeuropa den Eindruck zu erwecken, sie habe sich seinem demokratischen Standard angepaßt und als Ersatz das Anti-Terror-Gesetz eingeführt.

Das war nach 1990 ...?

Yasar Kaya: Ja, nach 1990. Angeblich richtet sich das Anti-Terror-Gesetz gegen "Terroristen", also gegen Leute, die zur Waffe greifen, aber die Presse wird mit Hilfe dieses Gesetzes vor Gericht gestellt. In das neue Anti-Terror-Gesetz wurden die aus der Verfassung gestrichenen Artikel 141, 142 und 163 auf noch viel umfassendere Weise und mit noch härteren Strafen wieder aufgenommen.

Es heißt auch, daß Sie Anzeigen politischen Inhalts annehmen und der Abdruck solcher Anzeigen verboten sei, weswegen Ihre Zeitung beschlagnahmt wird.

Yasar Kaya: Natürlich. Bis heute erging gegen über 40 Ausgaben unserer Zeitung Beschlagnahmebeschlüsse. Das sind keine gerechtfertigten Beschlüsse. Es ist zum Beispiel verboten, Märtyreranzeigen, die Familien von Befreiungskämpfern, die im Krieg mit der TR gefallen sind, aufgegeben und die wir veröffentlicht haben, zu veröffentlichen. Wir werden auch angeklagt weil wir Anzeigen für kurdische Veranstaltungen und Versammlungen und Anzeigen im Zusammenhang mit der Wahl des Kurdischen Nationalparlaments veröffentlicht haben.

Für eine journalistische Arbeit ist es von lebenswichtiger Bedeutung, verschiedene Quellen erreichen zu können, verschiedene Meinungen einholen und festhalten zu können, ein Archiv zu führen etc. Haben Ihre Korrespondent/inn/en solche Möglichkeiten? Mit welchen Schwierigkeiten sind sie konfrontiert?

Yasar Kaya: Unsere Korrespondent/inn/en sind eine Zielscheibe der Sicherheitskräfte, denn die Mitarbeiter/inn/en unserer Zeitung werden sogar vom Staat als Terroristen betrachtet. Schließlich sind als Folge dieser Angriffe acht unserer Mitarbeiter als Märtyrer gefallen. Der Innenminister erkärte: "Das sind keine Journalisten, sondern Terroristen". Das ist natürlich eine lächerliche Behauptung. Die türkische und die Weltpresse hat darüber geschrieben. Kein vernünftig denkender Mensch könnte auf die Idee kommen, den 74-jährigen, weißhaarigen humanistischen und demokratischen Schriftsteller und Journalisten Musa Anter, der mit dem Stock nur noch schwer laufen konnte, als Terroristen zu bezeichnen. Diese Behauptung ist nichts anderes, als der staatliche Versuch, einen Deckmantel für seine Morde zu suchen und die Öffentlichkeit zu täuschen.

Kommen wir zur Demokrasi Partisi (Demokratie Partei) DEP. Sie beschäftigen sich seit langer Zeit mit Politik, aber zum ersten Mal sind Sie Vorsitzender einer politischen Partei geworden. Warum wurde die Demokrasi Partisi gegründet, welche Ziele werden mit ihrer Gründung verfolgt und in welcher Lage befindet sie sich?

Yasar Kaya: Ich mache seit vielen Jahren Politik. Wenn ich sage, ich mache Politik, muß ich sagen, daß in unserem Land der Begriff "Politik machen" oft falsch verstanden und vollkommen verdreht wird. Politik ist meinem Verständnis nach die Kunst, die Menschen und ihre Gesellschaft zu verbessern und weiterentwickeln zu können. Aber unser Land ist so heruntergekommen, daß es im Volksmund sogar heißt "mach' keine Politik mit mir", "rede nicht wie ein Politiker". Deshalb ist in unserem Land der Begriff "Politik" negativ besetzt und bedeutet eher "banal" und "degeneriert" zu sein. Ich mache seit langen Jahren Politik. Seit 1959/60 verfolge ich eine Politik, die die Sehnsucht des kurdischen Volkes nach Demokratie und die kurdische Identität zum Inhalt hat. Ich war 20 Jahre alt, als ich 1959 im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die 49 (kurdische Intellektuelle, gegen die ein Massenschauprozeß eröffnet wurde) verhaftet wurde. 1963 gaben wir mit Musa Anter und ein, zwei Freunden die kurdisch-türkische Zeitschrift "Deng" heraus. Auch damals saß ich wegen meiner journalistischen Arbeit im Gefängnis. Damals habe ich 16 verschiedene Gefängnisse kennengelernt, in denen ich inhaftiert war. Ich war viereinhalb Monate lang in Konya in der Verbannung, danach wurden mir meine Schulterabzeichen abgerissen und ich wurde zum Unteroffizier degradiert. Meinen Militärdienst mußte ich als Infantrist leisten. Der Grund all dessen war mein Kampf für die kurdische Identität. Ich habe immer für die demokratischen Sehnsüchte des kurdischen Volkes gekämpft. Deshalb habe ich mich selbst immer als einen Politik machenden Menschen betrachtet. Ich war einer der Mitbegründer der Partei der Arbeit des Volkes (HEP). Eine zeitlang war ich Parlamentsmitglied und Vorstandsmitglied der HEP. Der Grund für die Gründung der "Demokrasi Partisi" ist die erstmalige Verwirklichung des Schrittes zur Einheit des kurdischen Volkes in der Geschichte. Das Hauptziel der Partei ist es, die kurdischen und türkischen revolutionären und demokratischen Kräfte zusammenzubringen, um die Grenzen der Demokratie in der Türkei zu erweitern. Denn meiner Meinung nach hat die Türkische Republik drei Dinge nicht verwirklicht. Erstens hat sie keine demokratische Staatsstruktur verwirklicht; nach dem sechs Jahrhunderte alten osmanischen Erbe der "Ittihat-i Terakki" (Ruhe und Ordnung)-Komplotte und der 70-jährigen Auffassung von Einheitspartei und Einheitsnation mit einem einzigen Chef der Epoche der Türkischen Republik und den drei Militärputschen, die wir in den letzten 30 Jahren erlebt haben, konnte eine demokratische Struktur nicht verwirklicht werden. Zweitens ist die kurdische Frage nicht auf demokratische Weise gelöst worden. Drittens wurde die Ausbeutung der breiten Volks- und Werktätigenmassen nicht abgeschafft. Aus dieser Notwendigkeit ist die Demokrasi Partisi geboren worden. Unser Ziel ist es, eine umfassende Demokratie zu erreichen, in der die Menschenwürde und die menschliche Arbeit geachtet wird, in der jeder seine Fähigkeiten entwickeln, jeder seine eigene Sprache sprechen kann und die Rechte auf seine Identität besitzt, wie es in Westeuropa gültig ist. In der Türkei wurde als einzige solche demokratische Massenpartei bisher die HEP gegründet. Die HEP wird, wie wir wissen, heute vom Verfassungsgericht angeklagt. Um diese Lücke zu füllen und den Kampf um diese Themen und Inhalte zu führen, war eine solche Partei notwendig. Als kurdische und

türkische Revolutionäre und Demokraten in der Türkei werden wir immer für die Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir sind keine Klassenpartei. Wir sind eine Massenpartei. In unserer Partei haben Arbeiter/inn/en, Bauern und Bäuerinnen, Werktätige und auch anständige Geschäftsleute, also Leute der Bourgeoisie einen Platz, bis hin zu den Liberalen. Das ist ein Beweis, ein Symbol und der Gedanke unseres Verständnisses von Freiheit. Wir sind wirklich eine Partei, die von breiten Werktätigen und Volksmassen unterstützt wird, eine Partei der sie viel Wert beimessen. Die Demokrasi Partisi ist kurzgesagt eine Partei, die den Wandel in der Türkei will, die keine staatstragende Partei, sondern die Partei des Volkes ist. Dafür werden wir kämpfen.

Warum wird die HEP angeklagt?

Yasar Kaya: Die HEP wird deshalb angeklagt, weil sie sagt, daß ein Teil der Menschen in unserem Land Kurd/inn/en sind und vom kurdischen Volk spricht. Die Staatsanwaltschaft behauptet in der Anklageschrift entsprechend ihres eigenen Verständnisses, daß die HEP Separatismus betreiben würde und klagt deshalb die HEP an. Denn von Kurd/inn/en zu sprechen gilt in der Türkei nach den gültigen Gesetzen als Separatismus. Bisher wurde mit dieser Begründung die Türkiye Isci Partisi vom Verfassungsgericht verboten. Und die HEP wird mit der gleichen Begründung verboten werden, das zeigt die Lage. Aus diesem Grund haben sie die HEP vors Verfassungsgericht gebracht. Wir sind dagegen, daß irgendjemand wegen seiner Gedanken ins Gefängnis gesperrt wird. In unserer Partei hat jeder Mensch einen Platz, egal wie er denkt, mit Ausnahme des Faschismus, der die Menschheit im 2. Weltkrieg in Blut gebadet hat.

Wenn die HEP angeklagt wird, weil sie von der kurdischen Identität spricht, wird dann nicht die Demokrasi Partisi genauso angeklagt werden, die ja ebenfalls von der kurdischen Identität spricht?

Yasar Kaya: Wir können unsere Gedanken nicht aufgeben und nicht den Rückzug antreten, weil die HEP jetzt angeklagt wird. Wir kämpfen für Demokratie, wir wollen die Grenzen der Demokratie ausweiten und erreichen, daß die Menschenrechte und die Gedankenfreiheit durchgesetzt werden. Wir sind der Meinung, daß der Staat auf andere Weise nicht zum Nachgeben und zu demokratischen Schritte zu bewegen ist. Deshalb wird die Demokrasi Partisi an diesem Punkt beharrlich bleiben. Es ist ein Fehler, die Partei wegen der kurdischen Frage zu verbieten. Die 70-jährige Türkische Republik versucht den Eindruck zu erwecken, sie hätte den Kurd/inn/en demokratische Rechte gegeben und sie hätten diese zurückgewiesen, hätten sich bewaffnet, um in die Berge zu gehen. Das ist falsch. Bis heute haben die Kurd/inn/en keinerlei Rechte auf demokratischem Weg bekommen. Dehalb haben die Kurd/inn/en aus der Notwendigkeit heraus den Weg des bewaffneten Kampfes gewählt und führen ihn auch. Wir wollen die Stimme der Kurd/inn/en auf der demokratischen Plattform sein. Wir werden auf diesem Weg kämpfen. Denn wir sind davon überzeugt, daß die kurdische Frage auf demokratischem Wege gelöst werden kann.

Sie sprechen von Demokratie und die PKK, die seit über acht Jahren einen bewaffneten Kampf führt, proklamierte im März einen Waffenstillstand. Gleichzeitig kam es zu einer Annäherung zwischen den kurdischen Organisationen. Es heißt, daß eine gemeinsame Arbeit stattfindet, die alle kurdischen Organisationen umfaßt. Was ist Ihre Meinung dazu?

Yasar Kaya: In Kurdistan wird von der PKK ein über acht Jahre langer bewaffneter Kampf geführt. Das weiß sowohl das türkische und das kurdische Volk, als auch die ganze Welt. Die PKK ist eine politische Partei im Mittleren Osten, die entsprechend ihrer eigenen Prinzipien, Parteisatzung und ihrer eigenen Strategie und Taktik handelt. Sie hielt einen Waffenstillstand für angebracht und hat den bewaffneten Kampf dafür eingestellt. Meiner Meinung nach ist das eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte unseres Landes. Denn wir sind davon überzeugt, daß genug Blut vergossen ist, damit das kurdische und das türkische Volk Frieden schließen, daß nicht noch mehr Blut vergossen werden muß. Aus diesem Grund freuen wir uns über den Waffenstillstand. Wenn wir aber genauer hinschauen, sehen wir, daß der türkische Staat während des einseitigen Waffenstillstands bis heute über 100 Guerillakämpfer/innen und Zivilist/inn/en umgebracht, über 40 Dörfer entvölkert und viele Gebiete bombardiert, zerstört und niedergebrannt hat. Viele Militäroperationen wurden durchgeführt. Das zeigt, daß die PKK zwar tatsächlich das Feuer eingestellt hat, der türkische Staat aber nicht. Danach kam es zu den Ereignissen in Bingöl. Der Waffenstillstand wird einseitig nicht unendlich lange andauern. Solche Ereignisse wie in Bingöl waren zu erwarten. Nach so langem bewaffneten Kampf ist es nicht möglich, solche Vorfälle plötzlich wirksam zu verhindern. Meiner Meinung nach hat das aber keine Auswirkungen auf die Friedensphase. Die Friedensphase hat jetzt begonnen. Es wird über die Friedensphase nachgedacht, die Zeitungskommentatoren schreiben darüber und die Menschen denken darüber nach. Das Wichtige war, diese Phase erst einmal anzufangen. Es ist notwendig, daß alle für die Fortsetzung dieser Phase alles tun, was sie nur tun können. Die Chance auf Frieden ist für das kurdische und türkische Volk eine unschätzbar wertvolle Chance. Ich bin mir sicher, wenn der Krieg danach wieder weitergehen sollte, dann wird das für beide Seiten sehr großen Schaden bringen, das möchte ich mir nicht einmal im Traum vorstellen.

Wie bewerten Sie die Annäherung und Bildung einer Einheit unter den kurdischen Organisationen?

Yasar Kaya: Das ist natürlich eines der wichtigsten Ereignisse in der kurdischen Geschichte. Dadurch verstärkt sich die Position des kurdischen Kampfes. Zweitens sichert das die Freundschaft und Einheit der Kurd/inn/en untereinander. Das ist eine wichtige Entwicklung in der Geschichte des kurdischen Kampfes. Dieser Schritt war notwendig. Das wird noch weitere Auswirkungen haben, denn die Kurd/inn/en haben seit 15 bis 20 Jahren in den verschiedenen Teilen ihres Landes und in Europa verschiedene Organisationen gegründet. Aber ein großer Teil dieser Organisationen war weit davon entfernt, diesen Kampf auf aktive Weise zu führen und jetzt kommen sie zu einer Einheit der Stärke. Diese Einheit der Stärke ist für den kurdischen Kampf sehr wichtig. Deshalb sage ich, daß das in unserer Geschichte ein wichtiges Ereignis ist. Das ist wichtig damit die Kurd/inn/en wirkliche Freundschaft und Einheit unter sich herstellen.

Wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute!

"... muß die deutsche Militärhilfe an die Türkei eingestellt werden und bleiben..."

Rede vor dem Senat in Bremen 12. Mai 1993 von Barbara Noack, Mitglied im Bremer Senat:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren!

Es ist eine traurige Tatsache in unserer medienbestimmten Gesellschaft, daß das, was die Fernsehkameras, bzw. die tägliche Berichterstattung nicht im Fokus haben, allzuschnell vergessen wird. Gegenwärtig sehen wir viel vom geschundenen Bosnien - unser ganzes Entsetzten gilt dem Krieg dort - doch andere grausame Kriege geraten dabei aus dem Blickfeld - unter anderem der gegen das kurdische Volk.

Daß wir von diesem wenig sehen, heißt jedoch nicht, daß er beendet wäre. Er hat sich im Gegenteil ausgeweitet. Die Jahresberichte der Menschenrechtsvereine aus den kurdischen Gebieten werden immer umfangreicher, die Liste der Menschenrechtsverletzungen von Jahr zu Jahr länger. Die politischen Morde, an Menschen, die sich für die Rechte der Kurden einsetzen - auch an Journalisten und Politikern - ausgeführt von Todesschwadronen, der sogenannten "Konter-Guerilla", haben im letzten Jahr gewaltig zugenommen; und die Tatsache, daß die türkische Regierung nach wie vor nichts dagegen unternommen hat, kann kaum noch anders als Billigung gewertet werden.

Besonders beunruhigen aber müssen uns die großangelegten Operationen des Militärs und das systematische gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte und der staatlich rekrutierten und bezahlten Dorfwächter gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Unter der Vorgabe, die PKK-Terroristen zu bekämpfen, wird die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei drangsaliert, gefoltert und getötet. Die Dörfer werden zwangsevakuiert und zerstört; den Menschen wird die Lebensgrundlage genommen und die Heimat geraubt. Zigtausend Menschen sind geflohen.

Helsinki Watch weist in einem Bericht vom Juni 1992 darauf hin, daß die Bekämpfung des Terrorismus zu Newroz 1992 als Vorwand für die Angriffe auf die Zivilbevölkerung benutzt wurde:

"Nichts hiervon entschuldigt aber in irgendeiner Weise die Aktionen des türkischen Militärs und der Polizeikräfte, die für fast jedes Opfer der Newroz-Ereignisse die direkte Verantwortung tragen. Die Sicherheitkräfte schossen auf friedliche Demonstranten, die griffen mit Panzern an, sie verhinderten dann medizinische Hilfe für die Verwundeten, und sie verweigerten den Familien der Opfer eine angemessene Bestattung ihrer Toten. Vor allem in Cizre und Nusaybin geb es nicht etwa einen heftigen Kampf zwischen zwei mehr oder weniger gleichstarken Partnern, sondern einfach ein grauenhaftes Hinmetzeln wehrloser Kurden."

Lord Avebury, Mitglied des Britischen Oberhauses und Vorsitzender der Menschenrechtskommission des britischen Parlamentes, berichtet nach seiner Reise im September 1992 über die Zerstörung der Stadt Sirnak:

"Die geplante Zerstörung durch die türkischen Streitkräfte war eine verabscheuungswürdige Tat, der keinerlei Provokation vorausging... Wir sprachen mit einer Familie, deren Haus durch Granaten eines deutschen Leopard-Panzers zerstört wurde ... Aufgrund unserer übrigen Beobachtungen und Gespräche im kurdischen Gebiet kamen wir zu der Überzeugung, daß der Angriff auf Sirnak keine Einzelaktion, sondern Teil eines Handlungsmusters militärischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in der Region ist."

Vor diesem Hintergrund ist die Frage der Waffenlieferung der Bundesrepublik an die Türkei zu behandeln. Die Auseinandersetzung darüber, ob oder ob nicht deutsche Waffen vom türkischen Militär gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt worden sind, greift zu kurz. Die Einsicht der Bundesregierung, daß Waffen tatsächlich vertragswidrig eingesetzt wurden, war nur von kurzer Dauer. Nachdem sie der türkischen Regierung gegenüber klargestellt hatte, daß die im Rahmen des Nato-Abkommens gelieferten Materialien grundsätzlich nicht bei inneren Auseinandersetzungen eingesetzt werden dürfen, hat sie auf eine bloße Zusicherung der türkischen Regierung hin schon im Frühsommer 1992 die Lieferungen wieder aufgenommen. Vollkommen übereilt und anscheinend ohne eine ausreichende Prüfung; denn schon im August 1992 hat die türkische Armee offenbar deutsche Leopard-Panzer zur Zerstörung der Stadt Sirnak eingesetzt.

Darüber wird zwar nach wie vor gerechtet - gerade kürzlich hat die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der Grünen/Bündnis 90 im Bundestag bestritten, daß in Sirnak deutsche Panzer benutzt worden seien (BuTa Drs. 4688/April 93). Aber dagegen steht die Anschauung aus Videos, Photos und Augenzeugenberichten, ebenso wie die Bestätigung der britischen Delegation unter Lord Avebury, die den Einsatz deutscher Panzer und Mannschaftstransportwagen in Sirnak festgestellt hat. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Nato-Richtlinien und an sich schon ausreichend Grund, die Waffenlieferungen einzustellen (In Sirnak sind übrigens ca. 20.000 Menschen heimatlos geworden).

Ich denke allerdings, die Frage der Waffenlieferungen muß noch an ganz andere Bedingungen geknüpft werden. Hans-Dietrich Genscher hat das klar formuliert, als er in einem Interview im Frühjahr 1992 sagte (ich zitiere aus der Stuttgarter Zeitung vom 27.03.1993):

"Auf die Frage: 'darf man einem Land, das so eklatant gegen die Menschenrechte verstößt wie die Türkei, überhaupt noch Waffen liefern?' gab er zu Antwort: 'Wenn die türkische Politik sich nicht grundsätzlich ändert, nein.' Und er fährt fort: 'ich kann nur sagen, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Verfolgung der kurdischen Minderheit stattfindet."

Leider hat Genschers Nachfolger, Bundesaußenminister Kinkel, das anders gesehen und das Embargo wieder aufgehoben. Nicht nur das: die Türkei gilt gegenwärtig als einer der militärischen 'Großkunden' (um einen Begriff aus der ZEIT vom 12. März dieses Jahres aufzunehmen) der Bundesrepublik. Die Bundesregierung habe ihr NVA-Material in 'Armeestärke' - so die ZEIT - zugesagt. Im niedersächsischen Liebenau darf die Firma Euro-Metall mit Genehmigung der Bundesregierung 18.000

Granaten herstellen und exportieren, obwohl bekannt ist, daß sie über die holländische Eurometall-Mutterfirma in die Türkei gehen soll. Ironischerweise werden sie auf einem Gelände hergestellt, auf dem bereits die Nationalsozialisten Bomben hergestellt haben, und auf dem Gräber der von den Nazis ermordeten oder zu Tode geschundenen Zwangsarbeiter gefunden wurden. Die heute produzierten Granaten sollen auf sogenannte 'Eselsplatten' montiert werden, damit sie in unwegsamem Gelände transportiert werden können. Der Verdacht, daß sie für den Einsatz in Kurdistan bestimmt sein könnten, liegt nahe.

Ich denke, der ehemalige Außenminister Genscher hatte recht. Dies ist der entscheidende Punkt: solange die Menschenrechte in einem Land derart verletzt werden wie gegenwärtig in der Türkei, dürfen wir es nicht mit Waffen beliefern - und ich füge hinzu: auch, wenn es ein Nato-Partner ist. Ich denke, gerade bei der Türkei - einem befreundeten Land, das Mitglied der KSZE ist, das die "Antifolter- und die Menschenrechtskonvention" unterschrieben hat, das Mitglied des Europarates ist und die Aufnahme in die EG anstrebt - haben wir das Recht zu erwarten, daß sie die Konventionen, die sie unterschrieben hat, auch einhält. Gerade bei unseren Partnern haben wir die Pflicht, die Wahrung der Menschenrechte einzuklagen.

Und dazu gehört in diesem Falle der Schutz der kurdischen Minderheit, die kulturelle Selbstbestimmung, der Gebrauch und die Pflege der eigenen Sprache. Der Wunsch nach politischer Autonomie ist bei jeder größeren Volksgruppe verständlich; er darf nicht blutig unterdrückt werden, sondern es muß nach friedlichen, politischen Lösungen gesucht werden, die beiden Interessen gerecht wird, denen des kurdischen Volkes und denen des türkischen Staates. Ich glaube, ich brauche Jugoslawien kaum zu erwähnen, um deutlich zu machen, daß gerade die Bundesrepublik hier nicht mit zweierlei Maß messen darf.

Ich wiederhole noch einmal: es ist unsere Pflicht, unserem Partner die Einhaltung der Menschenrechte abzuverlangen. Die Bundesregierung hat - u.a. in der bereits erwähnten Drucksache - mehrfach bekundet, daß sie gegenüber der türkischen Regierung die bestehenden Zustände "eindeutig und nachdrücklich" kritisiere. Offensichtlich ist der Nachdruck nicht groß genug; das zeigt sich auch in einer Äußerung des türkischen Ministerpräsidenten



BTR-60-Panzer aus den alten NVA-Beständen in Sirnak

Demirel (nachzulesen in Milliyet vom 08.09.1992): "Das Ausland betrachtet unseren Kampf als Kampf gegen den Terrorismus. Das ist unser großer Vorteil". Diese offene (und für mich zynische) Äußerung spricht für sich!

Meine Damen und Herren!

*** Solange in der Türkei Dissidenten, die sich für die kurdischen Minderheitenrechte einsetzen, mit Hilfe eines Anti-Terrorismusgesetzes strafverfolgt und an ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung gehindert werden,**

*** solange dort reihenweise Zeitungsredaktionen schikaniert und geschlossen werden,**

*** solange der Ausnahmezustand in den südöstlichen Gebieten bestehen bleibt, der Militär, Präfekten und Dorfwächtern willkürliche Aktionen gegen die Bevölkerung erlaubt,**

*** solange die Kurden dort nicht ihre Sprache offiziell gebrauchen dürfen, auf Ämtern, vor Gericht, in den Medien und in Bildungseinrichtungen,**

*** solange sie nicht mindestens als Minderheit entsprechend der KSZE geschützt sind,**

solange muß die deutsche Militärhilfe an die Türkei eingestellt werden und bleiben!

Wir fordern die Bundesregierung auf, so ihren "Nachdruck" - um nicht zu sagen: Druck - gegenüber der türkischen Regierung zu verstärken. Die Bundesregierung sollte überdies ihren Einfluß geltend machen, um in der Türkei die Kräfte zu stärken, die sich für eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage einsetzen - wie z.B. die 36-54 Abgeordneten der SHP, der sozialdemokratischen Volkspartei, Mitglied der Koalitionsregierung, die eine Wende in der Kurdenpolitik gefordert haben. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschußes des Bundestages, Hans Stercken (CDU), hat einen Weg der positiven Einflußnahme gewiesen, indem er vorschlug, einen Teil der bisherigen deutschen Verteidigungshilfe für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Südosten der Türkei einzusetzen, und so zu einer Lösung des politischen Konflikts beizutragen. Das ist ein guter Anfang, finde ich.

Meine Damen und Herren,
ein Wort zum Schluß: Etwa ein Drittel der in Bremen lebenden Türken sind Kurden. Diesen Mitbürgern sind wir zu Solidarität verpflichtet. Die Statistiken weisen überdies aus, daß der große Teil der Asylbewerber aus der Türkei Kurden sind, und die Anerkennungsquote bei ihnen überdurchschnittlich hoch ist. Wenn wir es ernst meinen mit dem, was von allen demokratischen Parteien im Zusammenhang mit Asylpolitik in diesem Lande gefordert worden ist, nämlich: daß wir dazu beitragen wollen, die Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern, dann sollten wir mit der Türkei anfangen, und dazu beitragen, daß Kurden dort friedlich leben können. Dabei sind auch wir in Bremen gefragt, und wir fordern den Senat auf, sich für die Einstellung der Waffenlieferungen an die Türkei einzusetzen.

Ich danke Ihnen.

Die Weltmenschenrechtskonferenz in Wien - Ein Hohn auf die Menschenrechte

Eine Konferenz über Menschenrechte auf der Welt ist unbestreitbar wichtig und notwendig. Über diesen Punkt würde niemand streiten wollen. Zwischen dem 14. und 25. Juni d. J. fand die Weltmenschenrechtskonferenz in Wien statt. Zahlreiche Regierungsvertreter, vor allem die der westlichen Industrieländer, nahmen an der Konferenz teil und bekundeten ihr behauptetes Interesse an dem Schutz von Menschenrechten auf der ganzen Welt. Sie alle sprachen und sprechen in einer Weise von Menschenrechten, als ob ihre Regierung nichts mit Menschenrechtsverletzungen zu tun hätte. Sie alle reden davon, daß die Menschenrechte nicht verletzt werden sollten, die Achtung vor den Menschenrechten über allen Dingen stehen müsse. Wer aber sind diese Dritten Unbekannten, die die Menschenrechte angeblich begehen, wenn nicht sie selbst. Es ist doch wohl ganz offensichtlich, daß diese Konferenz ein vorgemachtes Spiel der machthabenden kapitalistischen Industrieländer ist. Wundern darf man sich deshalb nicht, wenn die Non-Govermental-Organizations (NGO's = nichtstaatlichen Organisationen) von der Formulierung des Schlußdokuments ausgeschlossen wurden. Die imperialistischen Länder Westeuropas reden gerne von Demokratie und Menschenrechten, wenn es ihren Interessen entgegenkommt. Doch von Demokratie oder Menschenrechten zu reden, heißt nicht, sie auch wirklich zu praktizieren oder einzuhalten. Leere Worte ohne Inhalt. Entsprechend den Interessen werden natürlich auch bestimmte Themen auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt: China, Kuba und Yugoslawien. Niemand redet jedoch von Kurdistan. Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes für Selbstbestimmung und demokratische Grundrechte interessiert die Mächtigen dieser Welt nicht. Das Recht eines Menschen auf Leben, das in internationalen Deklarationen und Protokollen, wie z. B. in der Menschenrechtsdekleration der Vereinigten Nationen festgehalten wird, wird den Kurden nicht zugestanden. Die Türkei hat für die Verteidiger von Menschenrechten, die sich mit demokratischen Methoden und Mitteln für die universalen Menschenrechte und Freiheiten einsetzen, nur die folgende Antwort übrig: Gefängnis, Folter und Mord. Der türkische Staat hat die Folter und andere menschenrechtsverletzende Mittel in Kurdistan institutionalisiert. Den Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Demokratie will der türkische Staat durch die Bombardierung von Dörfern und Bergregionen, willkürliche Festnahmen, Folter, sowie die Ermordung oppositionellen Politikern und Journalisten durch die Konter-Guerilla. Bis heute sind mindestens 400 Dörfer zerstört und die Dorfbewohner zur Flucht gezwungen worden. Allein 1992 wurden 20 000 Menschen inhaftiert und gefoltert, 400 oppositionelle kurdische Intellektuelle und Politiker auf offener Straße ermordet und 5 kurdische Städte von der Luft und vom Boden aus bombardiert und zerstört. Mit der Ermordung von 14 Journalisten steht die Türkische Republik an erster Stelle der Länder, die die Meinungs- und Pressefreiheit mit allen Mitteln bekämpft.


Türkische Spezialeinheiten beim Einsatz in Nordwest-Kurdistan.

Selbst während des einseitigen Waffenstillstandes, die die Arbeiterpartei Kurdistans zwischen dem 20. März und dem 8. Juni d. J. verkündet hat, sind 44 Dörfer zerstört, 15 000 Menschen zur Deportation gezwungen, mehr als 180 Zivilisten und Freiheitskämpfer grundlos ermordet und 2 000 Menschen inhaftiert und gefoltert worden. Damit hat die türkische Regierung den von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand für eine friedliche Lösung durch ihre Vernichtungsoperationen verhindert und der Weltöffentlichkeit noch einmal ganz deutlich gezeigt, daß sie nicht von ihrer Gewaltpolitik ablassen will.

Welch ein Widerspruch, daß parallel zu der Menschenrechtskonferenz der UNO derzeit unter den oben ausgeführten Bedingungen der türkische Staat mit einer 300 000 Mann starken Armee in Kurdistan auf brutalste Art und Weise das kurdische Volk terrorisiert.

Was beabsichtigt die türkische Regierung mit der Zerstörung der Dörfer, der Ermordung von Zivilisten, der Zerstörung der Natur, kurz der Einschüchterung eines Volkes, das sich für seine Grundrechte und Freiheiten einsetzt? Die Antwort ist klar: ihre Operationen richten sich gegen die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes!

Richtet sich die grausame und inhumane Haltung des türkischen Staates, die sich an keine der internationalen Abkommen hält, nicht auch gegen die Prinzipien und die Ziele dieser Konferenz?

Sollte nicht ein Staat wie die Türkische Replublik, die die kurdische Nation vernichten will, auf solch einer Konferenz verurteilt werden?

Will man nicht die Augen vor den Repressionen und dem Völkermord verschließen, indem man ein Volk, das in dem Widerstand für Menschenrechte und Freiheit tausende von Opfern gefordert hat und großes Leid zu erdulden hat, von der Konferenz ausschließt? Wirft das nicht einen Schatten auf diese Konferenz?

Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen

Bewohner von Bana brutal gefoltert. Ein Mädchen durch Folter ermordet

Am 20. Februar wurde das Dorf Bana (Ormanici) in Sirnak-Güclükonak von den Staatskräften überfallen, weil die Bewohner angeblich die ARGK unterstützen würden. Alle Dorfbewohner wurden brutal zusammengeschlagen und festgenommen. Das Mädchen Abide Ekinci wurde mit Schlägen und Tritten ermordet, ihre Schwester Halime schwer verletzt. Der Bauer Resul Kaya wurde durch Tritte schwer verletzt, dann schütteten sie Benzin über ihn und zündeten ihn an. Es gelang ihm, die Flammen zu löschen. Resul Kaya überlebte mit schweren Brandverletzungen und Knochenbrüchen.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 11/93



Kurdischer Dorfbewohner: Bei einem Angriff der türkischen Armee behindert.
(Foto: Özgür Gündem, 24.06.1993)

Nure Badur sollte mit Folter zu Agentendiensten gezwungen werden

Die Mutter von vier Kindern aus Mardin, die in Izmir lebt, wurde im Dezember letzten Jahres zwei Mal festgenommen. Sie wurde von der politischen Polizei schwer gefoltert und sollte zu Agentendiensten gezwungen werden. In der Nacht des 21. Februar 1993 wurde Nure Badur erneut aus ihrer Wohnung verschleppt. Auf die Frage, was ihr vorgeworfen wird, bekam sie von der Polizei die Antwort: "Dein Verbrechen ist, daß du aus Mardin stammst, kann es denn noch ein schwereres Verbrechen geben?" Sie wurde von der politischen Polizei stundenlang mit Elektroschocks und eiskaltem Wasser gefoltert und gezwungen sich nackt auszuziehen. Erst als sie sagte, sie würde tun was sie wollen, hörten sie mit der Folter auf. Ihr wurde Geld für Informationen versprochen und von ihr verlangt, am nächsten Tag zu einem Treffen mit einer Polizistin zu kommen. Vor ihrer Freilassung wurden ihre Fingerabdrücke mit Gewalt unter Schriftstücke gesetzt, deren Inhalt ihr nicht bekannt ist. Nure Badur, die Analphabetin ist, wandte sich nach ihrer Freilassung an den Menschenrechtsverein IHD. Sie erklärte, daß sie seitdem ständig verfolgt wird und Angst um ihre Kinder hat, die von der Polizei belästigt und ausgefragt werden. Nure Baldur erklärte, daß sie Agentendienste ablehnt und der Staat verantwortlich ist, wenn ihr oder ihren Kindern etwas passiert.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 10/93

Gewerkschaftliche Organisierung soll mit Hilfe der Gendarmerie verhindert werden

Am 26. Februar drang eine Truppe Gendarmeriekräfte in die Gewerkschaftszentrale von Deri-Is in Tuzla ein. Sie hatten den Unternehmer Ugur dabei, aus dessen Betrieb 30 Arbeiter der Gewerkschaft beitreten wollten. In dem Betrieb sind 40 Arbeiter beschäftigt. Die 30 Arbeiter, die die Aufnahme in die Gewerkschaft beantragt hatten, hatten von der Gewerkschaft am 26. Februar einen Termin bekommen, um die Eintrittsformalitäten zu erledigen. An diesem Tag sollte ein Notar anwesend sein. Die Gendarmerie behauptete, die 30 Arbeiter seien gezwungen worden, Mitglied zu werden. Als sie erklärten, daß sie freiwillig in die Gewerkschaft eintreten wollten, schlug der Unternehmer einen der Arbeiter. Am nächsten Tag wurden die beiden Gewerkschaftvorsitzenden zu einem Verhör auf die Gendarmeriestation, deren laufender Unterhalt vom Verband der Lederunternehmer bezahlt wird, vorgeladen. Die Gendarme halten Arbeiter auf dem Nachhauseweg an und versuchen sie auszufragen, wer in die Gewerkschaft eingetreten ist.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 10/93

Geschäfte von Kurden in der Stadt Fethiye wurden abgerissen

In der ersten Märzwoche wurden in Fethiye unter Einsatz von Gendarmerie und Polizei auf Befehl des Bürgermeisters mehrere Geschäfte von Kurden eingerissen und zerstört. Auf die darin gelagerten Waren wurde keine Rücksicht genommen. Davon betroffen waren auch die Geschäfte des HEP-Kreisvorsitzende Hüseyin Atay und seines Bruders Ali Atay. Sie erklärten, daß es keinerlei schriftliche Begründung für den Abriß ihrer Geschäfte gegeben habe. Sie werteten den erneuten Angriff auf die Kurden in Fethiye als eine Fortsetzung der Politik der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus dem Ägais-Gebiet der Türkei.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 11/93

Konterguerilla-Morde in Mersin

Am 5. März wurde Sadik Bilgin gegen 9.00 Uhr vor seinem Laden im Stadtteil Gündogdu in Mersin von drei bewaffneten Konterguerillas durch Schüsse ermordet. Die Tageszeitung Özgür Gündem vom 5. Juli 1992 berichtete, daß Sadik Bilgin bei seiner Festnahme am 27. Juni letzten Jahres von der Polizei gefoltert wurde und sie ihm gedroht hatten: "Wir haben Eure Namen und Adressen den Hizbullahs gegeben, die werden Euch umbringen". Nach dem Mord versammelten sich tausende von Menschen vor seinem Haus und vor dem Krankenhaus, wo die Autopsie der Leiche vorgenommen wurde. Ein großes Aufgebot staatlicher Sicherheitskräfte war überall präsent. Wenige Stunde nach dem Mord an Sadik Bilgin wurde der 35-jährige Abdülkerim Baltekin, ein Verwandter Bilgins, im Stadtteil Demirtas vor seinem Laden von zwei Konterguerillas durch Schüsse ermordet. Nach Augenzeugenberichten waren es die gleichen Personen und in beiden Fällen flüchteten sie mit einem Motorrad der Marke MZ. Die Beerdigung der beiden Ermordeten wurde zu einer Demonstration gegen den türkischen Staatsterror. Es nahmen 5.000 bzw. 10.000 Menschen teil, die Parolen für die PKK und gegen den türkischen Staat und gegen die Konterguerilla riefen.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 10 und 11/93

Mehmet Gül von der Polizei ermordet

Am 8. März wurde der Sohn des DYP-Kreisvorsitzenden in Urfa-Bozova im Stadtteil Gölbasi von der Polizei durch Schüsse ermordet. Er hatte gerade die Tür geöffnet, nachdem die Polizisten geklopft hatten. Der Onkel des Ermordeten war Augenzeuge und berichtet, daß die Polizei zuvor mehrere Wohnungen durchsucht hatte. Sie warteten bis 1.00 Uhr nachts, bevor sie bei dem Haus des DYP-Vorsitzenden klopften. Die Polizisten forderten ihn später auf, die Leichen zu zählen. Der Gouverneur behauptete in einer offiziellen Erklärung über den Mord an Mehmet Gül: "Ein Terrorist ist bei einem Gefecht getötet worden". Später sagte er dann zu dem Vater des Ermordeten: "Die Polizei macht niemals Fehler. Das war eben das Schicksal deines Sohnes. Unser aller Tag sind gezählt, irgendwann sterben wir alle. Man sollte die Sache nicht aufbauschen." Aus Protest gegen den staatlichen Mord blieben für drei Tage alle Geschäfte geschlossen. Die Beerdigung am 9. März wurde zu einer großen Demonstration gegen den Staatsterror.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 11/93

Internationaler Frauentag Demonstration in Ankara von Spezialpolizei angegriffen

Die Frauenkommissionen der Gewerkschaften, die Plattform der Beschäftigten (Frauen) im öffentlichen Dienst, der Demokratische Frauenverein und Studentinnen versammelten sich am 8. März am Zafer Carsisi, um anläßlich des internationalen Frauentages zu demonstrieren. Die Demonstration sollte zum Menschenrechtsdenkmal in der Yüksel Caddesi führen. Als sie das Transparent: "Es lebe der 8. März, Frauenplattform Ankara" entrollen wollten, wurden die Demonstrantinnen von Zivilpolizisten und der Spezialpolizei brutal mit Knüppeln angegriffen. Über 20 Frauen wurden festgenommen. Ein Journalist der Hürriyet wurde ebenfalls niedergeknüppelt.
Quelle: Wochenzeitung Cumhuriyet Nr. 11/93 und Yeni Ülke Nr. 11/93

Dorf Karakoyun (Urfa) vom Militär entvölkert

Am 19. März kam es gegen 8.00 Uhr in Urfa-Siverek acht Kilometer von dem Dorf Karakoyun entfernt zu einem Gefecht zwischen Befreiungskämpfern der ARGK und der türkischen Armee. Dabei sind zwei Guerillakämpfer gefallen. Nach dem Gefecht wurden alle Bewohner des Dorfes Karakoyun festgenommen. Die ca. 100 Menschen wurden nach Siverek gebracht. Es heißt, daß hochrangige Offiziere aus Diyarbakir, die angereist waren, den Befehl erteilten, drei Dörfer in der Nähe des Kampfschauplatzes vollkommen zu entvölkern. Neben dem Dorf Karakoyun sind jetzt die Dörfer Gresor und Ares in Gefahr entvölkert zu werden.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 12/93

Gefangener Befreiungskämpfer ermordet

Der Befreiungskämpfer Mehmet wurde am 20. März in dem Nebengebäude eines Bauernhauses im Dorf Hasuna in Mus-Malazgirt unverletzt und ohne Gefecht, von Soldaten der türkischen Armee gefangen genommen. Er hatte in dem Gebäude die Nacht verbracht. Die Soldaten fanden ihn dort um 7.00 Uhr morgens. Anlaß war eine Hausdurchsuchung bei M.Y., bei der jedoch nichts gefunden wurde. Dann entdeckten die Soldaten den Guerillero in einem Nebengebäude. Der Hausherr sagte übereinstimmend mit dem Guerillero aus, daß der Guerillero sich dort ohne Wissen des Hausherrn aufgehalten habe. Dorfbewohner erklärten, daß der Gefangene mit auf dem Rücken gefesselten Händen vor den Augen der Bewohner von sieben Militärs mit Fußtritten, Faustschlägen, Gewehrkolben und Knüppeln halbtot geschlagen wurde. Nachdem sie ihn schon halbtot auf dem Boden entlangschleiften und in den Schnee gelegt hatten, wurde er von Zivilpolizisten auf die Müllkippe geschleift und durchsucht. Kurz darauf wurde der Befreiungskämpfer durch einen Kugelhagel ermordet. Ein ganzes Magazin wurde in seinen Kopf geschossen. Beim Abtransport der Leiche haben Bauern gesehen, daß ihm Gliedmaßen und Teile des Kopfes fehlten. Ein Arzt in Malazgirt stellte einen falschen Autopsiebericht aus, Staatsvertreter behaupteten im Fernsehn, der Befreiungskämpfer sei auf der Flucht erschossen worden. Angestellte der Leichenhalle berichteten dagegen, daß aus den Spuren an der Leiche zu schließen sei, daß Mehmet mit harten Gegenständen geschlagen wurde und daß er unzählige Einschüsse hatte. Doch keine der Einschüsse deutete darauf hin, daß sie ihn an der Flucht hindern sollten. M.Y. wurde währenddessen in seinem Haus geschlagen und bedroht. Die Militärs und später der Staatsanwalt übten Druck auf ihn aus und wollten, daß er falsch aussagt, um die Sache so darzustellen, als habe es ein Gefecht gegeben. Am gleichen Morgen kamen elf Fahrzeuge von einem Spezialteam, einem Kommando B und der politischen Polizei in das Dorf Hasun. Sie durchsuchten das ganze Dorf und verwüsteten dabei Lebensmittelvorräte und Hausrat der Bauern. Die Bevölkerung wurde von starken Militärkräften daran gehindert, an der Beerdigung des ermordeten Befreiungskämpfers teilzunehmen, der noch am gleichen Tag im Ort begraben wurde.
Quelle: Yeni Ülke 28. März - 3. April)

Bedrohung von Bauern in Hazro

Am 24. März drohten Militärs den Be-

wohnern der Siedlung Ormankaya in Diyarbakir-Hazro, daß sie sie mitsamt ihren Häusern anzünden werden, wenn sie ihren Ort nicht räumten. Tarkan und Fatih Cagiran wurden ohne Angabe von Gründen verhaftet, die anderen Bewohner brutal geschlagen. Außerdem verwüsteten die Militärs den Hausrat der Bewohner und zündeten Wintervorräte und Viehfutter an.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 13/93

Zwei Verschwundene in Kiziltepe

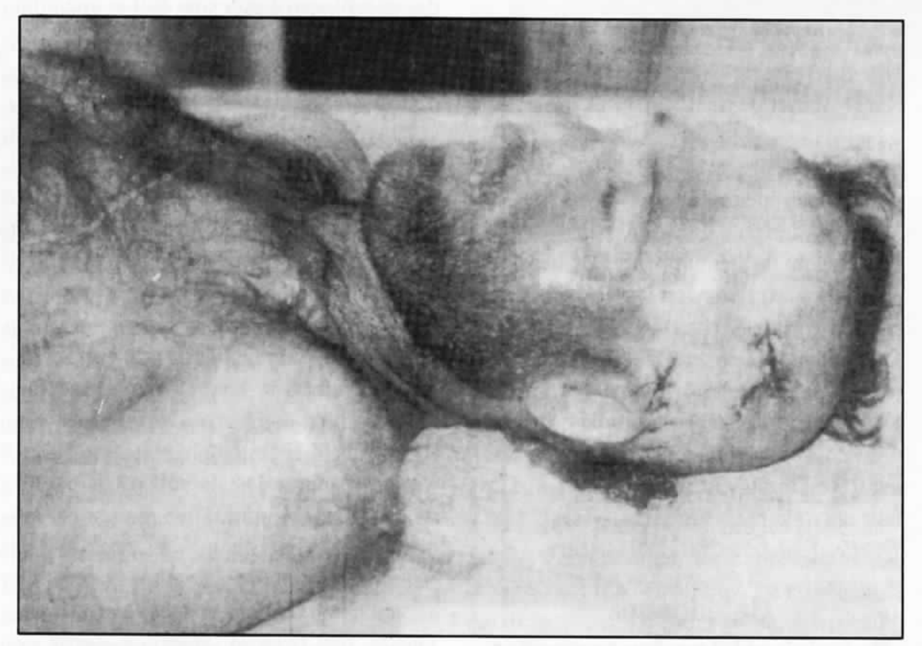
Ihsan Adsan und sein Cousin M. Sait Tekin wurden am 27. März bei einem Spaziergang im Stadtzentrum von Kiziltepe in Mardin von Zivilpolizisten ohne Angabe von Gründen festgenommen. Seitdem sind die beiden verschwunden. Die Angehörigen der Verschwundenen, die vergeblich versuchten, etwas über ihren Verbleib herauszufinden, sind in Sorge um ihr Leben.
Quelle: Yeni Ülke Nr. 10/93

Spezialteam-Massaker in Istanbul

Am 30. April ermordete ein Spezialteam die 23-jährige Psychologiestudentin Sengül Yildiran und den Tiermedizinstudenten Ugur Yasar Kilic in ihrer Wohnung in Istanbul. Das Spezialteam lauerte kurz vor 23.00 Uhr den beiden Studenten im Stadtteil Kadiköy auf, stürmte, nachdem sie ihre Wohnung betreten hatten, das Haus und ermordeten die beiden ohne jede Vorwarnung mit 20 bis 30 Schüssen. Augenzeugen zufolge haben die Spezialteamkräfte erst nach dem Ende ihres Dauerfeuers zum Schein gerufen: "Ergebt Euch". Sengül Yildiran und Ugur Yasar Kilic waren aktive Mitglieder der Studentenorganisation IYÖ DER und hatten zur Teilnahme am 1. Mai aufgerufen. Die Staatsanwaltschaft behauptet, die beiden Studenten seien Mitglieder von Devrimci Sol gewesen. Die Beerdigung von Sengül Yildiran am 4. Mai wurde von Polizeikräften mit Knüppeln angegriffen. 25 Menschen, darunter auch mehrere Journalisten, wurden festgenommen, Filme wurden beschlagnahmt, Fotoapparate zerstört. In Istanbul fanden mehrere spontane Protestkundgebungen und Veranstaltungen gegen die Ermordung von Sengül Yildiran und Ugur Yasar Kilic statt.
Quelle: Özgür Gündem 3.5.93 und 6.5.93

Adana-Vertreter der Zeitschrift Mücadele verschwunden

Der Adana-Vertreter der Wochenzeitung Mücadele, Ahmet Öztürk, ist seit dem 26. April verschwunden. Suzan Arslanbogan, Vertreterin des Vereins Özgür Der, erklärte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit verschiedenen linken Zeitschriften in den Räumen des Menschenrechtsvereins IHD, daß die Repression gegen die linke Presse mit Ermutigung der Regierung, die sie als militante Journalisten bezeichnete, immer weiter zunimmt und äußerte die Sorge, daß Ahmet Öztürk in der Polizeihaft umgebracht werden könnte. Am 23. April wurden in Istanbul Gülsen Yazar und Zehra Acikelli von der politischen Polizei beim Verkauf der Sondernummer der Zeitschrift Emegin Bayragi festgenommen, obwohl diese Zeitschrift den türkischen Pressegesetzen entsprechend legal war. Die beiden Frauen erklärten nach ihrer Freilassung, daß sie bei der politischen Polizei in Gayrettepe gefoltert wurden. Yilmaz Levent, Reporter der Zeitschrift Devrimci Proletarya, wurde nach der 1. Mai-Kundgebung, die er beruflich besucht hatte, von drei Zivilpolizisten entführt und in einem Seengebiet 20 Kilometer außerhalb der Stadt von fünf bis sechs Personen in einem Wald gefoltert. Sie ließen ihn geknebelt und in einen Sack verschnürt zurück. Yilmaz Levent konnte sich nach einiger Zeit befreien und nach Ankara zurücktrampen.
Quelle: Özgür Gündem 30.4.93 und 3.5.93



Veysi Kaymaz. Seine Leiche wurde nach seiner Festnahme in Diyarbakir gefunden.

Elf Tage lang von der politischen Polizei gefoltert

Haci Özkan, Aziz Bagis, Ahmet Arzu und Mustafa Gündogdu wurden bei einer Hausdurchsuchung am 19. April in dem hauptsächlich von Kurden bewohnten Stadtteil Gülbahce in Adana wegen angeblicher Unterstützung der PKK festgenommen. Nach ihrer Freilassung erklärten die vier, daß sie elf Tage lang von der politischen Polizei mit Elektroschocks, Kälte, Aufhängen u.a. Methoden gefoltert wurden.
Quelle: Özgür Gündem 4.5.93

Hinrichtung ohne Urteil in Istanbul

Am 9. Mai wurde im Stadtteil Fatih Carsamba in den Mittagsstunden ein Mensch ermordet. Ein Spezialteam überfiel die Wohnung im Sen Appartement und schoß zehn Minuten lang ununterbrochen in die Wohnung. Die Identität des Ermordeten ist nicht bekannt. Die Polizei behauptet, er sei Mitglied in der THPK/C-HDÖ (Volksbefreiungspartei Türkei/Front-Revolutionäre Avantgarde des Volkes) gewesen. Die Nachbarn erklärten, daß der Ermordete, der seit zwei Jahren in dem Haus lebte, jeden Morgen zur Arbeit auf einer Werft ging und am Abend zurückkam. 60 Mitglieder der Gewerkschaft Belediye-Is protestierten mit einem zweitägigen Protesthungerstreik in Istanbul gegen die Hinrichtungen ohne Urteil, nachdem schon am 30. April zwei Studenten auf diese Weise von der Polizei ermordet wurden. Die Arbeiter aus verschiedenen Branchen

stellten ihren Hungerstreik unter das Motto "Wir sind eine lebende Zielscheibe, wenn Ihr den Mut habt, kommt doch!". Sie machen den Innenminister und den Chef der politischen Polizei für die Massaker verantwortlich und erklärten, daß sie ihren Kampf fortsetzen werden.
Quelle: Özgür Gündem 10.5.93 und 11.5.93

Dr. Ismail Besikci erneut verurteilt

Der Soziologe und Schriftsteller Dr. Ismail Besikci, gegen den derzeit 45 Ermittlungsverfahren wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit Kurdistan befassen, anhängig sind und der bereits viele Jahre seines Lebens wegen seinen soziologischen Forschungen im Gefängnis verbringen mußte, wurde am 7. Mai vom Staatssicherheitsgericht Ankara wegen seinem Buch "Gedanken über die PKK" zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis und hundert Millionen TL (ca. 17.000 DM) Geldstrafe, die er innerhalb von 10 Tagen zahlen muß, verurteilt.
Quelle: Özgür Gündem 10.5.93

Der Staatsterror während des von der PKK proklamierten Waffenstillstands geht unvermindert weiter:

28. April: Der Jugendliche Özcan Agca, der im Dorf Hancerli in Malatya-Akcadag als Hirte arbeitet, wurde von Dorfschützern und Gendarmen zusammengeschlagen und bedroht. Sie wollten, daß er alles erzählt, obwohl Özcan Agca ihnen erklärte, daß er nicht weiß, was sie von ihm wollen. Sie forderten ihn auf, davonzulaufen, was Özcan nicht tat, weil er befürchtete, daß sie ihn dann erschießen würden. Später drohten sie damit, ihn von einem Felsen zu stoßen. Sie mißhandelten den Jugendlichen mit Knüppeln, Gewehrläufen und Fußtritten und schlugen seinen Kopf mehrmals auf einen Stein. Die Mutter des Jugendlichen, Güley Agca, stellte mit einem ärztlichen Attest Strafanzeige gegen die beteiligten Sicherheitskräfte.
Gendarmeriekräfte verwüsteten in dem Dorf Haco (Yolbasi) in Batman-Kozluk die Gräber von vier Befreiungskämpferinnen der ARGK, die im Mai letzten Jahres in der Gegend gefallen waren. Sie bedrohten die Dorfbewohner, weil sie die Gräber mit Blumen geschmückt und bepflanzt hatten.
Quelle: Özgür Gündem 30.4.93

6. Mai: Das Dorf Hebler (Hisar) in Sirnak-Cizre wurde am Nachmittag von türkischen Armeekräften mit Artillerie beschossen und von der Außenwelt abgeriegelt.
Quelle: Özgür Gündem 8.5.93

Kemal Kayas unter Folter erschossen

28. April: In Dersim wurde Kemal Kayas, der von einer Klinik aus der BRD und aus der Türkei ein Attest bei sich hatte, daß er wegen einer psychiatrischen Erkrankung in Behandlung ist, vor seiner Haustür am frühen Morgen von der Gendarmerie unter Dauerbeschuß genommen, zur Gendarmeriestation verschleppt und dort fünf Stunden lang gefoltert, bevor er von den Gendarmen mit Schüssen ermordet wurde.
Quelle: Özgür Gündem 9.5.93

Familie Yildirim in Nusaybin gefoltert

Am 24. April wurde Necdet Yildirim in Mardin-Nusaybin festgenommen. Nachdem sechs Tage niemand wußte, wo er ist, wurde Necdet am 30. April von 60 Soldaten und Spezialteamkräften in sein Dorf Serekaniye (Pinarbasi) bei Nusaybin zurückgebracht. Die Staatskräfte verlangten von seiner Familie, die Waffe herauszugeben. Obwohl seine im zweiten Monat schwangere Frau Hikmiye beteuerte, daß sie keine Waffe haben, wurde sie, ihr Mann und seine 70-jährige Mutter in die Dorfschule geschleppt und gefoltert. Sie wurden nackt ausgezogen und an Bäumen aufgehängt. Später warfen sie die Frau in einen Fluß und warfen mit Steinen aus sie. Necdet Yildirim liegt im Krankenhaus, ihm muß wegen Wundbrand der Arm amputiert werden.
Quelle: Özgür Gündem 7.5.93

Spezialteams warfen gefallene Befreiungskämpfer in Massengräber

Am 16. Mai kam es in der Nähe von Kulp gegen 18.00 Uhr zu einem Gefecht, als eine ARGK-Gruppe von türkischen Sicherheitskräften angegeriffen wurde. Das Gefecht dauerte bis zum Nachmittag des nächsten Tages. Die Leichen der 13 gefallenen Befreiungskämpfer wurden von Spezialteams mit einem Müllwagen in ein Massengrab geworfen. Der Korrespondent der Zeitung Özgür Gündem, Salih Tekin, der Fahrer von Özgür Gündem, Mehmet Kurt und der Diyarbakir-Korrespondent der Zeitschrift Gercek, Cengiz Argüc wurden auf dem Friedhof von Kulp festgenommen und erst nach 36 Stunden wieder freigelassen. Spezialteamkräfte drohten, sie umzubringen und schlugen sie mit G-3 Gewehren. Die Bevölkerung von Kulp protestierte dagegen, daß die gefallenen Guerilleros in ein Massengrab geworfen



Zerstörtes Dorf in Lice, die Zivilbevölkerung ist wehrlos gegenüber dem Militär.

wurden und forderte den Rücktritt des Bürgermeisters Ulgen. In der letzten Maiwoche gingen die Angehörigen der gefallenen Befreiungskämpfer nach Kulp, um die Leichen aus dem Massengrab zu holen und zu beerdigen. Sie wurden von Spezialteams beleidigt und mit dem Tod bedroht. Ein 70-jähriger Mann wurde von den Sicherheitskräften in der Öffentlichkeit nackt ausgezogen und beleidigt. Nur die Eltern wurden durchgelassen. Angehörige berichteten, daß die Leichen nackt waren und Brandverletzungen aufwiesen und äußerten den Verdacht, daß die Guerilleros ermordet wurden und später erst auf die Leichen geschossen wurde. Zu den Beerdigungen in den Heimatorten der gefallenen Befreiungskämpfer kamen tausende Menschen.
Quelle: Özgür Gündem 21.5. und 25.5.93

Schüler auf der Wache gefoltert

Der mit 20 Mitschülern festgenommene 19-jährige Gymnasiast Metin Aslan berichtete, daß sie am 21. Mai in der Wache der Sicherheitspolizei Eminönü in Istanbul brutal zusammengeschlagen und mit Messern verletzt wurden. Sie wurden mit dem Tod bedroht und aufgefordert Selbstmord zu begehen.
Quelle: Özgür Gündem 26.5.93

Jugendlicher von der Polizei entführt

In der Nacht des 10. Mai wurde an der Bushaltestelle Bakirköy in Istanbul der 18 bis 20 Jahre alte Jugendliche Hakan Yildiz von vier Zivilpolizisten in ein Fahrzeug gezerrt und verschleppt. Er konnte anderen Jugendlichen noch seinen Namen zurufen. Diese Jugendlichen notierten auch das Kennzeichen des Entführungsfahrzeuges und riefen den Menschenrechtsverein und Zeitungen an.
Quelle: Özgür Gündem 12.5.93

Klage gegen Folterer

Der Geologiestudent Harun Cetin, der aus Kurdistan stammt und in Istanbul studiert, wurde am 15. März im Studentenheim festgenommen. Die politische Polizei folterte den Studenten so brutal, daß er 57 Tage im Koma lag. Der Anwalt des Studenten stellte Strafanzeige gegen die Folterer. Das Staatssicherheitsgericht begann Anfang Mai mit Ermittlungen gegen die Beamten der Abteilung für Terrorbekämpfung.
Quelle: Özgür Gündem 13.5.93

Kutbettin Tekin in der Haft ermordet

Der am 10. April mit 12 weiteren Personen im Dorf Tepecik festgenommene Kutbettin Tekin wurde in der Polizeihaft ermordet, weil er sich weigerte, Dorfschützer zu werden. Am 12. Mai übergaben die Sicherheitskräfte der Familie die Leiche und behaupteten, Kutbettin Tekin hätte sich in seiner Zelle erhängt. Der Vorsitzende des IHD-Diyarbakir, Sedat Aslantas, erklärte, daß dem Festgenommenen sogar die Schnürsenkel abgenommen wurden und die Zelle, in der sich der 1,65 Meter große Mann angeblich erhängt haben soll, 2,70 Meter hoch ist. Es sei vollkommen unmöglich, daß er sich selbst erhängt haben könnte.
Quelle: Özgür Gündem 15.5.93

Studenten von Gendarmeriekräften angegriffen

Während des Festes der Technischen Universität des Mittleren Ostens in Ankara kam es zu Auseinandersetzungen mit der Gendarmerie als Studenten einen Infostand aufbauten. Zunächst wurden 20 Studenten festgenommen. Daraufhin formierten sich 300 Studenten zu einem Demonstrationszug in Richtung des Gebäudes des Universitätsdirektors. Sie wurden von einer Gendarmerietruppe umzingelt. 80 Studenten kamen ihnen zur Hilfe. Die Umzingelten machten einen Sitzstreik, woraufhin schließlich eine Delegation von ihnen mit dem Direktor sprechen konnte, der die Gendarmerie hatte rufen lassen. 400 Studenten führten später eine Spontandemonstration gegen die Anwesenheit von Sicherheitskräften in den Universitäten, gegen den Faschismus und gegen die Hinrichtungen ohne Urteil durch.
Quelle: Özgür Gündem 16.5.93

13-Jähriger durch Mine schwer verletzt

Am 11. Mai wurde der 13-jährige Kiymet Kokocin durch eine Tretmine in der Nähe des Dorfes Girisor (Narli) in Van-Catak schwer verletzt. Die Gendarmerie brachte das schwerverletzte Kind nicht ins Krankenhaus, sondern verschleppte es zur Gendarmeriewache. Als die Eltern des Jungen zur Wache kamen, konnten sie Kiymet ins Krankenhaus bringen und ihn operieren lassen. Er befindet sich jedoch in einem lebensgefährlichen Zustand.
Quelle: Özgür Gündem 17.5.93

13-jähriger Hirte durch Rakete schwer verletzt

Der 13-jährige Hirte Nezir Sidar wurde durch eine Rakete der türkischen Armee in der Nähe des Dorfes Gundike Mele (Balveren) in Sirnak-Cizre beim Weiden des Viehs schwer verletzt. Am gleichen Tag wurden die Bauern Osman Izcen und Siddik Sanir festgenommen.
Quelle: Özgür Gündem 18.5.93

Özgür Gündem vom Staatssicherheitsgericht beschlagnahmt

11 der ersten 19 Ausgaben der Tageszeitung Özgür Gündem wurden seit ihrem Wiedererscheinen wegen Propaganda mit dem Ziel die unteilbare Einheit des Staates und des Volkes der TR zu zerstören beschlagnahmt.
Quelle: Özgür Gündem 19.5.93

Englischer Journalist Andrew Penny verhaftet

Am 16. Mai wurde der englische Journalist Andrew Penny mit dem Özgür-Gündem-Korrespondenten Faik Bulut an der Grenzstation Habur verhaftet. Während Faik Bulut später wieder freigelassen wurde, kam Penny ins Gefängnis Silopi, weil die türkischen Sicherheitskräfte bei ihm Material eines Interviews mit dem ARGK-Kommandanten Osman Öcalan und mit einem verwundeten Guerillero fanden, das er im Krankenhaus des PKK-Camps Zele in Südkurdistan gemacht hatte.
Quelle: Özgür Gündem 19.5.93

Gouverneur von Manisa stachelt zu ethnischen Säuberung an

In der von Manisa 20 Kilometer entfernten 3.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Hacihaliler leben fast 1.000 Kurden und Kurdinnen, die in den Weinbergen und auf Feldern arbeiten. Eine Streitigkeit wegen Schulden wurde von dem Gouverneur Sönmez mit der Aufforderung, die

Kurden aus Manisa zu vertreiben am 15. Mai benutzt, einen türkisch-kurdischen Krieg anzufachen. Nachdem bei Angriffen auf die kurdische Bevölkerung mehrere Menschen verletzt wurden, trauen sich die kurdischen Familien nicht mehr ihre Häuser zu verlassen.
Quelle: Özgür Gündem 19.5.93

Dorfschützer überfielen Dörfer in Siirt

Am 16. Mai überfielen den Opfern teilweise namentlich bekannte 50 Dorfschützer die Dörfer Semse (Günesli) und Guhare (Gaziler) in Siirt. Sie beschossen die Häuser und mißhandelten alle Bewohner mit Gewehrläufen und Knüppeln, wodurch einige Bewohner schwer verletzt wurden. Vor ihrem Abzug raubten sie dann Geld und Wertsachen der überfallenen Bauern. Die Bewohner des Dorfes Govesil (Ekinyolu) in Siirt-Eruh wurden durch die Bedrohung der türkischen Armee zur Migration gezwungen. Auch die Bewohner des Dorfes Bedare (Salkimbaglar) wurden von Dorfschützern zur Migration gezwungen.
Quelle: Özgür Gündem 21.5.93



Durch die türkische Armee unter Folter ermordet.

Hirte in Yüksekova von Gendarmerie ermordet

Am 21. Mai wurde der Hirte Naim Aslan beim Weiden des Viehs in der Nähe von Yüksekova in der Provinz Hakkari von Gendarmeriekräften beschossen. Sein Neffe wurde daran gehindert, den noch lebenden Hirten ins Krankenhaus zu bringen, danach ermordeten die Gendarmen ihn mit Tritten und Schlägen mit Gewehrkolben vor seinen Augen. Zur Beerdigung von Naim Aslan in Yüksekova kamen über 3.000 Menschen, die gegen den Staatsterror protestierten. Die Beerdigungsgäste wurden von Sicherheitskräften angegriffen. Durch Schüsse in die Menge wurde der 13-jährige Atacan Oguz schwer verletzt und mehrere Teilnehmer wurden festgenommen.
Quelle: Özgür Gündem 23.5.93

Dorf Bilcini entvölkert

In der zweiten Woche des Waffenstillstands wurde das Dorf Bilcini in Siirt-Narlidere nach einem Überfall von Dorfschützern entvölkert. Die 450 Bewohner dieses Dorfes wurden zur Migration gezwungen. Auch in den Orten, an die sie geflohen sind, werden sie nicht in Ruhe gelassen. Bewohner, die in ihr Dorf zurückkehren wollten, erklärten, daß sie auch dort, wohin sie fliehen mußten, auf die Gendarmeriewache verschleppt und gefoltert wurden. Auch ein 15-jähriger Junge wurde auf der Wache gefoltert.
Quelle: Özgür Gündem 25.5.93

Verhaftungswelle von Gewerkschaftern in Malatya

Am 16. Mai führten die Sicherheitskräfte in Malatya eine erneute Operation gegen Gewerkschaftsmitglieder durch. Betroffen waren vor allem die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Gesundheitswesens. Die genaue Zahl der willkürlich Festgenommenen und wohin sie gebracht wurden, ist nicht bekannt.
Quelle: Özgür Gündem 25.5.93

12-jähriger in der Schule fast zu Tode geprügelt

Am 5. Mai wurde der 12-jährige Schüler Eyüp Özgün in der Atatürk-Schule in Urfa von einem Religionslehrer so brutal zusammengeschlagen, daß er mit lebensgefährlichen inneren Verletzungen im Krankenhaus im Koma liegt. Grund war, daß er vor dem Unterricht die religiöse Waschung nicht durchgeführt hatte. Seine Mutter Fatma Özgün stellte Strafanzeige, woraufhin das Erziehungsministerium behauptete, daß es nichts von dem Fall wisse.
Quelle: Özgür Gündem 25.5.93

Berge und Dörfer wurden bombardiert

Das Gebiet in Bitlis, in dem die Dörfer Narlidere, Tanriyar und Agacpinar liegen, wurde am 24. Mai von der türkischen Luftwaffe bombardiert. Auch das Gebiet Hani in der Provinz Diyarbakir wurde in diesem Zeitraum bombardiert, den Bewohnern der in diesem Gebiet gelegenen Dörfern wurde von den Sicherheitskräften verboten, ihre Dörfer zu verlassen. Die Bauern aus dem Dorf Yenicadir, das innerhalb von 14 Tagen zehn Mal am frühen Morgen von Militärs überfallen wurde, die auch zwei Bewohner verschleppt hatten, entschlossen sich am 24. Mai in Zukunft die Nächte in den umliegenden Bergen zu verbringen, um den Überfällen nicht mehr ausgesetzt zu sein.
Quelle: Özgür Gündem 26.5.93

UNICEF-Fahrzeug bei Polizeiaktionen im Einsatz

Ein Fahrzeug, das 1992 von der UNICEF der Präfektur von Urfa-Siverek übergeben worden war, wird dort von der Politischen Polizei für Operationen eingesetzt. Die Region Urfa-Siverek war von den Vereinten Nationen als Pilotprojekt zur Bekämpfung von ansteckenden Kinderkrankheiten ausgewählt worden. Die Verantwortlichen des Gesundheitsamts Urfa-Siverek behaupten, sie könnten den Einsatz des Fahrzeugs nicht kontrollieren, dafür sei der Präfekt zuständig. Der wiederum gibt keine Auskunft über die Sache.
Quelle: Özgür Gündem 17.5.93

Delegation aus Nordwest-Kurdistan zu Gast in Hessen und Rheinlandpfalz

Im Mai hielt sich knapp zwei Wochen auf Einladung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in Hessen und des Kurdistan-Komitees Frankfurt eine vierköpfige Delegation aus NW-Kurdistan in Hessen und Rheinlandpfalz auf. Leiter der Delegation war Abdullah Kaya, Bürgermeister von Kozluk, einer etwa 30 000 Einwohner zählenden Kleinstadt bei Batman. Er wurde begleitet von einem medizinisch-technischen Assistenten des Universitätskrankenhauses Diyarbakir und zwei Lehrern, die in der Lehrergewerkschaft Egit-Sen organisiert sind. Die Delegation führte Gespräche mit verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, PolitikerInnen und Kirchenvertretern. Sie berichteten auf Veranstaltungen über die verschärfte Lage in NW-Kurdistan nach dem einseitig verkündeten Waffenstillstand der PKK. Weitere Themen waren die Situation des Gesundheitswesens, besonders auch die Rolle von Ärzten und Ärztinnen im Krieg gegen die Guerilla und Zivilbevölkerung, sowie das Schulwesen in ihrem Land.

Im Landtag Rheinlandfpalz wurde die Delegation und das Kurdistan-Komitee Köln offiziell vom Vizepräsidenten, Hans-Günther Heinz (FDP) und Vertretern aller Fraktionen empfangen. (Die Landtagsfraktion der Grünen wird dem Parlament einen Antrag vorlegen, in dem das Parlament aufgefordert wird, sowohl auf die Bundesregierung als auch auf die türkische Regierung einzuwirken, damit für die Kurdenfrage mittels politischer Verhandlungen eine Lösung gefunden wird. Außerdem beabsichtigt die Landtagsfraktion der Grünen, eine parlamentarische Delegation nach NW-Kurdistan zu schicken, um die aktuelle Lage nach dem Waffenstillstand der PKK zu untersuchen. Diese Delegationsreise soll auch ersten Kontaktaufnahmen zur Gründung einer Städtepartnerschaft dienen.)

Auf Einladung der Fraktion der Grünen im Hessischen Landtag waren sie auch zu Gast in Wiesbaden. An diesem Gespräch nahmen auch Vertreter der SPD teil. In Gießen wurde die Delegation offiziell vom Bürgermeister der Stadt, Lothar Schüler (SPD), empfangen. Lothar Schüler betonte, daß er gegenüber türkischen Politikern immer wieder auf das Kurdenproblem aufmerksam mache: Menschenrechte in allen NATO-Ländern können nur von denen geschützt werden, die hinter dem demokratischen Gedanken stehen.

Katja Kleiber und B. Carlsson führten mit den Delegationsmitgliedern verschiedene Interviews, die wir im folgenden dokumentieren möchten.

"Ein Kurde, der Lehrer werden will, muß seine Identität leugnen."

Das Erziehungswesen in Nord-West-Kurdistan

Interview mit einem Grundschullehrer und Gewerkschafter aus Diyarbakir der aus Angst vor Repressionen anonym bleiben möchte:

"Wenn ich ein solches Gespräch in der Türkei führen würde, wäre ich meines Lebens nicht mehr sicher."

Wieviele Kinder in Kurdistan haben überhaupt die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen?

In Diyarbakir kommen etwa 60 Prozent der schulpflichtigen Kinder zum Unterricht. Der Rest hat keine Möglichkeit zu kommen. Dafür gibt es einfach nicht genug Schulen. Es ist zum Beispiel üblich, daß bis zu hundert Schüler in einem Raum gemeinsam unterrichtet werden. Es ist nicht nur so, das es zu wenig Schulen gibt, es werden auch immer wieder Schulen geschlossen, weil das Militär die Gebäude für sich beansprucht. Allein in diesem Jahr sind rund 250 Schulen in Kurdistan geschlossen worden. Für viele Familien ist es einfach nicht möglich, die Kinder in Schulen zu schicken. Sie haben nicht genug Geld, um die nötigen Bücher und Hefte zu bezahlen, eine Schuluniform zu kaufen oder das Fahrgeld für den oft zu langen Schulweg zu bezahlen.

Also ist die Armut das stärkste Hindernis für den Zugang zur Bildung?

Die Armut ist ein Grund, aber es gibt auch kurdische Eltern, die ihre Kinder ganz bewußt nicht zur Schule schicken. Damit protestieren sie gegen die Inhalte des Unterrichts. Der Unterricht ist nämlich ganz den Atatürk-Regeln unterworfen. Das Wichtigste ist, die türkische Sprache zu lernen. Naturwissenschaften werden viel weniger gelehrt. Alle Kinder müssen jeden Morgen die Nationalhymne singen und den Spruch aufsagen: 'Ich bin glücklich, Türke zu sein.'

Wie sieht das Erziehungswesen in den ländlichen Gebieten aus, verglichen mit Diyarbakir?

Auf dem Land gelten die gleichen Dinge, die ich schon gesagt habe, nur sind die Verhältnisse noch extremer. In manchen Gebieten existieren überhaupt keine Schulen mehr, alle Schulen sind geschlossen. Manchmal haben auch Guerillaeinheiten, Aktionen gegen das türkische Schullsystem unternommen. Die Aktionen richteten sich gegen die nationalistischen Inhalte des Unterrichts.

Wie lange besuchen die Kinder die Schule?

Die Grundschule dauert fünf Jahre. Mädchen und Jungen werden gemeinsam unterrichtet, aber die Mädchen sind in der Minderheit, weil sie am meisten von den

Umständen betroffen sind.

Welche Möglichkeiten hat ein kurdischer Lehrer, den Kindern die kurdische Kultur und Sprache zu vermitteln?

Es gibt keine Möglichkeit, es ist strengstens verboten. Der Staat führt den Krieg auf allen Ebenen, auch gegen die kurdische Kultur und Spache. Die Schulen sind von der Staatsgewalt nicht ausgenommen. Das geht so weit, daß die Polizei in den Unterricht kommt und die Kinder schlägt.

Welche Möglichkeiten bestehen für einen jungen Kurden, Lehrer zu werden?

Jeder kann sich als Lehrer ausbilden lassen. Es gibt keinen Unterschied, ob man Türke oder Kurde ist. Wichtig ist nur, ob man sich dem Staat anpaßt oder sich gegen ihn stellt. Das heißt, ein Kurde, der Lehrer werden will, muß sich erniedrigen und seine Identität leugnen. Nach dem Studium werden die Lehrer vom Staat auf ihre Stellen berufen. Menschen, die demokratisch denken, bekommen erst gar keinen Arbeitsplatz. Es hat einen Umschwung gegeben: Früher, vor dem Militärputsch von 1980 wurden demokratisch denkende Lehrer aus der Westtürkei nach Kurdistan strafversetzt. Nach dem Putsch und mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes (1984, Anm.d.Red.) ist es umgekehrt: Alle, die einen Lehrauftrag in Kurdistan haben, sind durch und durch Unterstützer des Staates.

Sie sind auch Mitglied der Lehrergewerkschaft Egit-Sen. Wie ist die Gewerkschaft entstanden?

Wir haben uns im Kriegszustand organisiert. Nach dem Beginn des Befreiungskampfes sind verschiedene Organisationen in den einzelnen Bevölkerungsschichten entstanden, eine davon sind wir. Es gibt für uns weder ein Streikrecht noch ein Tarifrecht. Wir existieren praktisch nur auf dem Papier. Wir werden weder als Gewerkschafter noch als Partner für Lohnverhandlungen akzeptiert.

Wieviele Lehrer sind in der Gewerkschaft organisiert?

Ungefähr 30 Prozent der Lehrer in Diyarbakir sind bei uns organisiert. Wir halten dies für eine hohe Zahl, denn die Staatsgewalt geht so stark gegen uns vor, daß sich viele nicht trauen, Mitglied zu werden. Im vergangenen Jahr sind 17 Lehrer von Konterguerilla-Einheiten, die zum Teil in Deutschland ausgebildet wurden, ermordet worden. Zwölf der Ermordeten waren Mitglieder unserer Gewerkschaft. Außerdem sind 15 Freunde so schwer verwundet worden, daß sie jetzt arbeitsunfähig sind. In einem Jahr sind 30 unserer Mitglieder verhaftet und gefoltert worden, davon sind zwölf heute noch im Gefängnis. In einem Jahr sind 40 unserer Mitglieder in den Westen der Türkei zwangsversetzt worden.

Welche Ziele hat die Gewerkschaft Egit-Sen?

Der türkische Staat ist nicht demokratisch, es gibt keine Regeln, alles muß erkämpft werden. Wir wollen als Beamte und Lehrer mit dem Staat über unsere Löhne verhandeln. Ich bin davon überzeugt, daß wir das in kurzer Zeit erreichen werden.

Woher nehmen Sie die Zuversicht? Wenn Sie nicht streiken können, wie kann dann Druck auf den Staat ausgeübt werden?

Wir organisieren Demonstrationen, aber nicht in Kurdistan, wo es wegen des Ausnahmezustandes nicht möglich ist, sondern in der West-Türkei. Ich möchte ein Beispiel geben für die Schwierigkeit unserer Arbeit in Kurdistan: Im vergangenen Oktober haben wir als Gewerkschaft ganz offiziell einen Termin mit der Wissenschafts- und Erziehungsbehörde in Diyarbakir gemacht. Dann war auf einmal sehr viel Polizei anwesend und bevor es zu dem vereinbarten Treffen kommen konnte, ist die Polizei auf uns losgegangen, hat uns geschlagen und beschimpft und 15 Leute für drei Tage festgehalten.

Was versprechen Sie sich von Ihrer Reise nach Deutschland?

Das Ziel ist, die Schwierigkeiten, die wir mit den türkischen Behörden haben, in Deutschland und in den Niederlanden bekannt zu machen. Wir wollen auch über den einseitigen Waffenstillstand von der kurdischen Seite berichten. Wir treffen uns mit Vertretern der IG Metall, der GEW und anderen Organisationen, um Erfahrungen auszutauschen. Wir wollen uns über das Erziehungswesen in Europa informieren, um eine Alternative zum Erziehungsprogramm des türkischen Staates zu entwickeln.

Wie könnte eine solche Alternative aussehen?

Ein neues Schulsystem ist notwendig, weil das jetzige total veraltet ist. Es wurde in der Verfassung von 1980 festgelegt, die die einschlägigen Paragraphen unverändert aus der Verfassung der 60er Jahre übernahm. Notwendig ist eine Veränderung in Richtung Demokratie. Aber der Staat versucht, alle Ansätze in Richtung Selbstentwicklung zu zerstören. Sogar die vom Staat selbst errichteten Schulen sind zerstört worden, weil klar wurde, daß die Assimilationspolitik gegenüber den Kurden nicht mehr funktioniert. Das Fach Philosophie zum Beispiel ist ganz abgeschafft worden.

Eine letzte Frage: Wie kann Euch in Kurdistan von Europa aus geholfen werden?

Das kurdische Volk ist einem Vernichtungskrieg ausgesetzt, der auf allen Ebenen geführt wird und von dem alle Bevölkerungsschichten betroffen sind. Dieser Krieg wird mit europäischem Geld und europäischen Waffen geführt. Der türkische Staat finanziert den Krieg mit den Einnahmen aus dem Tourismus. Ich fordere die Öffentlichkeit auf, nicht zuzuschauen, sondern sich gegen diesen Krieg zu stellen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Jetzt kann ich auch laufen

Herausgegeben und verlegt von
HEVKOM
Verein für die Solidarität zwischen den Familien der Gefallenen und Gefangenen
Von-Gall-Str. 2
44807 Bochum

Vertrieb
Agri Verlag
Vogelsanger Str. 286
50825 Köln

Interview mit Abdullah Kaya (SHP), Bürgermeister von Kozluk/Batman

Welche Bedeutung hat die Föderative Republik Kurdistan (Südkurdistan) für die Bevölkerung in Nordwest-Kurdistan?

Abdullah Kaya: Durch den Vertrag von Lausanne nach dem ersten Weltkrieg hat sich die Geographie des Nahen Osten zum Nachteil der Kurden verändert. Die Grenzziehungen haben das Land der Kurden viergeteilt. Die Besatzermächte haben im Laufe der Jahrzehnte diese Grenzziehung durch Verminung, doppelte Drahtzäune und Beleuchtungseinrichtungen für die Menschen völlig undurchlässig gemacht. Mit dieser Grenzziehung sollte der familiäre Zusammenhalt beeinträchtigt werden, der traditionell sehr groß ist. Auf die Teilung des kurdischen Landes folgte eine Teilung der Familien und des Volkes. Da das kurdische Volk von mehreren feindlichen Kräften umzingelt ist, wächst natürlich die Bedeutung eines befreiten Teils für diejenigen, die auch für ihre Befreiung kämpfen und dafür sterben. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Kurden aus dem Süden wirklich ihre Unterstützung den in den anderen Teilen Kurdistans kämpfenden Kurden geben werden. In zwei wichtigen Bereichen spielt die veränderte Lage in Südkurdistan für die anderen Kurden eine Rolle: Durch die solidarischen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nordwest-und Südkurdistan kann sich zum einen eine stabile Zusammenarbeit entwickeln, die eine gegenseitige Bekämpfung in Zukunft unmöglich macht. Zum anderen wird der kulturellen Entfaltung in der neu gegründeten Föderativen Republik Kurdistans eine besondere Bedeutung beigemessen, die ihre Wirkung auf die anderen Teile haben kann.

Kann die Kurdistan-Front Südkurdistans Vorbild für die Kurden in der Türkei sein?

Abdullah Kaya: Ich denke, daß die Kurdistan-Front für uns kein Vorbild sein kann, weil wir in Nordwest-Kurdistan nicht nur nach nationaler Befreiung streben, sondern auch die sozialen Strukturen in unserem Land ändern wollen, damit ein auf Gerechtigkeit basierendes Gesellschaftssystem aufgebaut werden kann.

Welche Veränderungen hat der einseitig verkündete Waffenstillstand der PKK für Ihre Region?

Abdullah Kaya: Der Waffenstillstand wurde vom Volk auf jeden Fall sehr begrüßt, aber die Verhältnisse haben sich nicht verbessert. Der neunjährige Kriegszustand ist eine schwere Belastung für das Volk. Ich hätte gerne etwas Positives berichtet, aber im Gegenteil, es wird schlimmer, weil das Militär die Dörfer trotzdem angreift. Das Gleichgewicht zwischen Militär und Guerilla ist durch den Waffenstillstand verloren gegangen. Vorher hatte die Dorfbevölkerung Vertrauen in die Guerilla. Jetzt rächt sich die Türkei an der Bevölkerung der ländlichen Gegenden, weil sie die Guerilla immer unterstützt hat. Seit etwa drei Jahren hatten die Menschen auf dem Land mehr Berührung mit der Guerilla als mit dem Militär. Bis zum Waffenstillstand war nachts kein Militär auf den Straßen zwischen Kozluk und Diyarbakir zu sehen. Auf dieser 150 Kilometer langen Strecke sind heute mindestens fünf Straßenkontrollen, bei denen alles durchsucht wird, auch nachts. Das hätten sie sich früher nicht getraut. Aber die Guerilla ist besonders verpflichtet, ihr Wort vom Waffenstillstand zu halten, auch wenn das für uns Nachteile bringt. Im Ausland hat sich das Ansehen der Kurden durch den Waffenstillstand sehr verbessert. Wir werden nicht mehr so schnell als Terroristen bezeichnet.

Sie sind als Bürgermeister auch Teil der türkischen Verwaltung. Wie ist Ihr Verhältnis zu dieser Verwaltung?

Abdullah Kaya: Ich habe nichts mit der PKK zu tun, aber ich stehe trotzdem in Opposition zur türkischen Regierung. Als der Ministerpräsident Demirel kürzlich in Batman war, sagte ich zu ihm: Wenn es keine Bereitschaft für eine politische Lösung gibt, wird es niemals Frieden in diesem Gebiet geben.

Aber die türkischen Behörden sind Ihnen doch vorgesetzt?

Abdullah Kaya: Was ich zur Zeit mache, ist alles verboten. Sie dürfen nicht denken, daß das, was ich hier mache, in der Türkei möglich wäre. Aber das Faß ist übergelaufen, irgendjemand muß von den Zuständen bei uns berichten. Deshalb sind wir hier.

Welche Möglichkeiten haben Sie, sich für die Bewohner Ihrer Stadt einzusetzen?

Abdullah Kaya: In der letzten Zeit sind in unserer Region zahlreiche Bürgermeister festgenommen oder abgesetzt worden. Unter dem Ausnahmezustand kann ein Bürgermeister jederzeit entlassen werden. Ich bin ein Bürgermeister des Volkes, mein Volk steht hinter mir, das gibt mir Schutz.

Wie sind Sie Bürgermeister geworden?

Abdullah Kaya: Vor meiner Amtszeit hat 15 Jahre lang ein Bürgermeister Kozluk regiert, der völlig despotisch war und klar auf der Seite des türkischen Staates stand. Alle fünf Jahre wird gewählt. Als ich als Kandidat aufgestellt wurde, habe ich mit 1500 Stimmen Vorsprung gewonnen, wobei etwa 5000 Bürger stimmberechtigt waren. Ich habe in Ankara Politik studiert und während meines Studiums im Innenministerium gearbeitet. Außerdem war ich Vertreter des Studentenverbands von Siirt in Ankara und bei DISK, dem Dachverband der türkischen Gewerkschaften, tätig. Wenn ich heil nach Kozluk zurückkomme, werde ich mich als Parlamentsabgeordneter zur Verfügung stellen, um die Interessen meiner Wähler noch besser zu vertreten.

Wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen alles Gute!

Erklärung der Delegation von Gewerkschaftern, Journalisten, Ärzten und Rechtsanwälten nach Kurdistan

Auf Einladung der türkischen Erdölarbeitergewerkschaft Petrol-Is in der Provinz Batman haben wir vom 22.-28.05.1993 Kurdistan besucht. Wir sind von unseren Gewerkschaften und von verschiedenen Institutionen beauftragt worden, uns über die wirtschaftliche und politische Situation in Kurdistan zu informieren, mit der Bevölkerung über ihre Lage zu sprechen und in der BRD darüber zu berichten. Trotz des einseitigen Waffenstillstandes durch die PKK bombardiert der türkische Staat weiter Dörfer, Menschen werden vertrieben und ermordet, gewerkschaftliche und politische Rechte dem Ausnahmezustand unterworfen und damit abgeschafft. Nach Berichten des Menschenrechtsvereins in der Türkei, IHD, wurden innerhalb von zwei Monaten 105 Menschen ermordet, davon 70 Guerilleros,. 44 Dörfer wurden zerstört, weil es deren Bewohner abgelehnt haben, Dorfschützer zu stellen, d.h. bewaffnete Einheiten von Dorfbewohnern, die Operationen der türkischen Armee unterstützen sollen. Häuser wurden verbrannt, die Einwohner vertrieben und Ernte und Vieh vernichtet. Die Existenz des kurdischen Volkes wird geleugnet. Das Leben der kurdischen Kultur und Sprechen der kurdischen Sprache kann immer noch ein Grund für Verhaftungen und Folter sein.

Der türkische Staat hat versucht zu verhindern, daß wir über die Situation in Kurdistan aus eigener Anschauung berichten können. Dennoch konnten wir feststellen, daß die Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung und deren Organisationen weitergehen. Zwei kurdische Freunde, die die Gewerkschaftsdelegation aus Hamburg im letzten Jahr begleitet haben, wurden zwischenzeitlich durch die Konter-Guerilla ermordet. Die Mörder wurden nicht gefunden und daher nicht bestraft. Während unseres Aufenthaltes drang die Polizei in das Gewerkschaftshaus von Petrol-Is ein, bedrohte unsere kurdischen Kollegen und Freunde und untersagte Filmaufnahmen und Interviews. Der Militärgouverneur in Batman trägt die Verantwortung für diesen Polizeieinsatz und erklärte, daß dies nicht gegen demokratische Rechte verstoßen würde. Wir schließen daraus, daß der Gouverneur Demokratie und Diktatur nicht unterscheiden kann. Während unseres Besuches in der Region wurden wir am Dienstag, den 25.5., dreizehnmal von Militär und Polizei aufgehalten und schließlich vom Militär fünf Stunden festgesetzt. Ein Fernsehteam von Radio Bremen, das mit unserer Delegation in Batman war, wurde am selben Tag an Filmaufnahmen gehindert und bedroht. Am Mittwoch, den 26.5., wurden der Delegation sämtliche Foto- und Filmaufnahmen sowie der Kontakt mit der Bevölkerung verboten. Am Donnerstag, den 27.5., erfuhren wir aus Gesprächen mit Anwälten und durch Beobachtungen in Diyarbakir, daß unter Folter erpreßte Geständnisse die Grundlage für Todesurteile auch gegen Jugendliche und Heranwachsende bilden können. Dies alles ist nur ein geringfügiger Eindruck von dem, was für die kurdische Bevölkerung Alltag ist.

Wir konnten auf unserer Delegationsreise auch sehen, daß das türkische Militär, die Spezialeinheiten und die Polizei zum großen Teil mit deutschen Waffen ausgerüstet sind. Wir haben gesehen, daß deutschen Waffen auf das kurdische Volk gerichtet sind und werden alles tun, um diese Beihilfe zum Völkermord zu beenden. Die BRD ist der wichtigste Waffenlieferant, und steht damit Seite an Seite mit dem türkischen Staat. Wir stehen auf der Seite der kurdischen Menschen und Organisationen, die für ihre Freiheit kämpfen.

Was wir auf unserer Reise sahen, war die ständige Präsens deutscher Waffen jeden Kalibers. Die türkische Armee, die Polizei, die paramilitärischen Verbände, die Dorfschützer usw. Alle tragen sie deutsche G3 von Heckler und Koch im Arm. An fast jeder Straßensperre stehen häufig Schützenpanzerwagen, die aus DDR-Volksarmee-Beständen gelieferten achträdigen BTR-60. Auch deutsche Leopard 1-Panzer werden in Kurdistan an Straßensperren eingesetzt, um Menschen zu bedrohen, zu kontrollieren.

Und wir sahen während unserer Reise den Transport großer Truppenkontingente und militärischen Materials tiefer in die türkisch besetzten Teile Kurdistans hineinfahren. Zum Transport dienten LKW's und Jeeps der deutschen Firmen MAN und Mercedes. Gesehen haben wir auch den Transport einer großen Anzahl Leopard 1 auf Mercedestransportern auf der Straße von Diyarbakir nach Batman. Auch wir wurden in unserem Bus immer wieder mit diesen Waffen bedroht.

Waffenlieferungen der BRD an die türkische Republik sind nichts Neues. Sie ist seit 1964 Hauptlieferant. Das läuft im Rahmen des NATO-Bündnisses: Zwischen 1964 und 1981 allein ca. 10 Milliarden DM an Kriegsgerät, seit 1981 mehr als 15 Milliarden, davon im halben Jahr zwischen September 1991 bis März 1992 im Werte von 800 Mio. DM. All diese Waffen sind offiziell dazu bestimmt, die Türkei zu untersützen ihre Verteidigungs-Aufgaben innerhalb der NATO zu erfüllen. Keine dieser Waffen darf gegen das eigene Volk eingesetzt werden. Zu dieser materiellen Hilfe der BRD kommen noch Ausbildungsprogramme für türkische Militärs an Bundeswehreinrichtungen, Ausbildungen türkischer Polizisten durch deutsche Polizei. Die türkische Kontra-Guerilla, Todesschwadronen, von der Bevölkerung Rambos genannt, wurden und werden von der GSG 9 ausgebildet. All diese Waffen und sonstigen Unterstützungsmaßnahmen werden von türksicher Armee und Polizei direkt gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung eingesetzt und richten vor allem unter der Zivilbevölkerung immer wieder Massaker an.

Am 18.8.1992 behauptete der türkische Staat kurdische Guerillaeinheiten hätten die kurdische Stadt Sirnak angegriffen. Die türkische Republik griff aufgrund dieser Behauptung die Stadt aus der Luft durch Bombardierungen und durch Bodentruppen an. Beteiligt auch die bekannten achträdrigen Schützenpanzer aus DDR-NVA-Beständen. Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Menschen in ihren Wohnungen und auf der Straße bestialisch ermordet. Bilanz dieser Aktion der türkischen Armee vermutete 300 ermordete Menschen und doppelt soviele Verletzte. Die Folgen dieses Angriffes konnten auch

wir im Mai 93 noch sehen. Viele geflickte Häuser, völlig zerstörte Gebäude und vor allem kaum ein Haus ohne Einschüsse.

Dieses Massaker an der kurdischen Bevölkerung Sirnaks ging letztes Jahr breit durch die Weltpresse. Hier in der BRD kam es zu breiten Protesten gegen die Türkei. Es kam danach zu dem bekannten dreimonatigen Waffenlieferungsstop an die Türkei. Allerdings stellte sich nach der Wiederaufhebung des Waffenembargos doch schnell die Frage, was für ein Manöver die deutsche Regierung da fuhr. Humanitäre Gründe dürften kaum den Ausschlag gegeben haben. Denn es ist bis heute nicht bekannt, welche Bedingungen für die Aufhebung des Embargos gestellt wurden. Wenn zwischen dem deutschen Außenminister Kinkel und seinem türkischem Kollegen nicht neue andere Vereinbarungen getroffen wurden, dann verstößt die Türkei weiterhin ganz offen gegen die Verträge, daß die deutschen Waffen nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden dürfen.

Kurz vor unserer Delegation besuchte Bundeskanzler Kohl die Türkei. In seinen Gesprächen mit türkischen Regierungsmitgliedern sagte er weitere militärische, polizeiliche und wirtschaftliche Hilfe zu. Er konnte in der Türkei keine Verstöße gegen Menschenrechte feststellen. In der Zeit des einseitigen Waffenstillstandes der PKK wurden nach Berichten des Menschenrechtsvereins der Türkei 105 Menschen ermordet, über 40 kurdische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, die Menschen zwangsweise umgesiedelt. Ein Beispiel wie auch deutsche Waffen eingesetzt werden ist uns berichtet worden von einem kurdischen Freund, der sich in Lebensgefahr begab, als er mit uns sprach. Er erzählte uns, daß kurz bevor wir dort waren in der Nähe von Kozluk an einem Teich spielende Kinder von türkischen Militärs beschossen wurden. Ein 9jähriges Mädchen konnte nicht schnell genug flüchten und wurde tödlich getroffen. Das zu dem was die türkische Armee meint, wenn sie sagt, daß kurdische Eltern ihre Kinder denunzieren sollen, wenn die Kinder PKK Sympathien haben, nur durch die Obhut der türkischen Armee sei das Leben der Kinder gewährleistet, so war es vor ein paar Tagen in der deutschen Presse zu lesen.

Das ist die Realität in Kurdistan. Mord und Vertreibung jeden Tag. Die BRD ist seit langem an diesem schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk beteiligt. Dei BRD ist Kriegspartei auf der Seite der Türkei. Unsere kurdischen Freunde in Batman betonten immer wirder, daß sie gegen das deutsche Volk keine schlechten Gefühle hätten, wenn deutsche Waffen und Gerät gegen das kurdische Volk eingesetzt werden. Sie sind für freundschaftliche Beziehungen zwischen dem kurdischen und dem deutschen Volk. Gerade zu Gewerkschaften aus Hamburg ist ein freundschaftliches Verhältnis gewachsen durch die gegenseitigen Besuche. In Hamburg gebaut werden aber auch z.B. Türme und Wannen für den Leopard 2 bei Blohm und Voss, vom Leopard 2 sind 99 Stück and die Türkei geliefert worden. Auch Teile für Dornier-Hubschrauber werden in Finkenwerder gebaut. Und Hamburg ist auch die Stadt über deren Hafen ganz wesentliche Teile der Waffenlieferungen an die Türkei durchgeführt werden. Seit über 12 Jahren werden ausgemusterte Bundeswehrfahrzeuge und anderes dort nicht mehr benötigtes Material in Hamburg mitgeschifft und in die Türkei verbracht. Sehr wahrscheinlich ist auch die Verladung von Waffen und Munition in Hamburg. Daran beteiligt sind Speditionen, Lagerhäuser usw. In all diesen Firmen sind es unsere Kollegen die diese Arbeiten verrichten, sicher nicht im Bewußtsein, sich indirekt am Krieg gegen das kurdische Volk zu beteiligen. Es gibt in Hamburg auch Gruppen von Menschen, die seit langer Zeit versuchen aufzuklären, was da alles über den Hafen verschifft wird und die auch versucht haben praktische Arbeit zu leisten, die Transporte zu blockieren. Das ist teilweise gelungen. Erinnern wir uns an Bilder in der Hamburger Presse von mit Parolen besprühten und teilweise unbrauchbar gemachten LKW's auf dem Grevenhof-Kai. Das ist ein Beispiel, sicher nicht für alle machbar. Es zeigt aber doch, daß wir alle auch praktisch eingreifen können auf unterschiedlichen Ebenen. Durch das Aufklären von Kollegen. Durch Arbeit in den Gewerkschaftlichen Gremien zum Thema Waffenlieferungen an die Türkei und überhaupt. Aber auch durch Unterschriftensammlungen und Resolutionen und eben durch Versuche diese Lieferungen zu verhindern. Auch sollten wir zu den Politikern, Unternehmen und Militär- und Polizeieinrichtungen gehen, um dort den politsichen Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen. Wir müssen alles in unseren Kräften und Möglichkeiten stehende tun, um die deutsche Beteiligeung am Völkermord in Kurdistan allen Menschen hier sichtbar zu machen und dabei zu helfen, daß es nicht immer so weiterläuft. Jede Patrone, die nicht in Kurdistan ankommt, verkürzt den Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk.

Die Türkei setzt weiterhin deutsche Waffen gegen Kurden ein

Journalisten fordern Bonn zum Eingreifen auf

Die Bundesregierung soll offizielle Beobachter in die kurdischen Krisengebiete der Türkei entsenden, um sicherzustellen, daß deutsches Kriegsmaterial dort nicht länger gegen die Bevölkerug eingesetzt wird. Diese Forderung erhob die Deutsche Journalisten-Union (dju) Hamburg in einem Brief an Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP). Im Auftrag der dju hatten während der vergangenen Woche die Journalistinnen Marily Stroux und Birgit Müller-Classen sowie die Journalisten Ralf Holzer und Jürgen Bischoff die kurdischen Provinzen bereist, um sich über die Menschenrechtssituation in dem Gebiet zu informieren.

Die Türkei hat sich vertraglich verpflichtet, aus Deutschland gelieferte Waffen ausschließlich im Rahmen des NATO-Auftrages zu verwenden. In dem Schreiben der Journalistengewerkschaft an Kinkel heißt es hingegen, in Westdeutschland und in der ehemaligen DDR hergestelltes Kriegsmaterial komme nach Beobachtungen der vier Journalisten sogar in verstärktem Maße bei militärischen Operationen und Strafaktionen gegen die Zivilbevölkerung sowie im Kampf gegen angebliche oder tatsächliche Stützpunkte der PKK-Guerilla zum Einsatz. Die Türkei, so die dju Hamburg, sei offenbar nicht gewillt, die mit der Bundesregierung und den zuständigen Ressorts getroffenen Abkommen und Übereinkünfte einzuhalten.

In dem Brief werden dafür eine Reihe von Belegen aufgeführt. So seien in den Städten Midyat und Nusaybin, nahe der syrischen Grenze Panzer der ehemaligen NVA bei Straßenkontrollen und Patrouillen eingesetzt gewesen. In der Stadt Sirnak, die 1992 bei einem Angriff des Militärs teilweise verwüstet wurde, standen während des Besuches der dju-Delegation in der Nähe des Stadtzentrums zwei ehemalige NVA-Panzer, die ihre Geschützrohre auf die tieferliegenden Stadtteile gerichtet hielten. Ausgemusterte Leopard 1-Panzer der Bundeswehr waren an mehreren Straßenkontrollen im ländlichen Raum beteiligt, schreibt die dju.

Nach Auskunft des türkischen Menschenrechtsvereins, IHD in Diyarbakir seien in den zurückliegenden Wochen, während derer die PKK-Guerilla einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatte, NVA- und Leopard-Panzer auch bei den vom Militär und paramilitärischen Jandarma-Einheiten durchgeführten Dorfzerstörungen zum Einsatz gekommen. Insgesamt, so heißt es in dem Brief, seien in dieser Zeit in den kurdischen Provinzen 44 Dörfer, deren Bewohner sich ihrer Rekrutierung als sogenannte Dorfschützer widersetzt hatten, zerstört und die überlebenden Dorfbewohner zwangsweise in eigens errichtete Wehrdörfer oder in die Ballungszentren umgesiedelt worden. Dabei seien mindestens 105 Menschen getötet worden, von denen 35 nach IHD-Angaben nachweislich nicht der Guerilla angehörten.

Ferner schreibt die dju in dem Brief an Kinkel, die Beobachter hätten mit tiefer Besorgnis registriert, daß die türkische Regierung derzeit eine großangelegte Militäroffensive in den kurdischen Provinzen vorbereitet. So wurden Ende vergangener Woche große Truppenkontingente und militärisches Material in die südöstlichen Landesteile verlegt. Zum Transport dienten Militär-LKWs und Jeeps der Firmen MAN und Mercedes. Außerdem sei ein Transport von deutschen Leopard 1 beobachtet worden, der von Diyarbakir aus in Richtung Südosten rollte.

Da es sich, so die dju Hamburg, bei diesen Beobachtungen nur um einen kleinen Ausschnitt des wirklichen Ausmaßes handelt, in dem deutsche Waffen derzeit gegen kurdische Zivilisten und Aufständische zum Einsatz kommen, fordere sie Außenminister Kinkel auf, sich für einen Stopp aller weiteren Waffenlieferungen an die Türkei einzusetzen. Ferner solle die Bundesregierung - neben der Entsendung von Beobachtern - bei der Regierung in Ankara auf die Einhaltung der mit der Bundesrepublik geschlossenen Abkommen drängen.



Ernesto Cardenal, Priester, Poet und ehemaliger Kulturminister Nicaraguas:

"Meine Botschaft an das kurdische Volk ist meine Sympathie, Bewunderung und Solidarität mit diesem Volk, das so mutig ist. Die Menschlichkeit erfordert, daß durch Verhandlungen ein Ausweg aus dem Problem gefunden wird."

Die Zeitung Özgür Gündem führte mit dem 68-jährigen, Ernesto Cardenal, der Mitbegründer der Theologie der Befreiung ein Interview. Mit schlohweißen Haaren und Bart strahlt er Gelassenheit, Ruhe und Lebenserfahrung aus. Gemeinsam mit der Musikgruppe Sal veranstaltete Ernesto Cardenal eine Konzert-Lesung mit dem Titel "Die Hoffnung bleibt". Die Veranstaltung fand in der Nürnberger Sebalduskirche statt, die von den reichen Patrizierfamilien mit den Geldern, die sie aus dem Kolonialhandel eingeheimst hatten, gebaut worden war. Konzert und Lesung sollten dem vorwiegend deutschen Publikum die Sehnsucht, das Leid und die Hoffnungen der lateinamerikanischen Völker vermitteln.

Die Mitglieder von Grupo Sal kommen aus Argentinien, Chile und der BRD. Sie spielen revolutionäre Lieder Lateinamerikas voller Sehnsucht. Roberto Deimel, Musiker, Sänger und Sprecher der Gruppe verabschiedete sich vom Publikum mit den Worten: "Wir könnten viel von diesen Menschen lernen, wenn wir nur wollten. Wir könnten von ihrem Mut, ihrer Hoffnung, die sie trotz aller - für uns kaum vorstellbaren - Armut und Unterdrückung haben, lernen, wir könnten ihnen helfen. Die Musik, die wir heute gespielt haben, ist ein Teil ihres Reichtums. Ihnen, diesen Menschen gehört diese Musik und wir wollten euch mit den Texten und der Musik einen Funken dieses Reichtums schenken. Wir hoffen, daß er sich in euren Herzen eingräbt. Vielleicht leuchtet er weiter, wenn Ihr weg seid, vielleicht verschenkt ihr ihn - einen Funken des Reichtums Lateinamerikas."

Einer der beeindruckendsten Teile der Lesung Ernesto Cardenals war die "Parabel von den Papageien", nicht zuletzt deshalb, weil sie nicht nur für Nicaragua und die Zeit, in der er sie geschrieben hat, Gültigkeit hat, sondern zum Beispiel auch auf Kurdistan übertragbar ist. Wir wollen diese Parabel hier wiedergeben:

"Die Papageien" von Ernesto Cardenal

Mein Freund Miguel ist der Militärbeauftragte von Somoto, an der Grenze zu Honduras. Und er erzählte mir, daß er eine Schmuggelladung von Papageien entdeckte, die in die USA ausgeführt werden sollten, damit sie dort englisch sprechen lernten. Es waren 186 Papageienweibchen, 47 davon fand man schon tot in ihrem Käfig. Er schickte sie dahin zurück, wo man sie hergeholt hatte. Und als der LKW an den Ort kam, den man die Ebenen nennt, in der Nähe der Berge, aus denen die Papageien stammten - die Berge sahen groß aus hinter diesen Ebenen - begannen die Papageien unruhig zu werden, mit den Flügeln zu schlagen und sich gegen die Stangen ihrer Käfige zu drängen. Und als ihre Käfige geöffnet wurden, flogen alle wie Pfeile in die gleiche Richtung hinauf zu ihren Bergen. Das gleiche tat die Revolution mit uns. Sie holte uns aus den Käfigen, in die man uns gesteckt hatte, um englisch sprechen zu lernen. Sie gab uns die Heimat zurück, aus der man uns geholt hatte. Die Companeros (d.h. sandinistische Guerilleros bzw. Soldaten der sandinistischen Volksarmee), grün wie Papageien, gaben den Papageien ihre grünen Berge. Aber 47 waren schon tot.

Wie auch in der Parabel schon gesagt wird, kann der Kampf um Befreiung nicht geführt werden, ohne daß Menschen dazu bereit sind, auch ihr Leben zu geben. Auch Nicaraguas' Befreiung wurde in den 80er Jahren von der Konterguerilla, die vom Yankee-Imperialismus finanziert und gesteuert wurde, bekämpft. Genau, wie heute der türkische Staat versucht, die kurdische Revolution mit Hilfe der Konterguerilla aufzuhalten. Konterguerilla und die Konzepte der CIA, die vom Amt für Spezialkrieg (türkische Gladio) umgesetzt werden, richten sich gegen die Befreiung des kurdischen Volkes.

In einem Gedicht über den gefallenen sandinistischen Kämpfer Laurel setzt sich Ernesto Cardenal mit der Einstellung der Companeros zum Kampf und Tod auseinander:

..... Mein Sohn, mein Bruder Laureano,
Du warst unbelehrbar
Wie jeder Sohn zu seinem Vater
Und weil ich ja nicht dein richtiger Vater war
Warst Du vor allem mein Bruder
Aber vor allem warst Du ein Companero
Dieses Wort gefällt Dir besser, nicht wahr,
Das Wort, das Du am meisten liebtest,
Nach dem Wort 'Revolution'. ...
Companero Commandante Laureano,
Offizier der Grenztruppen,
Gemeinsam mit Dir sage ich,
Daß uns der Tod scheißegal ist,
Ich wollte dieses Gedicht nicht schreiben,
Aber Du willst mir sagen,
In der Dir eigenen poetischen Sprache, ...
Daß mich diese Hurensöhne von
Konterrevolutionären umgebracht haben,
Aber daß es mir scheißegal ist. ...
Laureano Galena,
Du bist unter uns
Schon ist es Nacht über dem Meer
Ich kann an nichts anderes denken
Ich möchte so sterben wie Du, Laureano
Und von dort aus, was wir Himmel
nennen, bestellen lassen
Ihr verdammten Brüder in Solentiname
Der Tod war mir scheißegal."

Interview



Frage: **Sie waren ab 1977 Sprecher der revolutionären Bewegung FSLN. Was waren die Motive eines Priesters und Poeten, sich der Revolution anzuschließen?**

Ernesto Cardenal: Das war ein langsamer Prozeß. Ein großer Teil des Volkes von Nicaragua, die Mehrheit des Volkes von Nicaragua verkörperte sich nach und nach in der sandinistischen Revolution. Genauso war es bei mir. Wir waren uns genau darüber bewußt, daß es die einzige Möglichkeit war, die das Volk von Nicaragua hatte.

Frage: **Sie wurden Kultusminister des revolutionären Nicaragua. Welche Rolle spielt die Kultur in der Befreiung eines unterdrückten Volkes in Lateinamerika?**

Ernesto Cardenal: Es ist eine Realität, daß Revolution Kultur ist und daß die Kultur Revolution ist. Es gibt keinen Unterschied zwischen Revolution und Kultur. Eine Revolution, die sich nicht auch in der Kultur vollzieht, ist keine wirkliche Revolution. Kultur bedeutet Musik, Theater, Tanz, Poesie, Tradition, Folkore, die Geschichte eines jeden Volkes und auch seine vorhandenen ethnischen Besonderheiten. All das ist es auch, was die Revolution vorantreibt, wenn es eine wirkliche Revolution ist. So war es auch in Nicaragua, mit all dem kam die Revolution voran, mit großen kulturellenFortschritten.

Frage: **Haben Sie sich nach der Wahlniederlage der Sandinisten aus dem politischen Leben zurückgezogen?**

Ernesto Cardenal: Ich war nie Politiker, sondern Revolutionär. Ich war in einer revolutionären Regierung. In einer anderen Regierung will ich nicht sein.

Frage: **Welche Errungenschaften der sandinistischen Revolution konnten bis heute trotz der Absetzung der sandinistischen Regierung verteidigt werden?**

Ernesto Cardenal: Es konnten nicht alle Errungenschaften bewahrt werden. Eine der wichtigsten war die kostenlose Bildung für alle und die Alphabetisierung des ganzen Landes, eine weitere das kostenlose Gesundheitssystem für alle. Jetzt ist die Bildung nicht mehr kostenlos, Alphabetisierung wird nicht mehr durchgeführt und der Analphabetismus nimmt wieder zu. Das Volk kann nicht mehr kostenlos seine Gesundheit erhalten, es bekommt keine Medizin mehr, nur noch, wenn es sie bezahlen kann. Es gibt Errungenschaften, die die neue Regierung nicht so leicht zurücknehmen kann, wie zum Beispiel die Agrarreform. Das Volk läßt in den meisten Fällen nicht zu, daß sein Land verkauft wird. Auch die neue Regierung mußte die Agrarreform fortführen, mußte Land an ehemalige Contras und an diejenigen, die aus der Sandinistischen Volksarmee ausgeschieden waren, geben. Ich glaube daß das wichtigste jedoch das durch die Revolution erreichte Bewußtsein des Volkes ist. Das Volk Nicaraguas hatte sich für die Revolution entschieden und dieses Bewußtsein nicht verloren. Es gibt vielleicht einige Rückschläge aufgrund der Wahlniederlage, aber nur begrenzte.

Frage: **Wie schätzen Sie heute unter der imperialistischen neuen Weltordnung die Chancen der Völker Lateinamerikas für ihre Befreiung ein? Was bedeuten die Veränderungen für die Befreiungskämpfe Lateinamerikas?**

Ernesto Cardenal: Ich kann diese Frage nicht beantworten, denn ich weiß nicht, was derzeit die Lösung für Lateinamerika sein kann. Die restlichen Länder sind arm, die ganze Dritte Welt. Ich weiß nur, daß es einen Aufbruch geben muß. Aber ich persönlich kann keine Lösung formulieren. Ich glaube wir befinden uns heute in einer Lage, die sich Neoliberalismus nennt, in der die Völker geopfert werden. Die Völker müssen ihre Freiheit erkämpfen. Die Unterdrücker, die reichen Länder, die Länder, die diese Völker ausbeuten, die entwickelten Länder des Nordens, werden wahrscheinlich auch Veränderungen erfahren, werden ihre Krisen und ihre Revolutionen erleben.

Frage: **Was denken Sie über den Krieg in Kurdistan und über den einseitigen Waffenstillstand und das Angebot der PKK für eine friedliche politische Verhandlungslösung? Unterstützen Sie die Forderung nach einer politischen Lösung auf dem Weg von Verhandlungen zwischen der PKK und dem türkischen Staat? Sind Sie der Meinung, daß der türkische Staat seinen Krieg gegen das kurdische Volk einstellen und mit der PKK verhandeln muß?**

Ernesto Cardenal: Meine Botschaft an das kurdische Volk ist meine Sympathie, Bewunderung und Solidarität mit dieses Volk, das so heldenhaft ist. Ich fühle mich verbunden mit allen Völkern, die verfolgt oder unterdrückt sind und für ihre Befreiung kämpfen. Ich bin solidarisch mit allen Völker der Welt, die noch nicht ihre Befreiung erreicht haben und für sie kämpfen. Ich glaube, daß es heute die Menschlichkeit erfordert einen Verhandlungsweg aus dieses Problem zu finden. Nicht Krieg kann die Lösung sein, sondern der Frieden und eine friedliche Lösung. Weil wir alle Brüder sind, brauchen wir einen Planeten des gemeinschaftlichen Bewußtseins und Gewissens.

Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg.

Niemand außer uns, wird für uns kämpfen...

Vom Überlebenskampf der landwirtschaftlichen SaisonarbeiterInnen in Kurdistan und in der Türkei

Wir sind nicht allein

(...)
Giftige blinde Schlangen
Und Malaria
Vierundzwanzig Stunden täglich Menschenjagd
Reisfelder in Karacadag.
Wie die Träne eines Mädchens
Am Fußgelenk ein Perlenkettchen
An der linken Schulter ein Amulett,
Am Fuß der Berge ein vergessenes, verfrorenes Mädchen
eines winzigen Stammes
Wird sein Reis Körnchen für Körnchen kristallklar
Lastwagen, Maultierkaravanen
Gehen zum Tisch der Herren ...
Mein Cukurova,
Der Stoff aus dem unsere Windel, unser Totenhemd ist.
Dunkles Blut, helles Gesicht.
Unter der Hitze entzünden sich die Feuersteine der Geduld,
Das Herz des Wanderarbeiters bricht nicht.
Wenn er wünscht, ist die Baumwolle
Heller als die Wolken und weicher als Schaum.
Die jugendlichen Vagabunden raufen gern,
In den berühmten Gefängnissen meines Anatoliens
Sind am meisten die Leute aus Cukurova im Gefängnis.
So wie man einem Freund seine Wunde zeigt,
So wie eine Trauerweide Wasser gibt,
So von innen.
So tief, Lieder zu singen, zu fluchen,
Ist den Helden von Cukurova vorbehalten...

Ahmed Arif

Unter der brennenden Sonne der Baumwollfelder von Suruc, Harran und Akcakale in Urfa führen Sommer für Sommer tausende der SaisonarbeiterInnen bei der Ernte einen harten Überlebenskampf. Weil sie kein eigenes Ackerland haben, strömen Jahr für Jahr Massen von Landarbeiterfamilien zu diesen Arbeitsplätzen. Sie schuften dort ohne soziale Absicherung, ohne Gesundheitsversorgung und ohne ausreichende Ernährung. Unter den schlimmsten Bedingungen arbeiten sie 12 Stunden am Tag. Die zwischen zwei und sechs Jahre alten Kinder spielen den ganzen Tag allein an den Rändern der Wasserkanäle, während ihre Eltern Baumwolle pflücken. Ihre Geschwister, die über sieben Jahre alt sind, helfen schon beim Pflücken. Die Arbeit ist nicht nur wegen der Hitze, sondern auch wegen der ständigen gebückten Haltung und den Schwärmen von Stechmücken äußerst gesundheitsschädlich. Der Lohn dafür reicht kaum zum Sattwerden. 1991 wurde den Pflückern und Pflückerinnen pro Kilo Baumwolle 600 TL (0,12 DM) bezahlt. Der vom Staat festgesetzte Preis pro Kilo Baumwolle lag bei 3.600 TL (0,72 DM). Da der Staat selber aber keine Baumwolle aufkaufte, mußte die Baumwolle an Spekulanten zu einem Preis von 2.000 bis 2.200 TL (0,40 - 0,44 DM) pro Kilo verkauft werden. Der Verlust wird von den Großgrundbesitzern schließlich vom Lohn der Pflücker und Pflückerinnen abgehalten. Um die 60 Kilogramm am Tag pflücken die LandarbeiterInnen.

Oft wird den SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft nicht einmal der gesetzliche Mindestlohn gezahlt. So bekamen die LandarbeiterInnen 1991 in Tarsus statt der vom Arbeitsministerium als Mindest(tages)lohn festgelegten 26.700 TL (ca. 5,30 DM) nur 18.000 TL (3,60 DM) bezahlt. Das führte zu Arbeitsniederlegungen.

Der 32-jährige Kadir Tas, der seit acht Jahren in Adana als Saisonarbeiter auf den Baumwollfeldern arbeitet: "Niemand außer uns selbst, wird für uns kämpfen. Kennen die Vorarbeiter, Großgrundbesitzer, Arbeitsämter oder Staatsvertreter unsere Probleme? Natürlich kennen sie sie viel besser als wir selbst. Aber sie werden keine Lösung bringen. Wir müssen uns selbst organisieren." Nach Cukurova kamen im vergangenen Jahr 80.000 WanderarbeiterInnen, vor allem aus Kurdistan. Die erst 16-jährige Saisonarbeiterin Halime Özdemir gehört dazu. Sie sagt: "Wir wollen versichert werden. Wir arbeiten von 5.00 Uhr morgens bis 19.00 Uhr abends unter der heißen Sonne und trinken Wasser aus dem Tankwagen. Um all unsere vielen Probleme zur Sprache bringen zu können, brauchen wir einen Verein."

Die gewerkschaftliche Organisierung der LandarbeiterInnen, vor allem derjenigen, die auf Feldern privater Großgrundbesitzer beschäftigt sind, ist äußerst schwierig. Abgesehen davon, daß die Landherren gewerkschaftliche Organisierung nicht gerne sehen und ArbeiterInnen aus diesem Grund hinauswerfen, verhindern auch die vom Staat erlassenen Gesetze vor allem in diesem Bereich die gewerkschaftliche Organisierung. Bedrettin Kaykac von der Gewerkschaft Tarim-Is (Landwirtschaft) in Adana sagt: "Obwohl es keine gesetzlichen Hürde vor einer gewerkschaftlichen Organisierung von Landarbeitern und -arbeiterinnen gibt, wird sie durch Vorschriften des Arbeitsministeriums behindert. Um einer Gewerkschaft beitreten zu können, müssen die Leute, die Mitglied werden wollen, die Registrierungsnummer des Beschäftigungsbetriebes bei der regionalen Arbeitsbehörde und die Nummer bei der Sozialversicherung vorweisen. Es hat aber kein Unternehmer im Bereich Landwirtschaft diese Registrierungsnummer, wie können Landarbeiter dann Gewerkschaftsmitglied werden?"

Auch der Staat selbst beschäftigt Saisonarbeiter im Landwirtschaftbereich. Im vergangenen Jahr begannen 15.000 der 25.600 staatlichen SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft einen Streik, nachdem die Tarifverhandlungen bis zum 28. Mai erfolglos verlaufen waren. Es war der einzige Zweig im öffentlichen Dienst, der streikte. Kurzerhand wurde der Streik von der Regierung verboten. Der Ministerrat erließ unter dem Vorwand, der Streik sei "eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit" für die nächsten 60 Tage ein Streikverbot - bis die Ernte eingebracht und jeder Druck, auf Forderungen der ArbeiterInnen einzugehen, weg war. Zumindest bis zur nächsten Saison. Für das Jahr 1993 wurden schon im vergangenen Jahr große Streiks im Landwirtschaftssektor vorausgesagt. Der Gewerkschaftsfunktionär Seyhan Erdogdu erklärte im Juni 1992: "Der Gewerkschaftsdachverband Türk-Is und viele Einzelgewerkschaften unterstützen immer noch die Regierung. Sie erwarten immer noch etwas von den Versprechungen der Koalitionsregierung. Dieser Streik war nur ein Streik auf niedriger Ebene. Die eigentlichen Streiks werden 1993 stattfinden.

Aber es ist heute sehr schwer, etwas über die künftige Unterstützung der ArbeiterInnen und der Gewerkschaften zu sagen."

Die Sichelmänner, die im Winter in den türkischen Metropolen Gelegenheitsarbeiten verrichten und jedes Jahr im Sommer in die Ebenen von Diyarbakir, Urfa und Mardin zurückkehren, fanden in diesem Jahr Ende Mai keine Arbeit. Der verstärkte Einsatz von Mähdreschmaschienen bringt sie um ihr Brot, das mit einem



"Es ist unsere Aufgabe, die Frau zu befreien."

Tagesverdienst von 40.000 bis 50.000 TL schwerer Arbeit unter glühender Sonne (6,60 - 8,30 DM) ohnehin nicht gerade üppig ist. Zeydin Celik, der dieses Jahr vergebens von den Bergdörfern in Van-Caldiran bis nach Urfa wanderte, um Arbeit als Sichelmann zu finden, stellte fest: "Der Einzug der Mähdrescher bedeutet für uns nichts Gutes. Die Entwicklung der Technologie nutzt nur demjenigen was, der Geld hat. Ich war gestern Wanderarbeiter und bin es auch heute noch." Daß die unsachgemäße und übertriebene Anwendung von Technologie im Landwirtschaftsbereich auch zu einer nachhaltigen Schädigung der Umwelt führt, bewies eine Untersuchung von Prof. Dr. Nedim Uygun. Er stellte fest, daß in Cukurova durch chemische Schädlingsvernichtungsmittel das Gleichgewicht der Natur zerstört wurde. In Cukurova sind die Schlangen und Greifvögel durch Vergiftung so gut wie ausgestorben, während sich die Ratten und Mäuse sprunghaft vermehren. Der Professor kam zu dem Schluß, daß sofort die Bekämpfung der Mäuse und Ratten begonnen werden müsse, aber von der Gesundheit der Menschen, die zu Hungerlöhnen auf den Feldern arbeiten müssen, sagte er nichts.

Einen Ausweg aus der schlechten Lage der kurdischen SaisonarbeiterInnen hat der 1903 im Dorf Hesar in Mardin-Gercüs geborene kurdische Dichter Cigerxwîn in seinem Gedicht "Hey Palê" formuliert, das in seinem 1973 veröffentlichen Gedichtband "Kime Ez?" (Wer bin ich?) zu finden ist. Cigerxwîn hatte in seiner Kindheit und Jugend selbst als Hirte und Wanderarbeiter gearbeitet, bevor er mit seiner Familie wegen der Generalmobilmachung während des 2. imperialistischen Verteilungskrieges nach Kamisli in den syrisch besetzten Teil Kurdistans migrierte.

Hey, Wanderarbeiter
Hey Wanderarbeiter, Wanderarbeiter, Wanderarbeiter
Es gibt keine Arbeit mehr für die Sichel
Als die Erntezeit des roten Weizens gekommen war,
brummten die Mähdreschmaschienen
Die Wanderarbeiter stellten sich im Kreis auf
Der Großgrundbesitzer ist blind, weil er nicht sehen will.

Hey Wanderarbeiter, Wanderarbeiter,
Wanderarbeiter
Es gibt keine Arbeit mehr für die Sichel
Als die Erntezeit des grünen Weizens gekommen war,
Hatten die Mähdreschmaschienen schon alles gemäht.
Die Wanderarbeiter aus der ganzen Gegend versammelten sich
Zuhause warteten ihre hungrigen Kinder.

Hey Wanderarbeiter, Wanderarbeiter,
Wanderarbeiter
Es gibt keine Arbeit mehr für die Sichel
Als die Erntezeit des gelben Weizens gekommen war,
Hatten sich die Mähdreschmaschienen
schon schrecklich ausgebreitet
Wanderarbeiter, was wollt Ihr jetzt tun
Es gibt keine Arbeit mehr für Euch.

Hey Wanderarbeiter, Wanderarbeiter,
Wanderarbeiter
Es gibt keine Arbeit mehr für die Sichel
Als die Erntezeit des dunklen Weizens gekommen war,
Hatten die Mähdreschmaschienen schon alles beseitigt
Die Kinder zuhause waren so hungrig,
Daß sie nach Brot schrien

Als die Erntezeit des roten Weizens gekommen war,
begann der Einsatz der Mähdreschmaschienen
Für die Wanderarbeiter blieb nichts mehr übrig
Nehmen wir die Knüppel in die Hand

Hey Wanderarbeiter, Wanderarbeiter,
Wanderarbeiter
Es gibt keine Arbeit mehr für die Sichel
Organisieren wir uns, schließen wir uns zusammen,
Um mutig Widerstand zu leisten,
Um dem Großgrundbesitzer auf den Kopf zu hauen,
Dann haben wir die Mähdreschmaschienen

Hey Wanderarbeiter, Wanderarbeiter,
Wanderarbeiter
Es gibt keine Arbeit mehr für die Sichel
Werden wir eine gemeinsame Kraft und erheben wir uns,
nehmen wir uns den Boden
Vertreiben wir die Unterdrückung
Werden wir alle Brüder

Cigerxwîn

Quellen:
Yeni Ülke, 10.-16.11.1991, 8.-14.3 1992, 10.-16.5.1992, 31.5.-6.6.1992, 7.-13.6.1992,
Özgür Gündem, 29.5.1993,
Ahmet Arif, Hasretinden Prangalar Eskittim, Istanbul 1991
Cigerxwîn, Lenin Safagi, Istanbul 1991

Im folgenden dokumentieren wir einen Beitrag von Abdullah Öcalan zur Frage der unterschiedlichen Völker und Kulturen, die in Kurdistan leben. Der Beitrag wurde für die Zeitung Berxwedan verfaßt.

Kurdistan ist die Heimat aller, die dort leben

Kurdistan ist die Heimat der dort lebenden Armenier, Assyrer, Araber und anderer dort lebender Menschen. Wir haben nie gesagt, daß in Kurdistan nur Kurden leben. Bereits früher sagte ich in einer meiner Reden: "... Die Armenier, Assyrer, die Araber und die Kurden können es Kurdistan nennen. Für uns ist das eine historische und nationale Bereicherung. Einer meiner Wünsche ist, das armenische Volk und das assyrische Volk unabhängig und frei zu sehen. Das ist meine Weltanschauung. Dort, wo ich gelebt habe, gibt es armenische, türkische und arabische Dörfer. Für mich war das immer eine Bereicherung. Dadurch, daß ich mit diesen Menschen zusammengelebt habe, wurde mein Interesse für sie geweckt. Ich habe nie nationalistisch und chauvinistisch gedacht. Mir ist nie in den Sinn gekommen, diese Menschen als minderwertig anzusehen. Die kurdische Geschichte ist eine Art Völkermosaik, die Völker haben sich gegenseitig beeinflußt. Es ist nicht zu leugnen, daß das kurdische Volk von fremden kulturellen Einflüssen geprägt wurde. In den geschichtlichen und kulturellen Epochen der Araber, Perser, Türken, Armenier und Assyrer entwickelten sich die Kurden zu gleichberechtigten Menschen, in den Kurden vereinigen sich die Eigenschaften vieler Völker und Kulturen. ..."

Die Reife, Widerstandsfähigkeit und menschliche Nähe der kurdischen Menschen hängen mit dieser historischen Realität zusammen. Leicht werden die Kurden für Türken, Araber, Perser oder Assyrer gehalten. Die Chauvinisten nutzen das aus und leugnen völlig die kurdische Identität. Natürlich darf man die Realität hinsichtlich der gemischten Kulturen nicht ignorieren. Das ist ja nichts schlechtes. Ein selbstverständlicher Kultur - und Sprachaustausch sollte auf jeder Ebene positiv bewertet werden. Im Bewußtsein dieser Tatsache ist unsere gegenwärtige Situation der Ausdruck unserer nationalen und kulturellen Existenz.

Gegen die kemalistische Politik und die Zwangsislamisierung nehmen wir allerdings eine feste Haltung ein. Letztlich hat sich die PKK gegen die Vernichtung der Armenier und solcher Religionsrichtungen wie die der Aleviten, Yeziden und Assyrer eingesetzt. Die türkisch - islamistische Gesellschaftsstruktur nutzte den damaligen Derwischorden und den heutigen Hizbullahs als Waffen gegen die Lehre des Islams. Wir wissen gut, daß auch kurdische Kollaborateure die Yeziden und Assyrer angegriffen haben. Im Laufe der Geschichte haben die Kollaborateure, einschließlich der kurdischen, diesen Völkern viel Schaden zugefügt. Die Führer dieser Kollaborateure sind heute die Dorfschützer, Hizbullahs und Spitzel, die Kurdistan vor allem den Kurden zur Hölle machen. Es sind die gleichen, die gegen die PKK kämpfen. Sie haben schon gegen die Aleviten, Yeziden, Assyrer und Armenier gekämpft, deren Eigentum widerrechtlich beschlagnahmt und deren Kulturen vernichtet wurden. Wir sind der festen im Sinne der PKK bedeuten für ein schwaches Volk auf jeden Fall eine Lebenssicherheit. Ein entschlossener Patriotismus bedeutet Demokratie. Es wird keine Mehrheitspolitik betrieben, sondern die Rechte der Minderheiten werden ebenso geachtet. Sonst widerspräche das dem Prinzip der PKK. Das gilt gleichermaßen für die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Es soll ein breites Spektrum von demokratischen Aktivitäten ermöglich werden und an die Stelle des Scheinpluralismus gesetzt werden. Pluralismus der der Freiheit, Heimat und Menschlichkeit verbunden ist, wird zum Grundsatz erhoben, an den wir uns immer halten werden. Es ist ein Grundsatz aller, die für ihr Land und ihre Freiheit kämpfen. In dieser Hinsicht hat die PKK wie keine andere Organisation Opferbereitschaft gezeigt und dies auch bewiesen. Dieser Kampf bedeutet für uns



PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan mit dem Religionsoberhaupt der Assyrer.

Überzeugung, daß unser Freiheitskampf auch für diese Völker Freiheit, Unabhängigkeit und Identität bedeuten wird. Unser Kampf ist keineswegs beschränkt auf einen kurdischen nationalen Befreiungskampf. Es ist ein Kampf um Demokratie und Menschlichkeit. Wir sind fest entschlossen, daß in Kurdistan dem Nationalismus kein Raum gegeben werden soll.

Wir weisen darauf hin, daß Kurdistan ein Land ist, indem der chauvinistische Nationalismus immer nur geringen Nährboden hatte. Sozialismus und Patriotismus

auch die Wiedergewinnung der menschlichen Grundwerte. Wir sind uns bewußt, daß wir gegenüber den in Kurdistan lebenden Völkern Pflichten haben, die wir erfüllen müssen.

Sie sollten sicher sein, daß unser gegenwärtiger Freiheitskampf auch ihre Befreiung ist. Ich wünsche, daß die Menschen mit Hoffnung und einem breiten Spektrum ihr Leben betrachten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich unserem Volk erklären, daß das Jahr 1993 ein erfolgreiches Jahr sein wird.

Tourismusboykott gegen die Türkei – ja oder nein?

ein Beitrag von Angelika Beer

Tourismusboykott ja oder nein? Ist so etwas überhaupt durchsetzbar? Wenn wir uns diese Aufgabe stellen, müssen wir uns über bestimmte Zusammenhänge erst einmal selbst klarwerden und die wichtigsten Informationen darüber öffentlich machen. Ich möchte versuchen, die Bedeutung des Tourismusgeschäftes für die Politik und Wirtschaft der Türkei hier im Überblick dazustellen, darüber hinaus die Bedeutung dieses Bereiches für die deutsch-türkischen Beziehungen.



"Mit jeder Mark finanzieren Sie den Tod eines Menschen in Kurdistan."

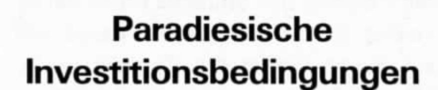
Ferien in der Türkei –

für die Reisebüros in Deutschland und sonst in Westeuropa ist das ein gutes Geschäft. Denn von den Einnahmen in diesem Bereich werden 50 bis 70 Prozent aus der Türkei wieder ins Ausland transferiert. So wird der Markt inzwischen von ausländischen Unternehmen kontrolliert - und zwar auch über die Beteiligung an türkischen Firmen. Um einige Namen zu nennen: Branchenriesen wie Sheraton, Club Mediterrané, Club Aldiana (angeboten von Neckermann Urlaubsreisen NUR) oder Club Robinson (angeboten von TUI) dominieren heute das Geschäft.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß der Tourismusboom sich nicht etwa spontan entwickelte, sondern der Türkei regelrecht verordnet wurde. Den Grundstein dafür legte ein 1972 unterzeichnetes Abkommen mit der Weltbank über einen Kredit von 30 Millionen US-Dollar für die Erstellung touristischer Entwicklungspläne. Ende der 70er Jahre steuerte die türkische Wirtschaft insgesamt auf eine immer geringere Kreditfähigkeit zu "Der Internationale Währungsfonds" (IWF) und das Einfrieren der Löhne und Gehälter. Die damalige Regierung Demirel entsprach diesen Vorstellungen und unterzeichnete im Januar 1980 ein Abkommen mit dem IWF. Gleichzeitig zeigten sich die türkischen Gewerkschaften kampfbereit. Der Konflikt wurde dann im September 1980 durch einen Militärputsch "bereinigt".

Paradiesische Investitionsbedingungen



In den nächsten Jahren wurden in der Türkei für das internationale Kapital nahezu paradiesische Investitionsbedingungen geschaffen. Ein massives Restrukturierungsprogramm führte, nach der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung und der linken Parteien, zu einer Halbierung der Reallöhne, zur Aufhebung staatlicher Subventionen und zur radikalen Exportorientierung - unter anderem im Bereich des Fremdenverkehrs. Jetzt kam es darauf an, finanzkräftige Investoren ins Land zu locken. 1982 verabschiedete die Militärjunta ein Tourismusförderunsgesetz. Das Verbot des Immobilienerwerbs durch ausländische Unternehmen wurde teilweise außer Kraft gesetzt. Der Staat verpflichtete sich zur Finanzierung der Vorleistungen im Infrastrukturbereich, also zur Erschließung der künftigen touristischen Gebiete. Ab 1986 wurde auch der vollständige Transfer der Gewinne ins Ausland ermöglicht.

Wer zahlt, bestimmt die Musik ...

In wessen Interesse dies geschah, läßt sich an der Reihenfolge der Investoren feststellen. Bei den genehmigten Auslandsinvestitionen nach Herkunftsländern lagen in der ersten fünf Monaten 1992 die Niederlande und Frankreich auf den ersten bei-

den Plätzen, und zwar deutlich vor der BRD. Platz vier bis acht wurden in den der Folge von Bahrain, Großbritannien, der Schweiz und den USA belegt. 1991 lagen die USA mit fast einem Drittel der genehmigten Investitionen unangefochten auf Platz 1, und zwar mit dem zweieinhalbfachen Volumen des Zweitplazierten BRD. Von den insgesamt im Dienstleistungsbereich beantragten ausländischen Investitionen von 224 Mio. US-Dollar gingen 1992 43,5 Millionen in den Tourismusbereich, der so etwa auf gleicher Höhe mit den Bereichen Banken und Handel liegt. Dazu muß gesagt werden, daß in den vergangenen zehn Jahren im Vergleich schon wesentlich größere Summen geflossen sind. Das größte Tourismusinvestitionsgebiet in der Türkei entsteht östlich von Antalya, bei Belek. Dort werden bis 1994 26 neue Hotels und 6 Golfplätze gebaut bzw. angelegt, Übernachtungskapazitäten von insgesamt 18 000 Betten neu geschaffen. Allein hier wird letztendlich über mehrere Jahre hinweg eine Milliarde US-Dollar investiert. Ein weiterer Hinweis darauf, wer auf diesem Gebiet das Geschäft macht: "Der IWF vergibt Fördermittel nur an Unternehmen, die mehr als 70 Betten zur Verfügung stellen."

Für die unmittelbar betroffenen Gemeinden wurde der Glaube an ein stetiges gesetzmäßiges Wachstum der Urlauberzahlen spätestens im Golfkriegsjahr 1991 erschüttert. Damals mußte die türkische Tourismusindustrie Verluste in Höhe von 900 Millionen Dollar hinnehmen. Kriegsprofiteure waren die internationalen Reiseunternehmen, die in dieser Saison nicht nur massenweise große Ersatzkontigente in Spanien und Portugal verkauften, sondern es sich im Gegensatz zu den türkischen, kleineren Anbietern auch leisten konnten, nach Kriegsende Billigangebote der Masse auf den Markt zu werfen. Der bereits 1989 einsetzende Konzentrationsprozess auf diesem Gebiet setzte sich so 1991 verstärkt fort, da viele Kleinanbieter bankrott gingen.

Diese Art des Massentourismus führt natürlich auch in der Türkei zur ökologischen und sozialen Zerstörung ganzer Landstriche (vor allem der Küsten), darüber hinaus zur Vertiefung bereits vorhandener Widersprüche im Lande. Zum Stichwort Umweltzerstörung: "Zu den gravierendsten Problemen gehören die Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie die Müllbeseitigung". Während in den Ferienorten in der Regel mit staatlicher Unterstützung teure Wasseraufbereitungsanlagen mit hohen Kapazitäten für etwa drei Monate im Jahr gebaut werden, gibt es in den Slums von Antalya und Istanbul kein fließendes Wasser in den Häusern. Oft fehlt das kostbare Naß dann auch auf den Feldern der Bauern in der Umgebung der Touristenzentren.

Die Ergebnisse einer vom Tourismusministerium in Ankara 1990 in Auftrag gegebenen Studie über die Gewässergüte in 45 Küstenstädten werden bis heute geheim gehalten. Und paradoxeerweise verdienen an der jetzt beginnenden Umweltsanierung der türkischen Süd- und Westküste vor allem westliche Firmen.

Zu den sozialen Auswirkungen:

"Darunter ist die Zersiedlung der Landschaften, die wachsende Wohnungsnot der einheimischen Bevölkerung und die Zerstörung der traditionellen Wirtschaftsstrukturen zu verstehen." Konkret bedeutet das zum Beispiel, daß die Saisonarbeitskräfte unter den miesesten Bedingungen kampieren müssen und mit ihren niedrigen Löhnen ihre Familien kaum über den Winter bringen können. Entsprechend entwickeln sich dann Kinderarbeit und das Schlepperunwesen.

Darüber hinaus vertieft diese Art von Tourismus im Zusammenwirken mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik und anderen staatlichen Maßnahmen die Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen Landesteile. Viele der Saisonarbeitskräfte kommen auch aus dem kurdischen Südosten des türkischen Staatsgebietes. Ihre Hoffnung, hier einen Job zu finden, verstärkt die von Ankara betriebene Vertreibungspolitik, in deren Interesse es eben nicht ist, im Südosten Arbeitsplätze zu schaffen.

Jede Mark finanziert den Krieg gegen Kurdistan

Eine entscheidende Rolle spielen die Tourismuseinnahmen der Türkei für deren Devisenhaushalt. So erreichten die Bruttoeinnahmen auf diesem Gebiet 1990 3,3 Milliarden US-Dollar, damit reichlich 25% der Gesamtdeviseneinnahmen und etwa genausoviel wie die Überweisungen der Gastarbeiter. Derartige Beträge spielen bei einem Handelsbilanzdefizit von 7 bis 8 Milliarden Dollar in den letzten beiden Jahren und bei einer Auslandsverschuldung von 47 Milliarden US-Dollar 1992 schon eine wichtige Rolle. Sie ermöglichen es dem türkischen Staat zum Beispiel auch weiterhin, immense Summen für den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung aufzuwenden - zusätzlich zu den Waffen und der Militärhilfe, die (wie die Touristen) ebenfalls aus Deutschland kommt.

Deutsch-türkische Tourismusbeziehungen

Zum Schluß ein Blick auf die deutsch-türkischen Beziehungen in diesem Bereich. Die zahlenmäßig größte Gruppe der Einreisenden aus den westlichen Industrieländern kommt nach wie vor aus Deutschland. Auch für diese Zahl trifft zu, daß der Einbruch im Golfkriegsjahr 1991 schnell wieder ausgeglichen wurde. 1991 kamen knapp 775 000 deutsche Touristen, 1992 1,2 Millionen und in diesem Jahr werden 1,5 Millionen erwartet. Offensichtlich funktioniert das Herangehen der Reiseunternehmen: Dem künftigen Touristen wird eine "heile Welt" suggeriert, Gastfreundschaft, sonnige Strände und ein wenig Exotik inklusive. Und es wird alles dafür getan, daß das Geschäft weitergeht. Denn es geht nicht nur um den Tourismus.

Deutschland war auch 1992 der wichtigste Handelspartner der Türkei. Gut ein Viertel der türkischen Exporte gingen in die Bundesrepublik, etwa ein Fünftel der Importe kam aus der BRD. Die Wirschaftsexperten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagen in ihrer Prognose für dieses Jahr eine zunehmende Dynamik im Wirtschaftswachstum der Türkei voraus. Zunehmende Lieferungen in den Schwarzmeerraum und nach Zentralasien werden vorausgesagt, die Türkei gewinnt als Transitland an Bedeutung. Für die deutsche Wirtschaft ist die Türkei nach eben dieser Einschätzung auch interessant, weil sie politisch und militärisch zuverlässiger ist als beispielsweise andere Partner (!) wie der Iran. Gleichzeitig schätzen die FAZ-Experten ein, daß sich der innerpolitische Konflikt mit den Kurden verschärfen wird und eine politische Lösung von Regierungsseite auszuschließen ist.

Damit sind die Positionen abgesteckt. Wenn wir von einem Tourismusboykott reden, egal ob dieser wirksam wird oder nicht, ist das ein politischer Angriff auf die hier beschriebenen Interessen. Angesichts der Realität in Kurdistan und der Türkei ist ein solcher Angriff legitim.

Im folgenden geben wir der Öffentlichkeit die Erklärung 11 kurdischer Organisationen über die entstehende kurdische Einheitsfront und die konkreten Forderungen an den türkischen Staat bekannt:

An die Öffentlichkeit

Die historische Zusammenkunft der politischen Kräfte aus Nord-Kurdistan hat entsprechend dem großen Wunsch unseres Volkes am 18. - 20. Juni 1993 stattgefunden.

Die nationalen Kräfte haben auf der Basis, den Interessen des Volkes Vorrang zu gewähren, eine Übereinkunft über die Errichtung einer nationalen Fraont getroffen. Für die Erreichung dieses wichtigen Zieles wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen, und die Aufgabenteilung diesbezüglich ist vorgenommen worden.

Wir sind guter Hoffnung, daß die Bildung der Front in nächster Zukunft unserem Volk und der Öffentlichkeit offiziell bekanntgegeben werden wird.

Aus diesem Anlaß fordern wir die Türkei erneut auf, ihre bisher skrupellos durchgeführte Unterdrückungs- und Vernichtungpolitik in unserem Land Kurdistan umgehend zu beenden und ernsthafte Schritte in Richtung einer friedlichen Lösung und des politischen Dialogs zu unternehmen.

Wir fordern die internationale Öffentlichkeit auf, den Vernichtungskrieg des türkischen Staates in Kurdistan zu verurteilen und auf die Türkei einzuwirken, damit ein beiderseitiger, kontrollierbarer Waffenstillstand erzielt werden kann.

Wenn die türkische Regieerung trotzdem an ihrer traditionellen Verleugnungs- und Vernichtungspolitik festhält, bleibt uns keine andere Wahl, als den Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, auch mit Waffen, fortzuführen.

Die Verantwortung für das bisherige ud zukünftige Blutvergießen und Leid trägt zweifellos weiterhin der türksiche Staat, der unseren Freiheitswillen mit dem Tode bestrafen will.

Wir geben dies unserem Volk und der Öffentlichkeit bekannt.

20. Juni 1993

PKK * PDK-Hevgirtin * KAWA * KKP * PIK * PRNK
PRK/RIZGARI * PSK * RNK/KUK * TSK * YEKBUN

120.000 Kurden demonstrierten am 29. Mai in Bonn

